



PROMETHEUS STUDIE

FREIHEITSVERSTÄNDNIS & FREIHEITSORIENTIERUNG DER JUNGEN GENERATION

Prof. Dr. Jan Schnellenbach
Max Zombek

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage
des Instituts für Demoskopie
Allensbach

INHALT

Das Freiheitsverständnis in Deutschland: eine ordnungspolitische Perspektive

Einleitung	01
Beobachtungen	02
1. Die Frage nach Freiheit wird wieder wichtiger – aber es bestehen relevante Unterschiede zwischen den Generationen	02
2. Die relative Bedeutung einzelner Freiheiten hat sich geändert	05
3. Die Haltung zu Freiheit und Marktwirtschaft hängt vom Bildungsgrad und der kulturellen Prägung ab	08
4. Wunsch nach mehr Staat auch in bewusster Abwägung gegen Freiheit	10
5. Präferenzen für Freiheiten sind nicht immer konsistent	12
6. Unternehmertum wird positiver gesehen, als man vermuten könnte	14
7. Mehr Menschen können sich eine Selbstständigkeit vorstellen, als es tatsächlich Selbstständige gibt – jedoch immer noch zu wenige	16
Ausblick & Empfehlungen	18
Anhang: Ergebnisse der Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach	21

EINLEITUNG

Dieser Beitrag bietet eine Interpretation der Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die im Auftrag von PROMETHEUS – Das Freiheitsinstitut gGmbH durch das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde. Dabei steht eine ökonomische Interpretation im Mittelpunkt.

Die zugrunde liegende Bevölkerungsumfrage ermittelte Daten über das Freiheitsverständnis junger Menschen in Deutschland, sowie damit zusammenhängend über die Einstellungen der Befragten zum Staat, zur Marktwirtschaft und zum Unternehmertum.

Zur Untersuchung dieser Sachverhalte wurden zehn Fragen in die bestehende und regelmäßig durchgeführte Mehrthemenumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach integriert. Zwischen dem 16. und dem 27. September 2024 wurden dafür 1040 Personen ab 16 Jahren in persönlichen Interviews befragt. Die repräsentative Auswahl der Teilnehmer nach einem Quotenverfahren erlaubt es, die Ergebnisse – mit einer statistischen Ungenauigkeit von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung zu übertragen.

Wichtig ist der Hinweis darauf, dass unsere Analyse kein vollständiges Bild der Studie nachzeichnen und alle abgefragten Erkenntnisse kommentieren soll. Stattdessen sollen die sieben aus unserer Sicht relevantesten Beobachtungen diskutiert werden. Wir möchten hierzu Ansätze aufzeigen, wie sich die beobachteten Einstellungen erklären lassen könnten und welche Konsequenzen sich insbesondere aus ordnungspolitischer Sicht aus den Beobachtungen ergeben.

Daran anknüpfend geben wir im letzten Abschnitt Empfehlungen für an Freiheit interessierte Akteure der Zivilgesellschaft: Welche Ansichten und Meinungen (junger) Menschen sollten gezielt aufgegriffen werden? Welche Missverständnisse sollten aufgeklärt werden? Und wie sollte für Freiheit geworben werden?

Ein hohes Maß an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit ist eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau des Wohlstands und der Lebenszufriedenheit in entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland. Angesichts zahlreicher Gefährdungen der Freiheit, sowohl aus dem heimischen Politikbetrieb als auch aus weltpolitischen Entwicklungen, stellt sich immer wieder die Frage, wie es in der Bevölkerung um Akzeptanz und Unterstützung von Freiheit bestellt ist. Wir hoffen mit dieser Analyse einen kleinen Beitrag hierzu leisten zu können.

BEOBACHTUNG 1

Die Frage nach Freiheit wird wieder wichtiger – aber es bestehen relevante Unterschiede zwischen den Generationen.

Die erste für uns relevante Beobachtung zeigt, dass die Frage nach Freiheit für viele Menschen insgesamt wieder wichtiger wird:

Um die Bedeutung verschiedener Freiheiten für die Bürger zu untersuchen, wurden den Befragten 22 Freiheiten präsentiert. Diese sollten die Befragten jeweils den Kategorien „sehr wichtig“ „wichtig“ und „nicht so wichtig“ zuordnen. Zu den 22 Freiheiten zählten Grundrechte wie „Meine Religion frei ausüben“ oder „Meine Meinung frei äußern“, soziale Aspekte wie „Durch die Rentenversicherung im Alter abgesichert sein“ und ökonomische Freiheitsausprägungen wie „Sich beruflich selbstständig machen können“. Die meisten Punkte bezogen sich auf Abwehrrechte gegen den Staat, einige umfassten jedoch auch Fragen zur individuellen Lebensgestaltung.

Besonders interessant sind hier die Antworten im Zeitverlauf. Die von Allensbach bereitgestellten Trenddaten für den Zeitraum seit 1996 zeigen, dass einige Freiheiten in ihrer Bedeutung signifikant gewonnen haben.

Der Anteil derjenigen, denen Meinungsfreiheit wichtig ist, stieg von 78 auf 87 Prozent. Die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Parteien wählen zu können, stieg im Zuspruch von 51 auf 69 Prozent der Befragten. Die Freiheit, verschiedene Informationsquellen nutzen zu können, ist nun für 51 Prozent der Befragten wichtig, nachdem es 1996 nur 28 Prozent waren. Der Schutz vor Überwachung stieg im Zuspruch von 64 auf 73 Prozent, die Freiheit an Demonstrationen teilzunehmen von 23 auf 38 Prozent. Auch die Möglichkeit, staatliches Handeln von Gerichten überprüfen zu lassen, ist den Menschen in Deutschland noch wichtiger geworden (Anstieg von 48 auf 66 Prozent). Der Durchschnittswert, mit dem die 22 vorgelegten Freiheiten von der Bevölkerung als „sehr wichtig“ erachtet werden, ist seit 1996 fast kontinuierlich von 52 auf 61 Prozent gestiegen. Wurden 1996 nur rund 11,5 der Freiheiten als „sehr wichtig“ bewertet, sind es in der aktuellen Umfrage rund 13,5 Freiheiten. Insgesamt lässt sich also feststellen, dass Freiheit an Bedeutung wieder zunimmt.

Auffällig ist zudem, dass relevante Unterschiede in den Präferenzen für und der Wahrnehmung von Freiheit zwischen verschiedenen Generationen bestehen. So ist etwa im Hinblick auf die Wahlfreiheit bei der Absicherung gegen Krankheiten, Pflegebedürftigkeit und Alter ein Unterschied von bis zu 13 Prozentpunkten auszumachen, wenn man die Altersgruppen zwischen 16-29 Jahre und >60 Jahre vergleicht: Bei den Jüngeren finden 44 Prozent diese Freiheit wichtig, bei den Älteren 57 Prozent. Ein ähnliches Bild lässt sich für die Freiheit, den eigenen Beruf frei zu wählen, feststellen. 91 Prozent der 16-29 Jahre alten Teilnehmer geben diese Freiheit als sehr wichtig an, aber nur 64 Prozent der >60 Jahre alten Befragten. Vergleichbares lässt sich auch bei der Frage nach der Verwirklichung von Freiheiten beobachten – hier hängt die Wahrnehmung ebenfalls vom eigenen Alter ab.

Diese Phänomene lassen sich aus einer ökonomischen Perspektive relativ leicht erklären. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich plötzlich die Präferenzen für diese Freiheiten ändern. Was sich jedoch ändert, sind die sogenannten relativen Preise: Bei der Bewertung einer Option spielen aus ökonomischer Perspektive auch immer die verfügbaren Alternativen eine entscheidende Rolle, sowie die Salienz einer Entscheidung. Junge Menschen versuchen die Auseinandersetzung mit Themen, die für ältere Kohorten wichtiger werden, noch eher zu vermeiden.



SELBST WENN TEMPORÄRE FREIHEITSVERLUSTE, WIE IN DER PANDEMIE, UNTER UMSTÄNDEN GUT BEGRÜNDBAR WAREN, SO RIEFEN SIE DOCH DIE KOSTEN VON FREIHEITSEINSCHRÄNKUNGEN NEU INS GEDÄCHTNIS UND MACHTEN DIESE GREIFBAR.



Das Nachdenken über eigene Krankheiten oder Behinderungen im Alter und den Umgang damit ist in der Regel noch nicht nötig, wäre aber mit psychischen Kosten verbunden. Es ist also leicht, die eigene Behandlung dieses Themas auf die Zukunft zu verschieben; die entsprechenden Freiheiten erscheinen noch nicht relevant. Und auch die Allokation entsprechender materieller Ressourcen kann noch in die Zukunft verschoben werden.

Ältere Menschen hingegen verfügen über einen kürzeren Planungshorizont, in dem sie in der Regel gezwungen sind, sich mit den nahen oder schon präsenten Problemen des Alters zu befassen. Die geringere Diskontierung lässt sie zukünftige Erträge aus einer entsprechenden Vorsorge relativ höher bewerten, ebenso wie Nutzen und Kosten alternativer Handlungsoptionen in diesem Kontext.



Andersherum gilt für die freie Berufswahl, dass wir es hier für Ältere mit versunkenen Kosten und Nutzen zu tun haben.

Auch im Hinblick auf politische Freiheiten werden sich die relativen Preise in den letzten Jahren verändert haben. Umfangreiche staatliche Maßnahmen während der Corona-Pandemie, die von einem relevanten Anteil der Bevölkerung als zu invasiv kritisiert wurden, Debatten um Meinungs- und Redefreiheit on- wie offline, aber auch das Erstarken von autoritären politischen Kräften dürften die Bedeutung von Freiheiten wieder in das Gedächtnis vieler Menschen gerufen haben.

Selbst wenn temporäre Freiheitsverluste, wie in der Pandemie, unter Umständen gut begründbar waren, riefen sie doch die Kosten von Freiheitseinschränkungen neu ins Gedächtnis und machten diese greifbar. Dies könnte zu einer nunmehr höheren Bewertung der Relevanz dieser Freiheiten beigetragen haben.

Aus dieser Perspektive lässt sich festhalten:

Freiheit wurde zwar von der Mehrheit der Bevölkerung nie als irrelevant oder gar schädlich bewertet, doch wird ihr voller Wert möglicherweise erst dann richtig erkannt, wenn ihr Verlust wahrgenommen wird.

BEOBACHTUNG 2

Die relative Bedeutung einzelner Freiheiten hat sich geändert.

Unsere zweite Beobachtung verhält sich komplementär: Nicht nur ist Freiheit insgesamt wichtiger geworden, auch die Haltung zur Frage, was Freiheit genau ausmacht und wie relevant einzelne Aspekte sind, hat sich gewandelt.

Die Frage nach einer genauen Definition von Freiheit ist umstritten und im Rahmen einer demoskopischen Befragung können nicht alle Verästelungen freiheitsphilosophischer Definitionsversuche abgedeckt werden. Es gibt jedoch eine Unterscheidung von Freiheitsbegriffen, die sich recht problemlos abfragen lässt: Angelehnt an Berlin[1] lassen sich eine negative und eine positive Konzeption von Freiheit unterscheiden. Negative Freiheit ist hierbei als eine Freiheit von – beispielweise als eine Abwesenheit von politischen Zwängen – zu verstehen. Positive Freiheit soll eine Freiheit zu bezeichnen, also die Absicherung von (z.B. materiellen) Voraussetzungen für das Verfolgen bestimmter Ziele, etwa durch staatliche Zuschüsse.

In der Untersuchung von Allensbach wird diese grundsätzliche Dichotomie in drei verschiedene Freiheitsbegriffe übersetzt:

1. Eine positive / materielle Freiheit: „Freiheit bedeutet, frei zu sein von sozialer Not, von Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit.“

2. Eine Mischform, bei der nicht ganz ersichtlich ist, ob es sich um ein negatives Konzept von Freiheit handelt oder die ermöglichenden – positiven Elemente – im Zentrum stehen: „Freiheit bedeutet, das tun und lassen zu können, was einem gefällt, dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben kann, wie man möchte.“

3. Und eine weitere, eindeutig negative Freiheit: „Freiheit bedeutet für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte.“

Seit der ersten Abfrage dieser Trendfrage im Jahr 1998 hat insbesondere die Popularität der positiven Freiheit abgenommen. Identifizierten sich in diesem Jahr noch 28 Prozent der Befragten mit diesem Freiheitsbegriff, sank diese Zahl seit der Befragung im Jahr 2005 kontinuierlich bis auf nur noch 19 Prozent im vergangenen Jahr.

[1] Berlin, I. (1969). Four essays on liberty. Oxford University Press.

73%

DER BEFRAGTEN HALTEN SCHUTZ VOR STAATLICHER ÜBERWACHUNG FÜR SEHR WICHTIG

Der zweite Freiheitsbegriff, der etwas mehrdeutig formuliert ist und verschiedene Interpretationen zulässt, gewann im gleichen Zeitraum massiv an Bedeutung. Der eindeutig negative, dritte Freiheitsbegriff hat im beobachteten Zeitraum relativ an Zustimmung verloren, befindet sich aber weiterhin auf dem zweiten Rang. Insgesamt scheint es also, als würde Freiheit von den meisten Menschen zumindest teilweise als Abwesenheit von Zwang durch Dritte verstanden werden.

Bedenklich ist aber, dass ein Grund für das schlechtere Abschneiden des eindeutig negativen Freiheitsbegriffs in der Betonung der Verantwortung für sich selbst zu Beginn der Definition liegen könnte. Der zweite Begriff verspricht dagegen vor allem eine Verwirklichung eigener Lebensentwürfe ohne eigenverantwortliche Sorge um mögliche Budgetrestriktionen sowie andere Voraussetzungen und Folgen des eigenen Handelns.

Hier besteht möglicherweise eine Notwendigkeit, wieder klarer zu vermitteln, dass die Autonomie der Gestaltung des eigenen Lebens immer auch mit Verantwortung einhergeht.

Im Detail zeigt sich zudem, dass sich viele Befragte materiell nicht hinreichend abgesichert sehen. Eine große Lücke zwischen ihrer empfundenen Wichtigkeit einer Freiheit und wahrgenommener Verwirklichung dieser besteht bei der Altersabsicherung (26 Prozentpunkte), der Abdeckung gesundheitlicher Risiken (26 Prozentpunkte) und der Chancengleichheit (24 Prozentpunkte). In diesen Bereichen scheint es aus Sicht der Bevölkerung deutliche Defizite zu geben.

Bei den negativen Freiheiten ist das Bild gemischt. So hat, wie in der ersten Beobachtung erwähnt, die Bedeutung von gewissen politischen Freiheiten über die letzten Jahre zugenommen. Weitere Beispiele hierfür sind, dass rund 73 Prozent der Befragten Schutz vor staatlicher Überwachung für sehr wichtig halten, sich jedoch nur 42 Prozent hier ausreichend abgesichert fühlen. Gleichzeitig werden einige klassisch negativ Freiheiten relativ zu ihrem Vorhandensein als weniger wichtig wahrgenommen. So gaben bei den Freiheiten „zwischen unterschiedlichen Informationsquellen wählen“, „künstlerisch frei entfalten“, „meine Religion frei ausüben“, „an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann“ und „kaufen, was ich möchte“ deutlich mehr Befragte an, über diese Freiheiten zu verfügen, als Befragte diese Freiheiten als besonders wichtig einstufen.

Das ist kein Widerspruch zur ersten Beobachtung: Dort haben wir gesehen, dass im Zeitablauf die Bedeutung einiger negativer Freiheiten zunimmt. Das Niveau lässt aber dennoch Luft nach oben. Eine Reihe negativer Freiheiten wird von den Befragten als gewährleistet gesehen, jedoch nicht für besonders wichtig erachtet. Damit sehen wir, dass viele negative Freiheiten prekär sind: Politische Versuche, diese einzuschränken, würden potenziell nur auf überschaubaren gesellschaftlichen Widerstand treffen.

Das kann aber auch wieder eine Frage der Salienz sein. Der Wert von Freiheiten, die als selbstverständlich wahrgenommen werden, wird möglicherweise unterschätzt.

Käme es zu ernsthaften oder sogar erfolgreichen Versuchen der Freiheitseinschränkungen, könnte erst dies zu einem ernsthaften Nachdenken über den Wert dieser Freiheiten führen. Das ist aber spekulativ – sicher verlassen sollte man sich auf eine solche Reaktion nicht.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Befragten ihre negativen Freiheiten recht umfassend verwirklicht sehen, bei den aus klassisch-liberaler Sicht umstritteneren positiven Freiheiten aber tendenziell Defizite in ihrer materiellen Absicherung feststellen. Dies kann aus klassisch-liberaler Sicht eine offene Flanke für politische Angriffe auf die Freiheit darstellen.



BEOBACHTUNG 3

Die Haltung zu Freiheit und Marktwirtschaft hängt vom Bildungsgrad und der kulturellen Prägung ab.

Freiheit und Marktwirtschaft gehen Hand in Hand – schon bei Adam Smith[2] angelegt, ist spätestens seit dem Wirken von Hayeks[3] klar, dass Freiheit ohne Marktwirtschaft nicht realisierbar ist. Die politische Kontrolle der Allokation knapper Ressourcen ist, wenn sie an die Stelle des Marktprozesses tritt. Dies ist notwendigerweise mit Einschränkungen der individuellen Freiheit verbunden und führt dazu, dass immer größere Teile des individuellen Lebens politischer Kontrolle unterliegen.

Blickt man auf das Freiheitsverständnis in Deutschland, lohnt es sich daher, zugleich auch die Haltung zur Marktwirtschaft zu untersuchen. Die vorliegende Befragung von Allensbach hat mit unterschiedlichen Fragen versucht, diesen Zusammenhang zu beleuchten.

Unter anderem wurden die Teilnehmer gefragt, ob Marktwirtschaft Freiheit bieten oder diese einschränken würde. Im Schnitt sahen 55 Prozent der Befragten in der Marktwirtschaft eine Quelle von Freiheit, während nur 17 Prozent sie als einschränkend empfanden. Die positive Interpretation von Marktwirtschaft hängt jedoch von Sozialisation und Bildungsgrad ab:

Obwohl auch hier die positive Bewertung überwog, fiel die Zustimmung in Ostdeutschland mit 47 Prozent geringer aus, während 23 Prozent eine Einschränkung der Freiheit durch die Marktwirtschaft wahrnahmen. Ähnlich ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Einschätzung der Marktwirtschaft: 62 Prozent der Befragten mit Abitur sahen in ihr eine Quelle großer Freiheit, während dies bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss nur 50 Prozent waren – dennoch dominiert diese Ansicht auch hier klar.

Das Alter der Befragten ist hingegen eher wenig relevant. So gaben zwar unter 30-Jährige etwas seltener an, dass die Marktwirtschaft große Freiheiten bietet, stimmten jedoch auch nicht häufiger der gegenteiligen Aussage zu. Sie enthielten sich stattdessen öfter.

Auch eine bewusst emotionalisierende Formulierung der Frage zeigte ein ähnliches Bild: Auf die Frage „Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt (immer) zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist. Würden Sie dem zustimmen?“ antworteten die meisten Befragten ablehnend.

[1] Smith, A., Campbell, R. H., & Skinner, A. S. (1976). An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. Clarendon Press ; Oxford University Press.

[2] Hayek, F. A. v., & Chamberlain, J. (1944). The road to serfdom. University of Chicago Press.

Lediglich in Ostdeutschland überwog die Zustimmung zu dieser Aussage mit 43 zu 32 Prozent. Wie bei der Frage zuvor korrelierte ein positives Bild von Marktwirtschaft mit dem Bildungsgrad.

Zudem wurden die Befragungsteilnehmer noch mit einem Szenario konfrontiert, in dem sie zwischen zwei Staaten wählen sollten: a) einem liberalen Staat, der sich weitgehend aus der Wirtschaft heraushält, oder b) einem paternalistischen Staat, der aktiv in die Wirtschaft eingreift. 52 Prozent attestierten dem liberalen Staat mehr Freiheit, lediglich 26 Prozent dem Paternalistischen. Hierbei gab es keine deutlichen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Hervorzuheben ist jedoch, dass mehr Befragte dem paternalistischen Staat ein höheres Wohlstandsniveau (42 zu 29 Prozent Zustimmung) und ein wesentlich größeres Maß an Gerechtigkeit (55 zu 21 Prozent) zuschreiben. Hier ergibt sich jedoch erneut ein Interpretationsproblem: Einige Befragte könnten unter einem aktiven Eingreifen einzelne Maßnahmen wie die Korrektur von externen Effekten oder moderate Umverteilung verstehen. Andere könnten hier an einen stark interventionistischen Staat denken. Daher ist es nicht möglich, einen klaren Nachweis für ein irrational ausgeprägtes Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit des Staates zu sehen. Als Indiz hierfür kann man es aber durchaus interpretieren.



Erklären lässt sich der Unterschied je nach sozio-demographischem Hintergrund aus einer ökonomischen Perspektive mit der Bedeutung von Kulturen, Weltbildern und Referenzrahmen: So gehen beispielsweise North[4] oder McCloskey[5] davon aus, dass bestimmte gesellschaftlich geteilte Wertvorstellungen interpretations- und handlungsleitend sein können. Die Nutzung von gemeinsamen Ordnungsvorstellungen, Traditionen, Normen etc. erleichtert Austausch und setzt sich daher langfristig durch. Gleichzeitig können sie aber auch dazu führen, dass ökonomischer Fortschritt blockiert wird, wenn hieraus eine Politik folgt, die nicht zu den realen Bedingungen passt. Im Fall der ostdeutschen Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft könnte dies der Fall sein.

Daher wäre es ratsam, mit Evidenz und entsprechender Aufklärung Vorurteile gegenüber der Marktwirtschaft spezifisch dort abzubauen, wo sie gehäuft auftreten.

[4] Denzau, A. & North, D. (1994). Shared mental models: Ideologies and institutions. *Kyklos* 47 (1):3–31.

[5] McCloskey, D. N. (2016). *Bourgeois equality : how ideas, not capital or institutions, enriched the world*. University of Chicago Press.

BEOBACHTUNG 4

Wunsch nach mehr Staat auch in bewusster Abwägung gegen Freiheit.

Wie bereits erläutert, identifiziert die Mehrheit der Befragten in dem oben besprochenen Zwei-Staaten-Szenario den liberalen Staat als die freiheitlichere Alternative von beiden. Gleichzeitig gaben 60 Prozent an, lieber in dem paternalistischen Staat leben zu wollen. Nur 24 Prozent präferierten den liberalen Staat. Der Rest war sich unsicher.

Alter, Geschlecht, Bildung oder Ost-/West-Dimension zeigten keine relevanten Unterschiede. Lediglich bei Anhängern der FDP sprachen sich mit rund 35 Prozent weniger als die Hälfte für den paternalistischen Staat aus – kurioserweise präferiert aber auch nur in etwa die gleiche Anzahl den liberalen Staat. Wie können diese Beobachtungen interpretiert werden?

Auf jeden Fall besteht in allen politischen Lagern eine gewisse Unsicherheit bei der Wahl zwischen den beiden zur Auswahl stehenden Ordnungen. Das mag daran liegen, dass man sich nicht genau vorstellen kann, wie sich die beiden Alternativen auf die eigenen Lebensumstände auswirken: Ein Staat, der sich weitgehend aus der Wirtschaft heraushält, kann die Vorstellung einer sozialen Marktwirtschaft bei den Befragten ebenso hervorrufen wie die Vorstellung einer nahezu libertären Ordnung.

Wer eher risikoscheu veranlagt ist, wird hier vielleicht nicht unbedingt für den Staat optieren, der sich heraushält.

Dennoch spricht einiges für die Annahme, dass Deutschland gerade deshalb ein Land mit einem recht aktiv in den Marktprozess intervenierenden Staat ist, eben weil diese Politik (zumindest in der Tendenz) den Präferenzen seiner Bürger entspricht. Freiheit steht – anders als es die wachsende Bedeutung vielleicht vermuten lässt – absolut gesehen nicht so hoch im Kurs, wie man es sich aus klassisch-liberaler Sicht vielleicht wünscht, sondern wird bewusst gegen den Wunsch nach einem „mehr“ an staatlichen Aktivitäten abgewogen.

Die Umfrage liefert noch weitere Indizien hierfür. Die Befragten wurden mit 22 verschiedenen Aufgaben konfrontiert und sollten anschließend entscheiden, ob sie diese in staatliche oder private Zuständigkeit geben würden. Darunter waren klassische staatliche Kernaufgaben wie Polizei und Infrastruktur, Bereiche mit starker staatlicher Präsenz wie Bildung und öffentlicher Verkehr sowie Aufgaben, die traditionell weniger staatlich geregelt sind wie Wirtschaftsförderung und Lohnfragen.

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht dabei fast alle Aufgaben als staatliche Verantwortung: 18 Aufgaben wurden von über zwei Dritteln, eine weitere von 61 % der Befragten als staatliche Aufgaben bewertet. Nur bei drei Punkten sprach sich die Mehrheit gegen eine staatliche Übernahme aus.

Bemerkenswert ist dabei, dass unter diesen drei Aufgaben das Baurecht zu finden ist. 64 Prozent der Bevölkerung sind Meinung, der Staat sollte sich bei der Frage, wie man Häuser bauen darf, heraushalten. Dies ist vielleicht etwas überraschend, da man gerade im Baurecht nicht nur ästhetische, sondern auch monetäre externe Effekte erwarten würde – ein in irgendeiner Form problematischer Bau in der Nachbarschaft hat schließlich auch Auswirkungen auf den Preis des Nachbargrundstücks. Ob die Mehrheit hier auf den von Ronald Coase[6] beschriebenen Mechanismus der dezentralen Verhandlungen über externe Effekte vertraut, kann sicher bezweifelt werden. Vielleicht zeigt sich hier einfach ein Überdruß mit einem inzwischen allzu restriktiv gewordenen Baurecht, der aber nicht direkt als Präferenz für die strikte Marktlösung interpretiert werden sollte.

Andere Positionen, die von den Befragten mehrheitlich geäußert werden, erscheinen ökonomisch weniger gut interpretierbar: „Der Staat sollte sich darum kümmern, dass es ausreichend Wohnungen gibt“ ist kaum als Forderung nach effizienter Politik interpretierbar, sofern man davon

ausgeht, dass die Teilnehmer nicht nur einen allgemeinen Ordnungsrahmen im Sinn haben, sondern unmittelbare staatliche Bereitstellung von Wohnraum.

Wir sehen bei den Befragten hier vermutlich kein ökonomisches Effizienzkalkül und auch keine strikte Präferenz für Freiheit, sondern eine Abwägung dieser Kriterien gegen andere Präferenzen. Eine staatliche Bereitstellung von Gütern dürfte von vielen Befragten erst einmal mit hoher Berechenbarkeit und Sicherheit assoziiert werden. Zudem herrscht oft die Vorstellung, dass politische Allokationsverfahren im Gegensatz zum Preismechanismus stärker außerökonomische Gerechtigkeits- und Verteilungsaspekte berücksichtigen können. Ob in dieser Abwägung immer die Kosten in Form von Effizienzverlusten infolge eines Verzichts auf den Preismechanismus adäquat berücksichtigt werden, kann bezweifelt werden.

Gegen die Vorstellung des Staates als deus ex machina, der das von einem selbst präferierte Verteilungsergebnis herbeiführen kann, wenn er nur will, hat der Marktprozess als sehr abstrakter Mechanismus mit oft offenem Resultat nicht selten einen schweren Stand in politischen Debatten. Dies wäre zweifellos auch ein Grund, in die ökonomische Bildung zu intensivieren, um eine rationalere Debatte zu ermöglichen.

[6] Coase, R. H. (2013). The Problem of Social Cost. The Journal of Law & Economics, 56(4), 837–877.

BEOBACHTUNG 5

Präferenzen für Freiheiten sind nicht immer konsistent.

Wie in der vorherigen Beobachtung angedeutet, bieten die Ergebnisse der Befragung Anlass, über die Freiheitsvorstellung der Bevölkerung kritisch nachzudenken: Sind die Präferenzen für Freiheiten konsistent, oder treten möglicherweise interne Widersprüche auf? Bedeutet eine hohe Erwartung an die Problemlösungskapazität des Staates auch eine hohe Akzeptanz dafür, dass dieser in das eigene Leben eingreift? Oder hofft man nur, dass der Staat immer dann als fast magischer Problemlöser auftaucht, wenn man mit Marktergebnissen, aus welchen Gründen auch immer, unzufrieden ist?

Obwohl die Trenddaten von Allensbach zeigen, dass die Bereitschaft, staatliche Verbote in vielen Bereichen zu akzeptieren, tendenziell etwas rückläufig ist, bleibt die Unterstützung für Verbotsforderungen insgesamt auf einem hohen Niveau. So wurden die Teilnehmer mit 19 Fragen zu Verboten von potenziell schädlichem oder gesellschaftlich problematischem Verhalten konfrontiert. Die Fragestellung lautete: „Was meinen Sie, was sollte der Staat auf jeden Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen?“. Die Ergebnisse zeigen klare Prioritäten:

Mit großer Mehrheit befürworten die Befragten ein Verbot von harten Drogen wie Heroin oder Kokain (86 Prozent) sowie das Klonen von Menschen (81 Prozent). Deutlich geringere, aber immer noch hohe Zustimmung gab es für andere Themen, wie ein Verbot Beleidigungen im Internet (61 Prozent), besonders niedrige Löhne (60 Prozent) oder rechtsradikale Parteien (55 Prozent). Insgesamt spricht sich bei sieben der 19 Punkte eine Mehrheit für ein Verbot aus. Darunter fallen ebenfalls ein Verbot „weitere Kredite aufzunehmen, wenn man in finanziellen Schwierigkeiten und bereits verschuldet ist“ und ein Verbot von „Filme und Computerspiele mit vielen Gewaltdarstellungen“. Verbote von Aktivitäten, wie etwa das Fahren ohne Sicherheitsgurt, das Anbieten von gesundheitsgefährdenden, ungesunden Lebensmitteln oder hohe Spenden an Parteien stimmten noch immer zwischen 47 und 36 Prozent der Befragten zu.

Interessant ist dabei, dass einige der gewünschten Verbote mögliche Inkonsistenzen aufzeigen: Es besteht ein extrem auffälliger Unterschied zwischen der Präferenz, harte Drogen zu verbieten (mit 86 Prozent der höchste Wert) und dem Verbot von besonders gefährlichen Sportarten (lediglich 6 Prozent Zustimmung).

86%

DER BEFRAGTEN BEFÜHRWORTEN EIN VERBOT HARTER DROGEN

6%

DER BEFRAGTEN BEFÜHRWORTEN EIN VERBOT BESONDERS GEFÄHRLICHER SPORTARTEN

Stellt man die liberale Perspektive der Selbstverantwortung in den Mittelpunkt, dürften beide Werte nicht so weit auseinanderliegen – schließlich gefährdet man in beiden Fällen in erster Linie die eigene Person. Gleiches gilt für die Gurtpflicht. Mehr Menschen möchten zudem schnelle, hochmotorisierte Fahrzeuge verbieten als ein Tempolimit einzuführen. Auch dies erscheint inkonsistent.

Auffällig ist außerdem, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung ungesunde Lebensmittel verbieten will.

Hier ist es noch schwieriger, mit externen Effekten zu argumentieren. Eine Fremdschädigung wäre allenfalls über höhere Beiträge zur Krankenversicherung zu konstruieren. Hier würden sich aber andere Mechanismen zur Internalisierung anbieten als krude Verbote, wie etwa risikoadjustierte GKV-Beiträge.

Zugleich sehen es auch nur 25 Prozent der Menschen als Aufgabe des Staates an, dafür zu sorgen, dass die Menschen gesund leben. 66 Prozent sind sogar aktiv dagegen – zwei Präferenzen, die nur schwierig miteinander zu vereinbaren sind.

Eine plausible Erklärung dafür, dass diese widersprüchlichen Verbotspräferenzen mit einer konsistenten ökonomischen Argumentation kaum rekonstruierbar sind, wäre eine Tendenz zur Verallgemeinerung eigener Präferenzen. Die Befragten legen keine ökonomischen Effizienzkriterien an, sondern versuchen, ihre eigenen Präferenzen zur Grundlage allgemeiner Verbote zu machen: Die anderen Bürger sollen sich so verhalten müssen, wie man selbst es für richtig hält. Das erklärt auch, warum manche Verhaltensweisen relativ unumstritten sind (Rauchen, Alkoholkonsum), andere ökonomisch sehr vergleichbare Aktivitäten jedoch als problematisch angesehen werden (Verkauf von ungesunden Nahrungsmitteln).

Unabhängig von der finalen Ursache gebietet es die ökonomische Sicht, dass bei paternalistischen Eingriffen präzise nach Begründung und antizipierter Wirkung der Maßnahme gefragt werden sollte. **Schließlich zeigt die Evidenz, dass entsprechende Maßnahmen (etwa die Prohibition von harten Drogen und der globale „War on Drugs“) häufig nicht nur ineffizient sind, sondern sogar so starke Externalitäten verursachen, dass die Nutzenbilanz insgesamt negativ ausfällt.**

BEOBACHTUNG 6

Unternehmertum wird positiver gesehen, als man vermuten könnte.

In Anbetracht der eher zurückhaltenden Begeisterung für die Marktwirtschaft ist die sechste Beobachtung überraschend: Das Bild von Unternehmertum ist insgesamt ausgesprochen positiv.

Die Teilnehmer der Umfrage wurden mit jeweils sechs positiven und sechs negativen Aussagen über Unternehmer konfrontiert. Die positiven Aussagen erzielten dabei deutlich höhere Zustimmungswerte: 84 Prozent der Befragten stimmten zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand fördern. 77 Prozent betonten die Bedeutung von Wettbewerb für Fortschritt und Innovation, und 67 Prozent sahen erfolgreiche Unternehmen als Vorteil für die gesamte Gesellschaft.

Erst an vierter Stelle fand sich mit 58 Prozent Zustimmung eine kritische Aussage: „Große Unternehmen haben zu viel Einfluss auf die Politik.“ Auch die Befürchtung, dass ohne staatliche Regulierung einzelne Unternehmen den Markt dominieren könnten, teilten 53 Prozent. Stark unternehmerkritische Positionen, etwa dass erfolgreiche Unternehmen ihre Mitarbeiter häufig ausbeuten (31 Prozent) und Umweltschutz ignorieren würden (32 Prozent), oder die

Forderung nach Verstaatlichung großer Unternehmen (15 Prozent), erhielten hingegen nur geringe Unterstützung.

Im Durchschnitt stimmten 63 Prozent der Befragten den positiven, marktwirtschaftlich orientierten Aussagen zu, während 32 Prozent die negativen Aussagen befürworteten. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sowie zwischen Altersgruppen waren dabei kaum erkennbar.

Wenig überraschend steht die parteipolitische Präferenz in einem Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Unternehmertum. Interessant ist dabei jedoch, dass relativ viele Anhänger der (ehemaligen) Volksparteien CDU/CSU und SPD ein positives Unternehmerbild haben. Teilweise bewerten sie Unternehmer positiver als Anhänger der FDP oder der AfD. Lediglich Teilnehmer, die sich der Linkspartei zurechnen, haben ein konsequent negatives Unternehmerbild. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass der positive Beitrag von Unternehmertum und Wettbewerb zur Sicherung von Wohlstand in der Breite der Gesellschaft erkannt wird.

Ohne erfolgreiche Unternehmen gibt es in einer hoch spezialisierten Volkswirtschaft keinen Wohlstand. Subsistenz oder geplantes Wirtschaften sind in Effizienz und kreativem Output weit unterlegen.

Dennoch lohnt es sich, zwei negative Einschätzungen in den Befragungsergebnissen näher anzuschauen: Erstens stimmt eine Mehrheit von 53 Prozent der Aussage zu: „Ohne staatliche Aufsicht würden einzelne Unternehmen den Markt ganz beherrschen“. Man könnte hier prima facie in ordnungspolitischer Tradition die Forderung nach staatlicher Wettbewerbspolitik sehen. Ganz so einfach ist es aber nicht, denn wir haben hier keine konditionale normative Aussage der Form „Wenn einzelne Unternehmen zu viel Macht haben, dann sollte der Staat eingreifen“, sondern eine Prognose: Wettbewerb führt am Ende zur Dominanz einzelner Unternehmen.

Möglicherweise besteht hier grundsätzlicher Bedarf, die Vorstellungen der Bevölkerung davon, was Wettbewerb genau ist und wie er funktioniert, weiter zu untersuchen:

Ist den Menschen bewusst, dass ein funktionierender Wettbewerb im Hayekschen Sinne endogen zu mehr Vielfalt führt und es erlaubt, neue Ideen auszuprobieren und gerade kein Auslesewettbewerb ist, bei dem am Ende ein dominanter Anbieter übrigbleibt? Falls die letzte Konzeption überwiegt, sollte auch hier dringend Aufklärungsarbeit betrieben werden, damit das Wettbewerbsprinzip an Akzeptanz gewinnt.



Auch die zweite Aussage weist auf einen Umstand hin, dem mehr Beachtung geschenkt werden sollte. 58 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „große Unternehmen zu viel Einfluss auf die Politik [haben].“ Aus ökonomischer Sicht sind die potenziell schädlichen Auswirkungen von solchem Verhalten hinlänglich bekannt. Ein zentraler Aspekt ist dabei das sogenannte rent-seeking, bei dem Individuen oder Gruppen versuchen, durch politische Einflussnahme Vorteile zu erlangen. Dieses Verhalten ist oft doppelt schädlich. Gesellschaftliche Ressourcen werden nicht nur umverteilt – etwa in Form von Subventionen, Monopolprivilegien oder der Errichtung von Markteintrittsbarrieren, sondern die Ressourcen der beteiligten Unternehmen werden für die politische Einflussnahme verschwendet, statt sie für produktive Zwecke einzusetzen.

Sofern die Antwort der Befragten ein intuitives Verständnis dieses Problems widerspiegelt, könnte dies ein Ansatzpunkt sein, auch eine Selbstbeschränkung des Staates zur Vermeidung gerade dieses ineffizienten Verhaltens plausibel zu machen.

BEOBACHTUNG 7

Mehr Menschen können sich eine Selbständigkeit vorstellen, als es tatsächlich Selbständige gibt – jedoch immer noch zu wenige

22% **DER TEILNEHMER ENTSCHIEDEN SICH FÜR EINE SELBSTSTÄNDIGKEIT**

Unsere letzte Beobachtung betrifft einen Komplex der Befragung, der sich mit den beruflichen Vorstellungen der Bevölkerungen befasst.

Befragt, ob sie lieber als Beamte, Angestellte oder Selbständige arbeiten würden, entschieden sich lediglich 22 Prozent der Teilnehmer für eine Selbständigkeit oder Freiberuflichkeit. Zwar übersteigt dieser Wert den tatsächlichen Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen in Deutschland, der bei rund 8,5 Prozent liegt. Dennoch rangiert die Selbständigkeit in der Beliebtheit hinter dem Beamtenstatus (29 Prozent) und der Anstellung (26 Prozent).

In Ostdeutschland ist das Interesse an einer selbständigen Tätigkeit geringer als im Westen. Zwischen den Generationen zeigen sich kaum Unterschiede im Wunsch nach Selbständigkeit. Jedoch äußern Befragte >60 Jahren deutlich häufiger den Wunsch, als Beamte zu arbeiten.

8.5% **DER ERWERBSTÄTIGEN SIND TATSÄCHLICH SELBSTÄNDIG**

Auch hier lässt sich der Zeithorizont der Befragten als Erklärung dafür anführen, dass ältere Menschen die sichere und großzügige Absicherung von Beamten im Alter erstrebenswerter finden als junge Menschen, die auch die Kosten des Beamtenstatus auf dem Schirm haben, wozu Inflexibilitäten und oft auch ein zunächst geringeres Gehalt als im Privatsektor gehören.

Insgesamt bietet sich hier aus unserer Sicht ein spannendes Bild: Selbständigkeit scheint in der Theorie wesentlich beliebter als in der Realität zu sein; deutlich mehr Menschen äußern einen prinzipiellen Wunsch nach Selbständigkeit als am Ende tatsächlich diesen Schritt gehen.

Folglich liegt hier möglicherweise ungenutztes Potenzial, das durch bessere Rahmenbedingungen für Selbständige gehoben werden könnte. Dies wäre wichtig, da Selbständigkeit – insbesondere in dynamischen Märkten – einen großen Beitrag zu Wohlstand und Innovation[7] leisten kann. Bleibt die Zahl der Selbständigen also geringer, wird ökonomisches Potenzial möglicherweise unnötig verschwendet.

Insgesamt sollten daher Maßnahmen ergriffen werden, dieses Potenzial zu nutzen. Aus unserer Sicht bietet sich neben einer aktiven Werbung und Ermutigung zur Selbständigkeit schon während der Schulzeit vor allem ein Abbau von unnötigen regulativen Hürden an.

Mögliche Unternehmensgründer sollten ihre Energien in den Aufbau ihres Geschäftes und nicht in das Befriedigen von Bürokratie investieren können.



[7]vgl. Wong, P. K., Ho, Y. P., & Autio, E. (2005). Entrepreneurship, innovation and economic growth: Evidence from GEM data. *Small business economics*, 24, 335-350.

Feki, C. & Mnif, S. Entrepreneurship, Technological Innovation, and Economic Growth: Empirical Analysis of Panel Data. *J Knowl Econ* 7, 984-999 (2016).

AUSBLICK & EMPFEHLUNGEN

Die vorliegende Befragung von Allensbach bietet aus unserer Sicht einen interessanten und informativen Blick auf das Freiheitsverständnis der Deutschen: Erwartungsgemäß ist Deutschland nicht durch sehr große Zustimmung zu negativer Freiheit und damit durch ein wichtiges klassisch-liberales Freiheitsverständnis geprägt. Eine interventionistische Staatstätigkeit, welche die Menschen in vielen Lebenslagen betreut, scheint den Vorstellungen einer Mehrheit der Bevölkerung entgegenzukommen. Verbote sind populär und dienen häufig dem Ausdruck der eigenen Vorlieben, die zu allgemeinen Regeln generalisiert werden sollen.

Gleichzeitig bestehen ein breit geteiltes Verständnis und Bewusstsein dafür, dass Marktwirtschaft und Unternehmertum Wohlstand schaffen und Freiheit ermöglichen. Dies könnten sinnvolle Anknüpfungspunkte sein, um weiter für Freiheit zu werben.

Alle gesellschaftlichen Akteure – gleich, ob es sich dabei um Parteien, NGOs oder Individuen handelt – sollten beim Versuch, die Bedeutung der Freiheit den Bürgern plausibler zu machen, aus unserer Sicht vier Empfehlungen beherzigen:

EMPFEHLUNG 1: WELCHE FREIHEIT MEINEN WIR? – PRÄZISER IN DEM SEIN, WAS GENAU GEMEINT IST

Viele der Fragestellungen in der Befragung von Allensbach lassen sich selbst aus einer dem Liberalismus zugewandten Perspektive unterschiedlich interpretieren. So kann beispielsweise die Frage, ob es Staatsaufgabe sei, „dass die Preise nicht zu stark steigen“ entweder auf diskretionäre Preiskontrollen, auf eine solide Geldpolitik, oder auch auf eine effektive Wettbewerbspolitik abstellen. Diese Perspektiven unterscheiden sich in ihrer Interpretation fundamental. Wenn immer über Freiheit und freiheitliche Politik gesprochen wird, sollte daher konkret und präzise formuliert werden, welches Prinzip genau man verteidigen will und wieso freiheitliche Prinzipien ein Ziel oft effektiver erreichen können als dirigistisches Handeln.

EMPFEHLUNG 2:

BESSER ERKLÄREN, WARUM FREIHEITLICHE IDEEN MEHR AUFMERKSAMKEIT VERDIENEN

Die Ergebnisse der Befragung haben verdeutlicht, dass manche Ansichten zu Freiheit und Marktwirtschaft durchaus widersprüchlich sein können. Wir sind uns sicher, dass diese Widersprüche teils auch Ausdruck einer gewissen Unaufmerksamkeit und Uninformiertheit sind. Meinungen sind schnell formuliert; Sachverhalte zu durchdringen kostet Mühe. Man kann sicherlich nicht erwarten, dass ökonomische Laien komplexere volkswirtschaftliche Argumente durchdringen. Das (oft selbst noch unter Ökonomen zu findende) naive Staatsverständnis, nach dem die Politik immer dazu gebracht werden kann, gewünschte Lösungen zu implementieren, kann man aber überzeugend kritisieren. Es sollte nicht nur darum gehen, die Effizienz des Preismechanismus und die Vorteile von Freiheit insgesamt herauszustellen. Vielmehr ist auch eine Aufklärung über Gefahren und Unzulänglichkeiten starker staatlicher Steuerung notwendig.

EMPFEHLUNG 3:

EVIDENZ FÜR DIE POSITIVEN FOLGEN VON FREIHEIT KLAR ZEIGEN UND FÜR ALLE BILDUNGSSCHICHTEN VERSTÄNDLICH VERMITTELN

Eine instrumentelle Rechtfertigung von Freiheit mag widerstreben. Dennoch glauben wir, dass ein klares Aufzeigen der (materiell) positiven Folgen von Freiheit große Überzeugungsarbeit leisten kann. Wenngleich sich in den letzten Jahren hierzu bereits ein gewisser Trend erkennen lässt, ist diese Strategie noch ausbaufähig – insbesondere da zum Teil erhebliche Unterschiede in der Begeisterung für Freiheit zwischen den verschiedenen Bildungsschichten bestehen. Klar aufbereitete Beispiele könnten helfen, diese Unterschiede zu überwinden. Gleiches gilt für unterschiedliche biographische Hintergründe. Menschen in Ostdeutschland dürften nicht grundsätzlich weniger freiheitsfreundlich veranlagt sein. Möglicherweise fehlen ihnen aber bisher häufiger als Westdeutschen eigene Erfahrungen, die den instrumentellen Wert von Freiheit belegen.

EMPFEHLUNG 4:

UNGEWÖHNLICHE PRÄFERENZEN UND THEMEN NUTZEN

Die Befragung zeigt überraschenderweise, wie wenig Menschen sich staatliche Eingriffe im Hinblick auf Bauen wünschen und wie viele Menschen Verbote im Verkehrsbereich ablehnen. Wenngleich beide Themen möglicherweise eher technisch bis nischenorientiert sind, zeigen sie doch, dass manchmal unerwartete und vielleicht auch emotional besetzte Themengebiete helfen können, Freiheit zu vermitteln. Liberale Akteure sollten die Bürger dort abholen, wo diese ohnehin schon freiheitliche Ansichten vertreten. Ausgehend davon lassen sich Einstellungen möglicherweise auch auf andere Sachverhalte übertragen.

In Anbetracht aktueller politischer Entwicklungen stehen dem liberalen Denken in Deutschland und der Welt wahrscheinlich einige schwierige Jahre bevor. Die hier diskutierte Befragung zeigt aber, dass die Bürger in einigen Kontexten Freiheit durchaus zu schätzen wissen. Gerade weil aber auch ein empirisch kaum gedecktes, positives Verständnis von Staatseingriffen zu beobachten ist und die instrumentell positiven Auswirkungen einer freiheitlichen Marktwirtschaft oft unterschätzt werden, besteht noch ein großes Potenzial dafür, Freiheit weiter zu popularisieren.

ANHANG

FREIHEITSVERSTÄNDNIS & FREIHEITSORIENTIERUNG DER JUNGEN GENERATION

**ERGEBNISSE EINER
REPRÄSENTATIVUMFRAGE DES INSTITUTS
FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH**

**Freiheitsverständnis und Freiheits-
orientierung der jungen Generation**

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag von
PROMETHEUS – Das Freiheitsinstitut gGmbH

September 2024

Vertraulich!

Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung dieser Daten, ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des
INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Inhalt

	Seite
Einleitung	1
1. Das Verständnis von Freiheit	2
2. Freiheiten im Alltag – Wunsch und Wirklichkeit	12
3. Freiheit und Marktwirtschaft.....	26
4. Staatsorientierung	38
5. Einstellungen zu Unternehmen und zur Selbständigkeit.....	48

Anhanggrafiken

Anhanggrafiken A1-A4

Anhanggrafiken A5-A7 (nicht im Text erwähnt)

TABELLENTEIL

Seite

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I
--------------------------------	---

TABELLEN

Tabelle

Aufgaben des Staates:

– darum sollte sich der Staat kümmern	1 a-f
– da sollte sich der Staat besser nicht einmischen.....	2 a-f
Präferiertes Arbeitsverhältnis: als Angestellter, Beamter oder selbständig?.....	3

Tabelle

Hat diese Präferenz bei der Ausbildungs-/Berufswahl eine Rolle gespielt?	4 a,b
Zwei Meinungen zum Thema Marktwirtschaft und Freiheit.....	5
Führt Marktwirtschaft immer zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist?	6
Führt Marktwirtschaft zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist? ...	7
Führt Marktwirtschaft (immer) zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist?	8
Aussagen zu Unternehmen	9 a-d
Drei Bedeutungen von Freiheit (Halbgruppe A)	10 a,b
Drei Bedeutungen von Freiheit (Halbgruppe B)	11 a,b
Freiheiten, die persönlich –	
– sehr wichtig sind.....	12 a-f
– auch wichtig sind.....	13 a-f
– nicht ganz so wichtig sind	14 a-f
Freiheiten, die man persönlich in seinem Leben hat.....	15 a-f
Zwei Staaten (betreuender und zurückhaltender):	
– in welchem man lieber leben würde	16 a,b
– in welchem es mehr Gerechtigkeit gibt	17 a,b
– in welchem es mehr Freiheit gibt	18 a,b
– in welchem der Wohlstand am größten ist	19 a,b
– welcher von beiden menschlicher ist	20 a,b
Dinge, die der Staat verbieten sollte.....	21 a-d

Anhang

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Originalanlagen

Einleitung

Im Sommer 2024 beauftragte PROMETHEUS – das Freiheitsinstitut gGmbH, Berlin, das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, Allensbach am Bodensee, mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Thema Freiheit. Der Schwerpunkt der Untersuchung sollte dabei auf der Frage liegen, welche Freiheitsvorstellungen bei der jungen Generation vorherrschen, welchen Stellenwert Freiheit für sie hat und mit welchen Lebensmodellen und -vorstellungen sie das Stichwort Freiheit verbindet, etwa mit Aspekten wie Eigenverantwortung und ökonomische Unabhängigkeit. Darüber hinaus sollten die Einstellungen der Bevölkerung zu Marktwirtschaft und Unternehmertum ermittelt werden.

Zur Untersuchung dieser Themen wurden zehn Fragen in eine Mehrthemenumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aufgenommen, für die in der Zeit vom 16. bis zum 27. September 2024 insgesamt 1040 Personen ab 16 Jahren mündlich-persönlich (face-to-face) befragt wurden. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Umfrage ist damit repräsentativ, das heißt, ihre Ergebnisse können – abgesehen von einer statistisch bedingten Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden. Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage sind im Anhang zu diesem Bericht dokumentiert. Dort befinden sich auch ein Repräsentanznachweis und ein Fragebogenauszug mit Originalanlagen.

Allensbach am Bodensee, INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH
15. November 2024

1. Das Verständnis von Freiheit

Wer eine Umfrage zum Thema Freiheit durchführen möchte, steht zunächst einmal vor dem Problem, dass der Begriff Freiheit zwar vielfach in den verschiedensten Zusammenhängen verwandt wird, seine Bedeutung aber oft vage bleibt. Manche Bedeutungen, die mit dem Begriff Freiheit in Verbindung gebracht werden, überschneiden sich, andere widersprechen sich, so dass eine inhaltliche Begriffsklärung die unabdingbare Voraussetzung für jedes Verständnis ist.

Die wahrscheinlich älteste Bedeutung des Begriffs Freiheit ist die als Gegensatz zu Knechtschaft und Fremdbestimmung, als Freiheit vor Willkür und Sklaverei. Diese Bedeutung ist bereits für das dritte Jahrtausend vor Christus bei den Sumerern nachgewiesen.¹

Diese Kernbedeutung der Freiheit als Gegensatz von Knechtschaft und Fremdbestimmung findet sich auch in dem gotischen Begriff Freihals, aus dem das heutige deutsche Wort Freiheit entstand: Freihals war der Hals, der kein Joch tragen musste. Man muss annehmen, dass sich die anderen Bedeutungen des deutschen Begriffs Freiheit aus diesem ursprünglich juristischen Gehalt des Wortes entwickelt haben. Diese Kernbedeutung von Freiheit findet sich denn auch mehr oder weniger deutlich in allen anderen Bedeutungszusammenhängen wieder, in denen das Wort gebraucht wird, doch die Betonung liegt jeweils auf einem anderen Aspekt.

Sortiert man den Freiheitsbegriff nach bestimmten Merkmalen, so kann man die zweite Bedeutung von Freiheit – Freiheit im Sinne von Libertinage – erkennen, also der Möglichkeit, das zu tun und zu lassen, was man möchte, dass man das Leben nach den eigenen Wünschen und Vorlieben genießt, sich ungehemmt ausleben kann, durch keine Regeln und Normen begrenzt, im Extremfall ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer und ohne Verantwortung und Verpflichtungen.

Drittens wird Freiheit gelegentlich verstanden als Freiheit von Not, Armut, Arbeitslosigkeit und allen möglichen Risiken des Lebens. In diesem Sinne verstanden ist Freiheit etwas, das von einem starken Staat gewährt wird und insofern um den Preis

¹ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: Zauber der Freiheit. In: Hanns Martin Schleyer-Preis 1998 und 1999. Verleihung an Reinhard Mohn und Dr. Dr. h. c. Elisabeth Noelle-Neumann. Köln: Bachem 1999, S. 61-73. Dort S. 65.

großer politischer und gesellschaftlicher Unfreiheit bzw. paternalistischer Gängelung erkaufte wird. Diese Bedeutung von Freiheit wurde in den extremen Varianten in den sozialistischen Diktaturen in der DDR und anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern propagiert, in gemäßigten Varianten in sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaaten als Ideal angesehen, gemäß einem egalitaristischen Gesellschaftsmodell. Sie ist von allen Bedeutungen des Begriffs Freiheit am weitesten von der Ursprungsbedeutung entfernt, steht in weiten Teilen sogar in starkem Spannungsverhältnis zum ursprünglichen Freiheitsbegriff.

Das vierte Verständnis von Freiheit ist Freiheit im politischen Sinne, also die Möglichkeit, als Bürger am öffentlichen Leben teilzunehmen, sich aktiv und passiv an demokratischen Wahlen zu beteiligen, seine Meinung frei zu äußern und sich weitgehend ungehindert über politische Vorgänge informieren zu können.

Das fünfte Verständnis von Freiheit schließlich ist das fundamentalste und sozialwissenschaftlich bedeutendste. Hier wird Freiheit verstanden als die Möglichkeit des Einzelnen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, aktiv den Erfolg im Leben zu suchen und zu gestalten, Chancen zu ergreifen, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen – einschließlich der Möglichkeit, zu scheitern und dann auch die Folgen zu tragen. In diesem Verständnis bedeutet Freiheit für die betroffenen Menschen nicht nur ein Recht oder eine Gunst, sondern auch Verpflichtung. Diese Freiheit verlangt vom Einzelnen Aktivität und Anstrengung. Sie schließt die Freiheit der Wirtschaft ein, geht aber weit darüber hinaus. Man kann sie als gesellschaftliches Grundprinzip verstehen, das als Messlatte auf viele politische und gesellschaftliche Entscheidungen angewandt werden kann.

Selbstverständlich lassen sich noch wesentlich mehr und detailliertere Bedeutungen des Begriffs Freiheit unterscheiden. So finden sich im „Deutschen Wörterbuch“ von Jakob und Wilhelm Grimm aus dem Jahr 1878 zehn verschiedene Definitionen, die sich aber alle (mit einer sehr speziellen und nur sprachwissenschaftlich interessanten Ausnahme) in vier der aufgeführten fünf Grunddimensionen einteilen lassen, so dass eine feinere Unterteilung an dieser Stelle nicht hilfreich erscheint. Bemerkenswert ist dabei, dass im Wörterbuch der Brüder Grimm einzig die Bedeutung von Freiheit als Freiheit von Not nicht erwähnt wird. Hier liegt der Verdacht nahe, dass diese Bedeutung erst mit der zunehmenden Bedeutung der Arbeiterbewegung und dann verstärkt in der sozialistischen, kommunistischen Propaganda

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aufgekommen ist. Man könnte von einer – bewussten oder unbewussten – „Begriffsentführung“ sprechen: Der mit einem positiven Beiklang versehene Begriff wird nach und nach mit einem neuen Inhalt versehen, der in Konsequenz das Gegenteil des ursprünglichen Inhalts bedeutet, aber dessen positiven Klang bewahrt. Vielleicht ist diese Interpretation eine Überzeichnung, doch in jedem Fall hatte der Begriff Freiheit immer etwas Schillerndes an sich.

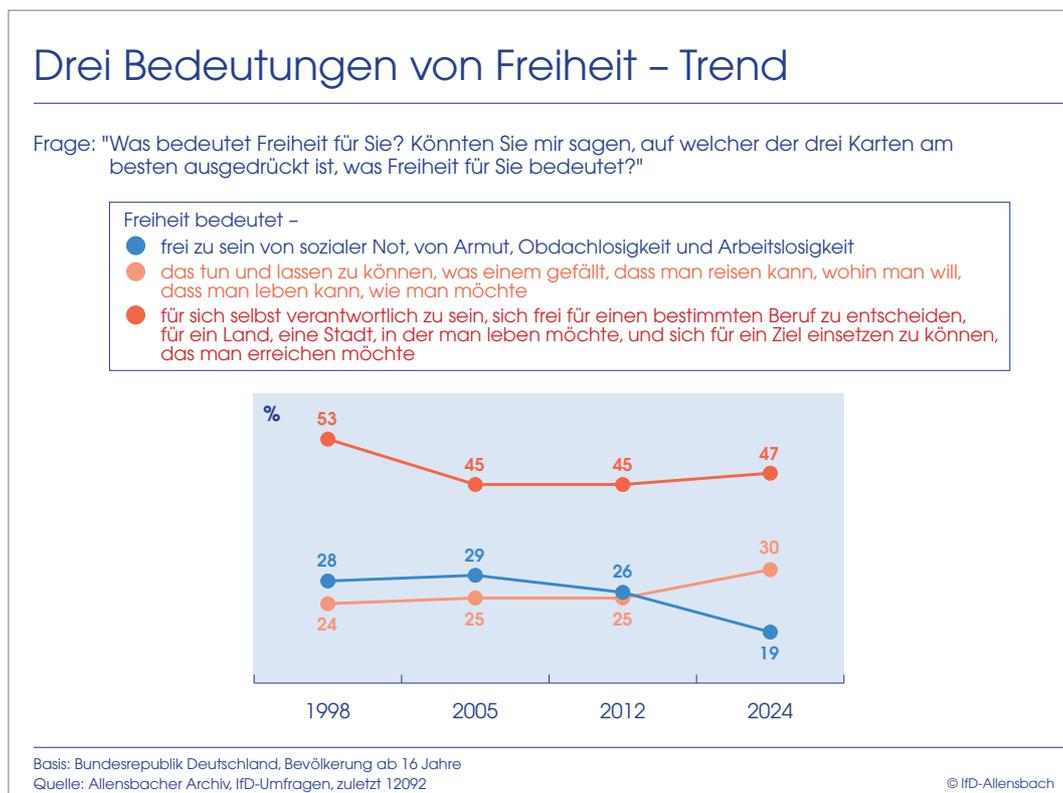
Bevor man sich also an eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Bedeutung des Werts der Freiheit in der Gesellschaft macht, muss man zunächst klären, welches Freiheitsverständnis in der Bevölkerung vorherrscht, woran die Menschen konkret denken, wenn das Stichwort Freiheit genannt wird. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat hierzu zum ersten Mal im Jahr 1998 eine Frage entwickelt, bei der den Befragten immerhin drei der wichtigsten Bedeutungen vor Augen geführt wurden. Die Interviewer überreichten Karten, auf denen die folgenden Definitionen aufgeschrieben standen: „Freiheit bedeutet frei sein von sozialer Not, von Armut und Obdachlosigkeit“, „Freiheit bedeutet, das tun und lassen zu können, was einem gefällt, dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben kann, wie man möchte“ und „Freiheit bedeutet, für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte“. Dazu wurde die Frage gestellt: „Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher der drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?“

Im Jahr 1998 entschieden sich 24 Prozent der Bevölkerung für die zweite Definition, die Freiheit grob im Sinne von Libertinage beschrieb. 28 Prozent wählten Freiheit im Sinne von Freiheit von sozialer Not. Eine klare Mehrheit von 53 Prozent wählte dagegen die Definition aus, in der Freiheit als Entscheidungsfreiheit des Einzelnen auch mit Selbstverantwortung verknüpft ist. Man konnte annehmen, wenn in Umfragen der Begriff Freiheit ohne weitere Erläuterungen fiel, dass dieses Freiheitsverständnis in den Antworten der Befragten dominierte.

Seitdem wurde die Frage gelegentlich in Allensbacher Bevölkerungsumfragen wiederholt, jeweils mit sehr ähnlichen Ergebnissen. Allmählich gewann allerdings das Freiheitsverständnis im Sinne von Libertinage an Bedeutung, während sich die

Vorstellung, Freiheit sei vor allem die Freiheit von sozialer Not, zurückbildete; unverändert aber dominierte das Verständnis von Freiheit als Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, verknüpft mit Selbstverantwortung. Dies gilt auch für die vorliegende Umfrage: Im September 2024 bedeutete Freiheit für 47 Prozent der Bevölkerung, für sich selbst verantwortlich zu sein, während sich 30 Prozent für die Definition von Freiheit als Libertinage entschieden. 19 Prozent wählten die Freiheit von sozialer Not (Grafik 1).

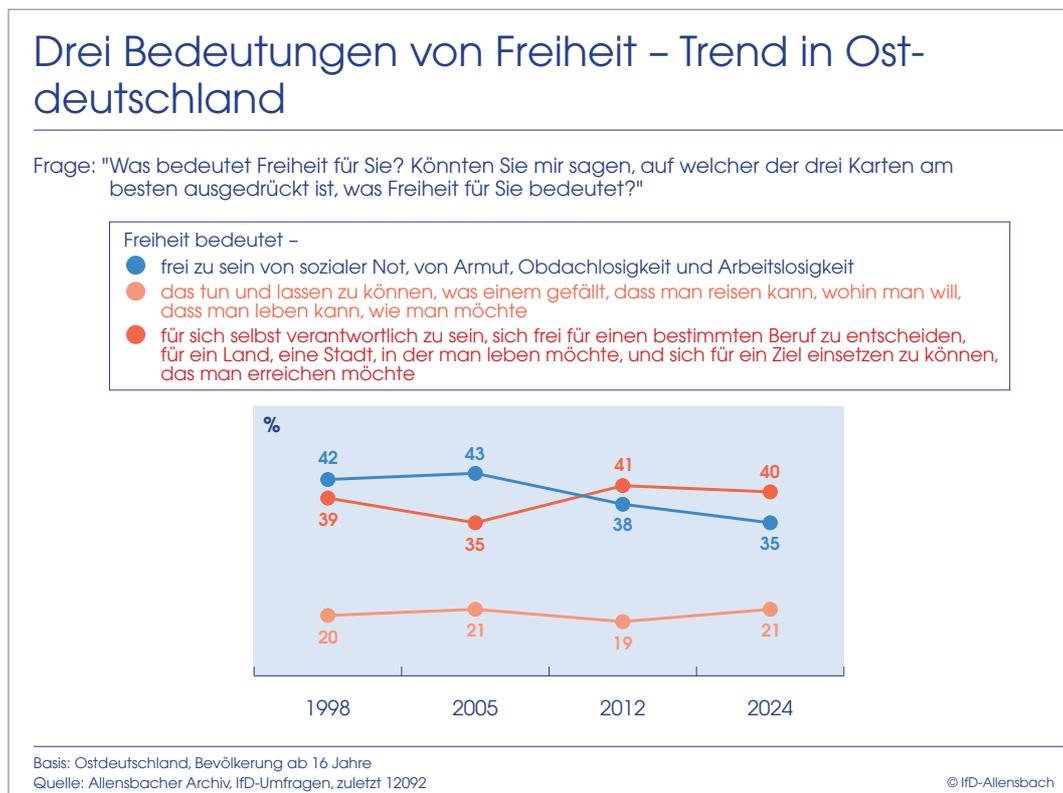
Grafik 1



Betrachtet man bei dieser Frage die Antworten Ost- und Westdeutscher getrennt voneinander, erkennt man deutliche Unterschiede: Da 82 Prozent der Bevölkerung Deutschlands in Westdeutschland leben, dominieren deren Antworten das Gesamtergebnis der Umfrage. Dementsprechend unterscheiden sich die westdeutschen Ergebnisse auch nur wenig von den gesamtdeutschen (vgl. Grafik A1 im Anhang). Ganz anders ist das Bild dagegen in Ostdeutschland: Hier sagte 1998 eine knappe relative Mehrheit von 42 Prozent, für sie sei Freiheit in erster Linie die Freiheit von sozialer Not. Erst danach folgte, wenn auch mit knappem Abstand, das Verständnis von Freiheit als Entscheidungsfreiheit, verknüpft mit Selbstverantwortung. Man muss annehmen, dass sich in diesen Ergebnissen die Sozialisation der ostdeutschen

Bevölkerung durch den DDR-Sozialismus widerspiegelte. In den folgenden Jahren verlor dann die Vorstellung, Freiheit sei vor allem soziale Sicherheit, allmählich an Bedeutung, allerdings nur sehr langsam. In der aktuellen Umfrage entschieden sich 35 Prozent der Befragten in Ostdeutschland für diese Definition, 7 Prozentpunkte weniger als vor 26 Jahren, während der Anteil derer, die Freiheit als Entscheidungsfreiheit auffassen, mit 40 Prozent praktisch unverändert geblieben ist (Grafik 2).

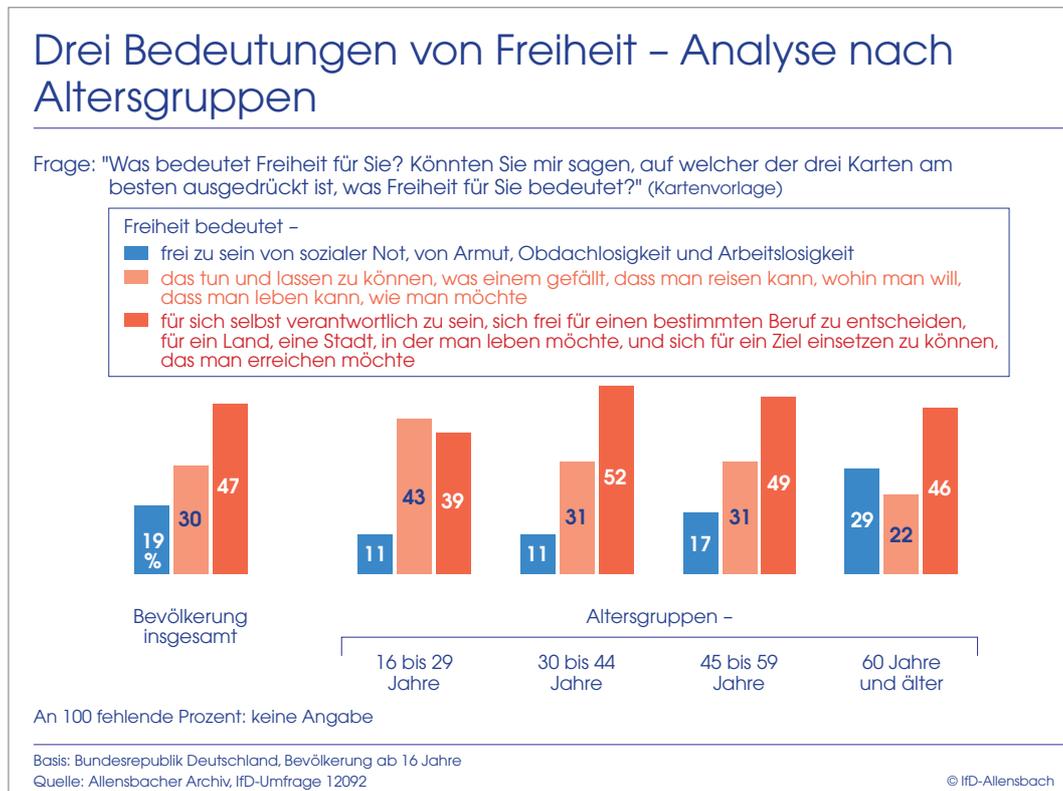
Grafik 2



Bemerkenswert ist, dass es, anders als derzeit bei vielen anderen gesellschaftspolitischen Themen, beim Freiheitsverständnis durchaus klare, wenn auch nicht fundamentale Unterschiede zwischen den Antworten der Befragten aus verschiedenen Altersgruppen gibt: Während 43 Prozent der unter 30-Jährigen angaben, dass Freiheit für sie bedeute, tun und lassen zu können, was einem gefällt, wählten nur 22 Prozent der 60-Jährigen und Älteren diese Antwortmöglichkeit aus. Umgekehrt ist es bei der Vorstellung, wonach Freiheit vor allem Freiheit von sozialer Not bedeute. Diese Definition wurde nur von 11 Prozent der unter 30-Jährigen, aber immerhin von 29 Prozent der 60-Jährigen und Älteren genannt. Bei der in der Gesamtbevölkerung dominierenden Definition, wonach Freiheit Selbstverantwortung bedeute,

sind die Generationenunterschiede geringer, doch sie stößt bei den unter 30-Jährigen auf spürbar weniger Zustimmung als in allen anderen Altersgruppen (Grafik 3).

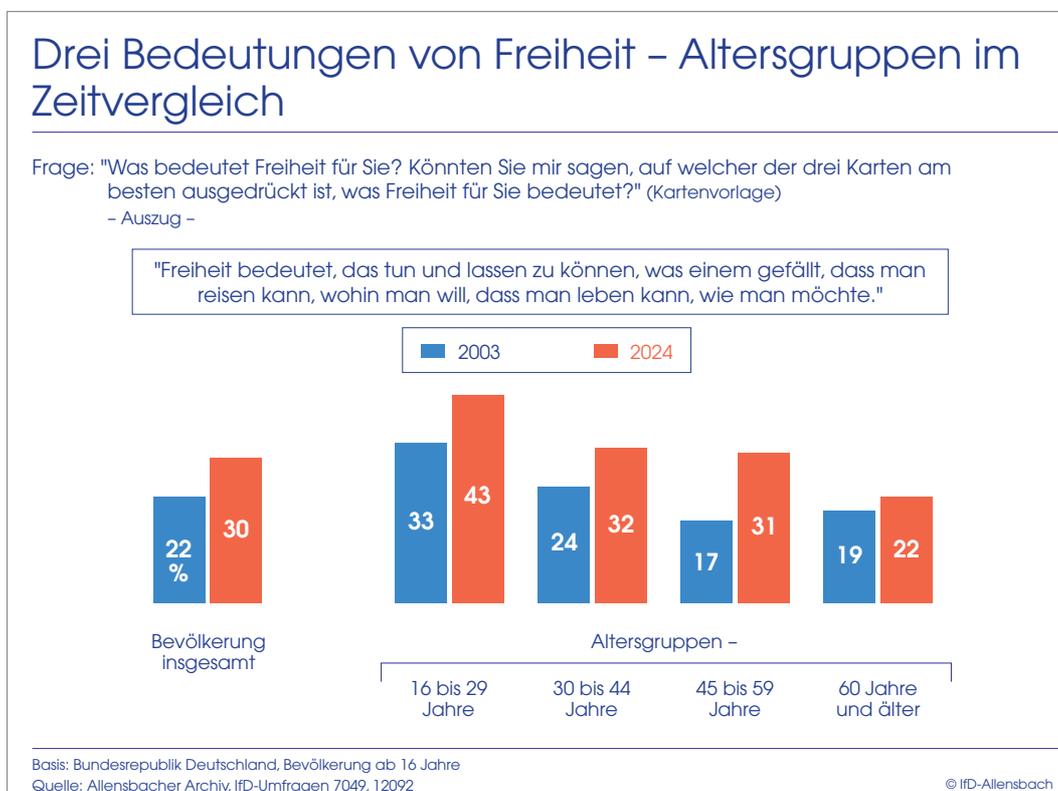
Grafik 3



Bei einem derartigen Antwortmuster stellt sich die Frage, ob es sich dabei um einen Alters- oder Kohorteneffekt handelt, ob also entweder Jüngere einen anderen Blick auf die Freiheit haben als Ältere, einfach weil sie jung sind, oder aber ob die heute junge Generation grundsätzlich andere Prioritäten setzt als die vorangegangene. Letztgenanntes würde bedeuten, dass sich höchstwahrscheinlich das Freiheitsverständnis in der Gesellschaft insgesamt langfristig verändern würde, weil die nachwachsenden Generationen mit ihren neuen Vorstellungen nach und nach die Älteren ablösen würden. Aufschluss bietet hier der Blick in die Umfrageergebnisse von vor zwei Jahrzehnten: Im Jahr 2003 war bereits der gleiche Unterschied zwischen den Altersgruppen zu beobachten wie heute: Für 16 Prozent der unter 30-Jährigen bedeutete Freiheit vor allem Freiheit von sozialer Not, von den 60-Jährigen und Älteren gaben 29 Prozent diese Antwort. Die Freiheitsdefinition im Sinne von Libertinage wählten 33 Prozent der Befragten unter 30 Jahren und 19 Prozent der 60-Jährigen und Älteren aus. Vergleicht man hier die Antworten der beiden Alters-

gruppen zu diesen Zeitpunkten miteinander, erkennt man, dass das Freiheitsverständnis im Sinne von Libertinage nicht nur in der jungen Generation zugenommen hat, sondern in allen Generationen, wenn auch in der obersten Altersgruppe nur geringfügig (Grafik 4). Das deutet darauf hin, dass wahrscheinlich kein oder nur ein geringer Kohorteneffekt vorliegt, denn dieser könnte zumindest nicht erklären, warum auch bei älteren Befragten, vor allem bei den 45- bis 59-Jährigen, ein starker Zuwachs derer zu verzeichnen ist, die Freiheit im Sinne von Libertinage verstehen. Einen gewissen Alterseffekt legen die Ergebnisse dagegen tatsächlich nahe (wenn auch nicht belegt), denn der Abstand zwischen den Generationen ist ungefähr gleichgeblieben. Vor allem wird hier aber ein dritter Faktor sichtbar, nämlich ein Zeitgeist-Effekt: Die Vorstellungen der Bevölkerung von Freiheit haben sich in den letzten 20 Jahren über alle Generationen hinweg verändert. Die Ursache ist also in Faktoren zu suchen, die die Gesellschaft als Ganzes beeinflussen, nicht nur eine bestimmte Generation. So wäre es beispielsweise lohnend anhand von Medieninhaltsanalysen zu prüfen, inwieweit sich der konkrete inhaltliche Fokus der Berichterstattung der führenden Massenmedien über das Thema Freiheit in den letzten Jahrzehnten geändert hat.

Grafik 4

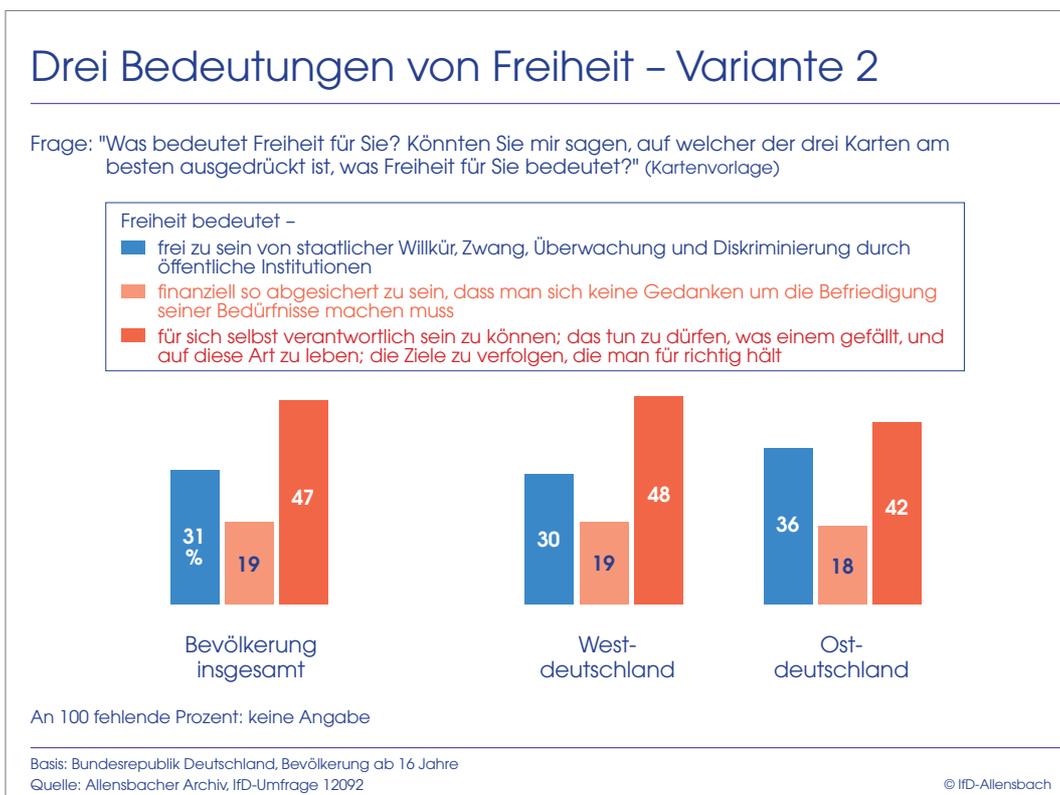


Nun decken ja die drei getesteten Freiheitsdefinitionen nicht die ganze Bandbreite der möglichen Bedeutungen des Begriffs ab, auch kann man kritisieren, dass sie in Bezug auf Eindeutigkeit und Trennschärfe nicht optimal formuliert sind. Es wurden darum in der vorliegenden Umfrage einem Teil der Befragten drei andere Definitionen des Begriffs Freiheit präsentiert. Sie lauteten: „Freiheit bedeutet, frei von staatlicher Willkür, Zwang, Überwachung und Diskriminierung durch öffentliche Institutionen zu sein“, „Freiheit bedeutet finanziell so abgesichert zu sein, dass man sich keine Gedanken um die Befriedigung seiner Bedürfnisse machen muss“ und „Freiheit bedeutet, für sich selbst verantwortlich sein zu können, das tun zu dürfen, was einem gefällt und auf diese Art zu leben; die Ziele zu verfolgen, die man für richtig hält.“ Die erste Freiheitsdefinition bezieht sich also auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs im Sinne von Freiheit von staatlicher Unterdrückung, die in der bereits beschriebenen Variante der Frage nicht berücksichtigt war. Die zweite Definition ist eine etwas weicher formulierte Fassung des Konzepts der Freiheit von sozialer Not.

Auch hier wurden die Befragten gebeten anzugeben, welche dieser drei Freiheitsbeschreibungen am ehesten ausdrückt, was Freiheit für sie selbst bedeutet. Und auch hier wählte eine klare relative Mehrheit von 47 Prozent das Freiheitsverständnis im Sinne von Selbstverantwortung aus. Mit 31 Prozent folgt an zweiter Stelle die Kernbedeutung des Begriffs als Freiheit von staatlichem Zwang. 19 Prozent gaben an, Freiheit bedeute in erster Linie finanziell abgesichert zu sein. Bemerkenswerterweise ist bei dieser Definition, anders als in der anderen Fragevariante, kein Unterschied zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher zu verzeichnen. Anscheinend reagiert in den ostdeutschen Bundesländern ein Teil der Befragten auf die etwas „härtere“ Formulierung der traditionell verwendeten Fragevariante, in der ausdrücklich auf Lebensrisiken wie Arbeits- und Obdachlosigkeit hingewiesen wird, nicht jedoch auf das wesentlich „weichere“ Stichwort der finanziellen Absicherung (Grafik 5). Über die Gründe dafür lässt sich an dieser Stelle nur spekulieren. Möglicherweise spiegelt sich in dem Antwortverhalten der Bürger in Ostdeutschland heute, anders als vor zwei Jahrzehnten, inzwischen weniger die Prägung in der DDR, sondern mindestens so sehr die in der Nachwendezeit, in der aufgrund der drastischen Umstrukturierungen in der Wirtschaft zwischenzeitlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und ihren sozialen Folgen betroffen war. Übereinstimmend mit der anderen Fragevariante spielt bei den Freiheitsvorstellungen in Ostdeutschland das Konzept von Freiheit als Entschei-

dungs- und Handlungsfreiheit des Einzelnen, verbunden mit Selbstverantwortung, eine etwas geringere Rolle als im Westen. Dagegen betonten ostdeutsche Befragte etwas stärker als westdeutsche die Bedeutung von Freiheit als Freiheit von staatlicher Willkür. Es liegt nahe, diesen Unterschied auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in beiden Landesteilen zurückzuführen. Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund eigentlich weniger, dass ein solcher Unterschied im Antwortverhalten besteht, als vielmehr, dass er mit 6 Prozentpunkten relativ klein ausfällt.

Grafik 5



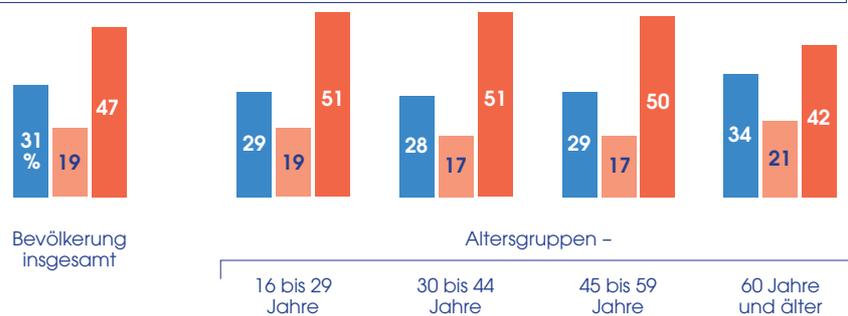
Der Vergleich zwischen den Altersgruppen zeigt bei der zweiten Fragevariante keine bedeutenden Unterschiede. Die Antworten der unter 30-Jährigen entsprechen fast auf das Prozent genau denen der mittleren Altersgruppen. Lediglich die 60-Jährigen und Älteren neigten etwas stärker als die Jüngeren dazu, mehr Gewicht auf die Freiheit von staatlicher Willkür zu legen und etwas weniger auf die Freiheit als mit Verantwortung verknüpfte individuelle Handlungsfreiheit, doch der Unterschied ist letztlich gering (Grafik 6).

Drei Bedeutungen von Freiheit – Variante 2, Analyse nach Altersgruppen

Frage: "Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher der drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?" (Kartenvorlage)

Freiheit bedeutet –

- frei zu sein von staatlicher Willkür, Zwang, Überwachung und Diskriminierung durch öffentliche Institutionen
- finanziell so abgesichert zu sein, dass man sich keine Gedanken um die Befriedigung seiner Bedürfnisse machen muss
- für sich selbst verantwortlich sein zu können; das tun zu dürfen, was einem gefällt, und auf diese Art zu leben; die Ziele zu verfolgen, die man für richtig hält



An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Grundsätzlich ist an dieser Stelle festzuhalten, dass in der jungen Generation kein fundamental anderes Freiheitsverständnis vorherrscht als in den anderen Altersgruppen. Jüngere legen, wie die beschriebenen Ergebnisse der traditionellen Variante zeigen, mehr Wert auf den Aspekt der Libertinage, also die Vorstellung, dass Freiheit vor allem das Recht sei, zu tun und zu lassen, was einem gefällt, ohne die damit verbundene Verantwortung gleichzeitig mitzubetonen. Doch die Vorstellung, wonach die Jugend einem gänzlich anderen Freiheitsmodell folgen würde als die älteren Generationen, ist falsch.

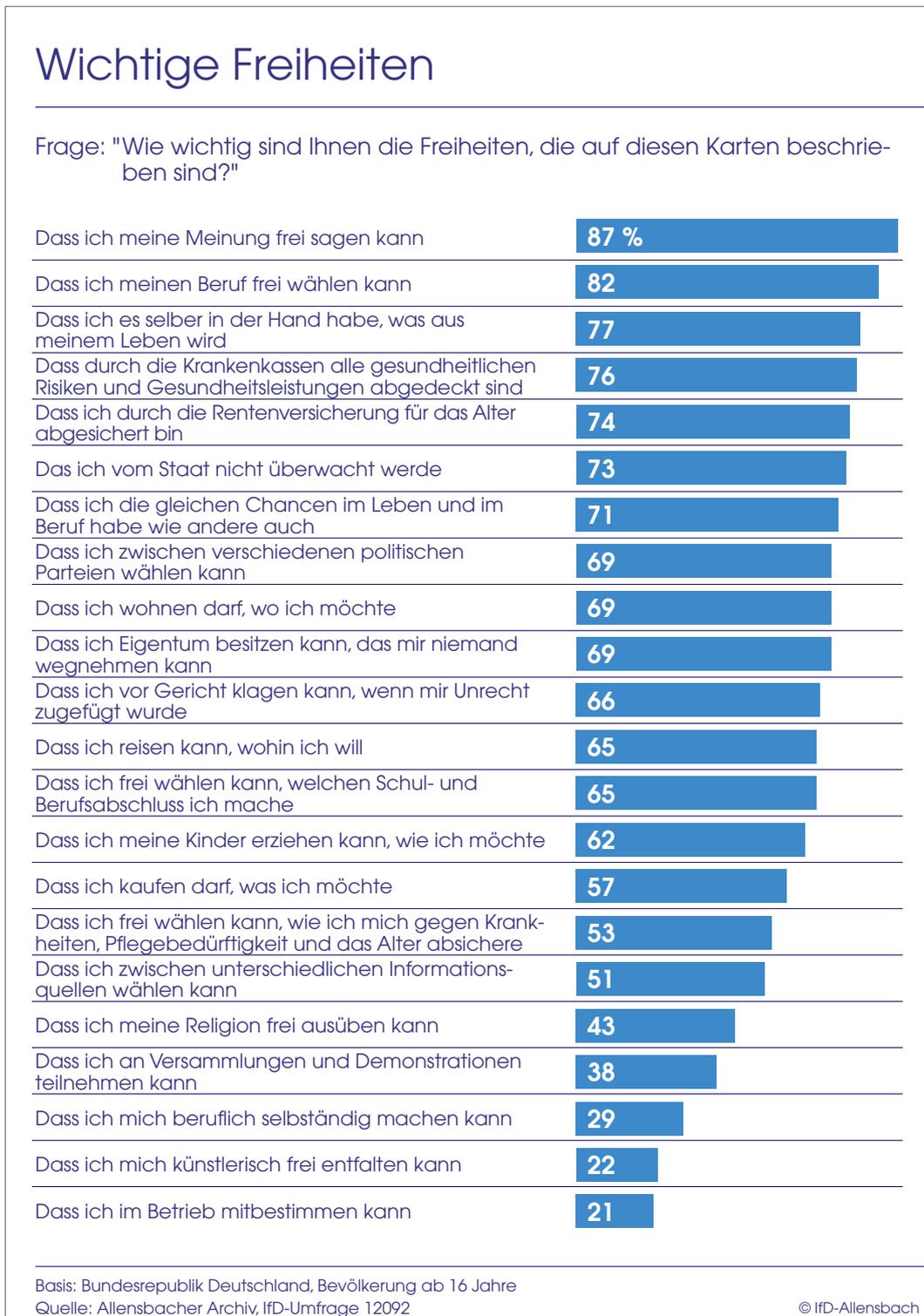
2. Freiheiten im Alltag – Wunsch und Wirklichkeit

Man kann sich dem Thema Freiheit in Bevölkerungsumfragen auf zweierlei Weise nähern, einmal, indem man grundsätzlich theoretisch klärt, welche philosophischen Konzepte sich hinter dem Begriff verbergen (siehe Kapitel 1), oder aber man kann alltägliche Einzelaspekte des Themas Freiheit auflisten, die den Bürgern im täglichen Leben begegnen, ohne dabei den Ehrgeiz zu entwickeln, definitorische Klarheit zu schaffen, welches Grundkonzept von Freiheit sich hinter dem einen oder anderen Aspekt verbirgt. Letztgenanntes Vorgehen ist intellektuell weniger anspruchsvoll als der Versuch, den schillernden Begriff Freiheit definitorisch klar zu fassen, aber es ist näher am Denken weiter Teile der Bevölkerung, die ja in aller Regel keinen Grund hat, sich tiefere Gedanken um ihr eigenes Grundkonzept des Freiheitsbegriffs zu machen, aber dennoch im täglichen Leben immer wieder die Anwesenheit oder auch Abwesenheit von Freiheit erfährt. Um zu prüfen, welche Bedeutung solche alltäglichen Freiheiten für die Bürger haben, wurden den Befragten in der vorliegenden Untersuchung 22 Freiheiten auf Karten vorgelegt. Darunter waren Grundrechte wie „Dass ich meine Religion frei ausüben kann“ oder „Dass ich meine Meinung frei sagen kann“, aber auch soziale Punkte wie „Dass ich durch die Rentenversicherung für das Alter abgesichert bin“ oder ökonomische Aspekte wie „Dass ich mich beruflich selbständig machen kann“. Die meisten Aspekte betreffen letztlich Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat, aber es gibt auch Aspekte, die man den oben beschriebenen Freiheitskonzepten im Sinne von Libertinage oder Freiheit von sozialer Not zuordnen kann.

Die Befragten wurden gebeten, die Karten auf drei Stapel zu verteilen, je nachdem, ob ihnen die betreffende Freiheit persönlich sehr wichtig, auch wichtig oder nicht ganz so wichtig sei. Grafik 7 zeigt für jede zur Auswahl gestellte Freiheit die Anteile derer, denen diese Freiheit persönlich sehr wichtig war. „Dass ich meine Meinung frei sagen kann“ gaben 87 Prozent als sehr wichtig an. Fast neun von zehn Befragten, 87 Prozent, gaben an, dass ihnen dies sehr wichtig sei. Es folgten von jeweils drei Vierteln der Bevölkerung oder mehr als sehr wichtig bezeichnet die Aspekte „Dass ich meinen Beruf frei wählen kann“ (82 Prozent), „Dass ich es selber in der Hand habe, was aus meinem Leben wird“ (77 Prozent) und „Dass durch die Krankenkassen alle gesundheitlichen Risiken und Gesundheitsleistungen abgedeckt sind“ (76 Prozent). Blickt man auf die nachfolgenden Aspekte, zeichnet sich kein dominierendes Grundkonzept von Freiheit ab: Freiheiten, die politische

Aspekte betonen, und solche, bei denen soziale, ökonomische oder individuelle Freiheitsrechte angesprochen werden, wechseln sich ab.

Grafik 7



Allgemein fällt das fast durchgängig hohe Antwortniveau auf: Bei 13 der 22 präsentierten Freiheitsaspekte sagten rund zwei Drittel oder mehr Befragte, diese seien ihnen sehr wichtig, nur bei fünf machte weniger als die Hälfte diese Angabe. Bei vier dieser fünf Punkte ist es nicht überraschend, dass sie nur von einem vergleichsweise kleinen Teil der Bevölkerung als sehr wichtig bezeichnet werden, weil sie ohnehin nur einen Teil der Bevölkerung betreffen: Dass es beispielsweise nur 43 Prozent persönlich sehr wichtig ist, ihre Religion frei ausüben zu können, ist angesichts der Tatsache, dass mittlerweile etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland konfessionslos ist,² nur folgerichtig. Weiterhin meinten 29 Prozent der Befragten, es sei für sie besonders wichtig, dass sie sich selbständig machen können; eine Form der Berufstätigkeit, die – wie noch gezeigt werden wird – ohnehin nur für etwa ein Viertel der Deutschen attraktiv ist. Lediglich die Aussage „Dass ich an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann“, von 38 Prozent als besonders wichtig bezeichnet, betrifft zumindest prinzipiell die ganze Bevölkerung. So bleibt als Zwischenfazit festzuhalten: Wenn man allgemein nach der Bedeutung konkreter Freiheiten fragt, neigt die Bevölkerung dazu, im Zweifel fast alle diese Freiheiten als sehr wichtig zu bewerten.

Allerdings sollte man diesen Befund nicht als Zeichen einer generell überwältigenden Bedeutung der Freiheit in der Gesellschaft missverstehen. Diese zeigt sich erst dann, wenn man die Befragten vor die Wahl stellt, sich zwischen Freiheit und konkurrierenden Werten und Zielen wie etwa sozialer Gleichheit oder Sicherheit zu entscheiden. Hier haben Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach in den letzten Jahrzehnten wiederholt gezeigt, dass im Konfliktfall Freiheit für die Bevölkerung keineswegs automatisch Vorrang vor den anderen Zielen hat. Gleichheit und vor allem Sicherheit sind sehr starke, Letztgenannte möglicherweise sogar stärkere Wettbewerber.³

Angesichts dieses Umstandes ist bei der Frage, welche konkreten Freiheiten man besonders wichtig finde, weniger das absolute Niveau der Antworten aufschlussreich als die Entwicklung im Zeitverlauf: Gibt es Freiheiten, deren Bedeutung in

² Vgl. Thomas Petersen: Christliche Kultur ohne Christen? Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen in Deutschland. In: Severin J. Lederhilger (Hrsg.): Salz der Erde. Kirchen in der säkularen Gesellschaft. Regensburg: Pustet 2024, S. 21-36. Dort S. 24.

³ Vgl. z. B. Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt: Der Freiheitsindex Deutschland 2024. In: Roland Schatz (Hrsg.): Am Ende siegt Freiheit. Freiheitsindex Deutschland 2024. Zürich: InnoVatio 2024, S. 43-57. Thomas Petersen: Sicherheit geht vor. Das zwiespältige Verhältnis zum Fortschritt. In: Die Politische Meinung Nr. 559, November/Dezember 2019, S. 45-50.

den letzten Jahren gestiegen ist und umgekehrt solche, deren Wertschätzung zurückgegangen ist? Die Trenddaten zu dieser Frage reichen immerhin bis ins Jahr 1996 zurück. Sie zeigen im Laufe der folgenden fast drei Jahrzehnte bemerkenswert wenige Verschiebungen. Die meisten Freiheiten werden heute als ebenso wichtig angesehen wie bei der ersten Erhebung. Die Ergebnisse schwanken von Umfrage zu Umfrage wenig und in den meisten Fällen zeigen die Veränderungen von Befragung zu Befragung kein eindeutig interpretierbares Muster. Nur bei einigen wenigen Freiheiten ist für die vergangenen 28 Jahre eine eindeutige Veränderung zu verzeichnen: Sechs Freiheiten verzeichnen im Laufe dieser Zeit einen langsamen, aber deutlichen Anstieg. Es handelt sich um die Punkte „Dass ich meine Meinung frei sagen kann“, bei dem der Anteil derer, denen dies sehr wichtig ist, von 78 auf 87 Prozent gestiegen ist, „Dass ich zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann“ (Anstieg von 51 auf 69 Prozent), „Dass ich zwischen verschiedenen Informationsquellen wählen kann“ (von 28 auf 51 Prozent), „Dass ich vom Staat nicht überwacht werde“ (von 64 auf 73 Prozent), „Dass ich an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann (von 23 auf 38 Prozent) und „Dass ich vor Gericht klagen kann, wenn mir Unrecht zugefügt wurde“ (von 48 auf 66 Prozent; siehe Grafik 8). Es fällt auf, dass es sich in allen Fällen um politische Freiheiten handelt, bei denen Abwehrrechte bzw. Bürgerrechte gegenüber dem Staat angesprochen werden. Dieser Befund korrespondiert mit der Tatsache, dass die Zahl der Bürger, die sich eben auf diesem Gebiet eingeschränkt fühlen, in der gleichen Zeit zugenommen hat. Besonders eindrucksvoll sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Frage „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ 1994 waren noch 74 Prozent der vom Institut für Demoskopie Allensbach Befragten der Ansicht, man könne seine politische Meinung frei äußern, 2024 waren es noch 47 Prozent.⁴ Auch bei anderen Allensbacher Umfragen zeigt sich in den letzten Jahren immer wieder, dass der Unmut der Bevölkerung über den von vielen als übergriffig empfundenen Staat inzwischen erheblich ist. So reflektieren die Veränderungen in den Angaben darüber, welche Freiheiten als besonders wichtig empfunden werden, eine allgemeine Veränderung der Stimmung im Land.

⁴ Petersen/Schmidt 2024, S. 51.

Wichtige Freiheiten – ausgewählte Trends

Frage: "Wie wichtig sind Ihnen die Freiheiten, die auf diesen Karten beschrieben sind?"
 – Auszug –

- Dass ich –
- meine Meinung frei sagen kann
 - zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann
 - zwischen verschiedenen Informationsquellen wählen kann
 - vom Staat nicht überwacht werde
 - an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann
 - vor Gericht klagen kann, wenn mir Unrecht zugefügt wurde



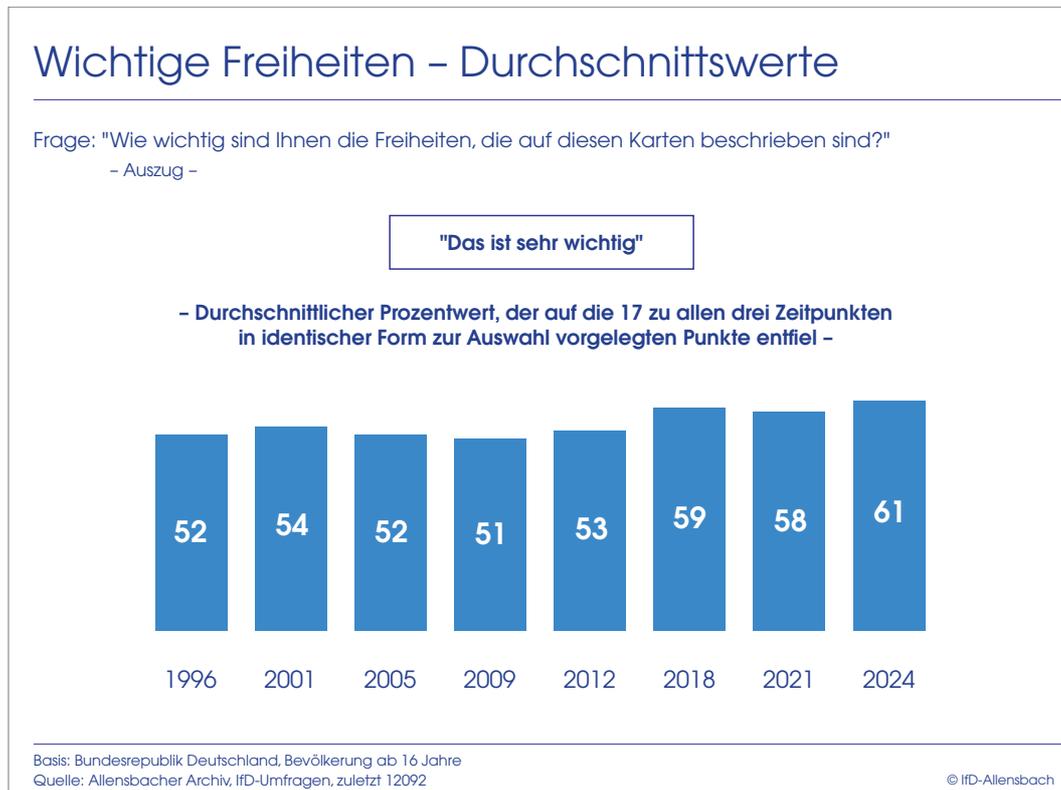
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12092

© IfD-Allensbach

Darüber hinaus ist festzustellen, dass auch insgesamt die Zahl der als sehr wichtig bezeichneten Freiheiten zugenommen hat. Zwar sind – wie beschrieben – bei den allermeisten zur Auswahl gestellten Freiheiten keine großen Veränderungen seit dem Jahr 1996 zu verzeichnen, doch wenn man für alle 17 zu allen Befragungszeitpunkten seit 1996 abgefragten Freiheiten, die auf die Angabe „Das ist sehr wichtig“ entfielen, den Durchschnitt berechnet, erkennt man, dass die Durchschnittswerte seit dem Jahr 2009 langsam, aber beharrlich ansteigen. Vor fünfzehn Jahren wurden die 17 Freiheiten durchschnittlich von 51 Prozent der Befragten als sehr wichtig bezeichnet, 2024 von 61 Prozent (Grafik 9). Auch dieser Befund fügt sich gut in das Gesamtbild anderer Umfrageergebnisse der letzten Jahre ein. An späterer Stelle wird noch ausführlicher über das Ergebnis einer Frage berichtet werden, mit der ermittelt wurde, was die Bevölkerung durch den Staat verboten sehen möchte (Drogen, ungesunde Lebensmittel, rechts- oder linksradikale Parteien, gefährliche Sportarten oder hohe Parteispenden, um nur ein paar Beispiele aufzuführen). Auch hier zeigten sich seit 2011 kaum Veränderungen, aber das Gesamtniveau der Antworten geht zurück: 2024 wurden im Durchschnitt deutlich weniger Verbote gefor-

dert als in den Jahren 2011 und 2012.⁵ Dies alles bedeutet letztlich, dass der Wert der Freiheit in der Bevölkerung – zumindest verstanden als Abwehrrecht gegenüber dem Staat – in den letzten Jahren in der Bevölkerung an Bedeutung gewonnen hat.

Grafik 9

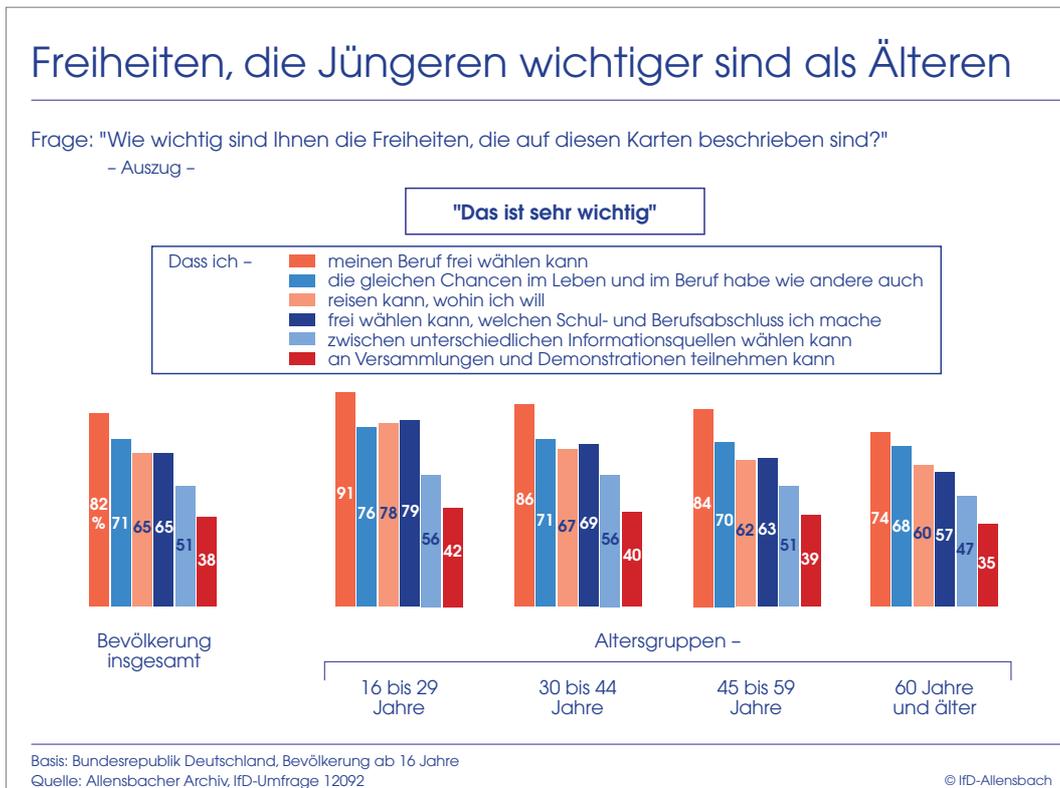


Der Blick auf die Altersgruppen zeigt auch bei dieser Frage, dass es derzeit keine große Generationenkluft in Bezug auf das Thema Freiheit in Deutschland gibt. Bei den meisten Aspekten unterscheiden sich die Antworten der Befragten verschiedenen Alters nicht oder nur wenig voneinander. Nur wenige Freiheiten sind der jungen Generation deutlich wichtiger als Älteren. In drei Fällen davon spiegelt sich die Lebensphase direkt in den Antworten: Die Freiheiten, Schulabschluss, Ausbildung und Beruf frei zu wählen und die Chancengleichheit im Leben und im Beruf sind Themen, mit denen sich junge Menschen naturgemäß häufiger beschäftigen als Ältere, bei denen diese Lebensentscheidungen in der Regel bereits gefallen sind. Dass Jüngere auch häufiger sagen, es sei ihnen besonders wichtig, frei reisen zu können, wohin sie wollen, ist ebenfalls verständlich. Hier spiegelt sich möglicherweise auch die in der jungen Generation etwas stärkere Neigung zum Freiheitsver-

⁵ Vgl. ebenda, S. 49.

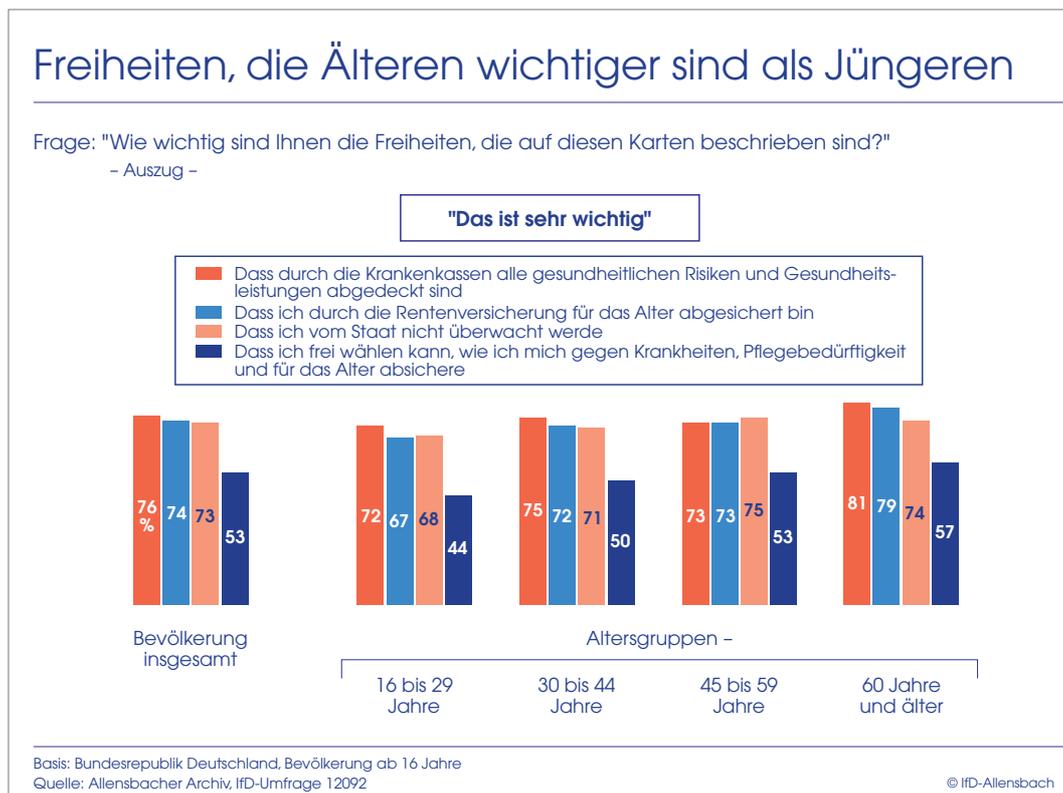
ständnis im Sinne von Libertinage, über das bereits berichtet wurde. Interessanter ist dagegen, dass unter 30-Jährigen überdurchschnittlich häufig sehr wichtig ist, dass sie zwischen verschiedenen Informationsquellen wählen und an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen können (Grafik 10). Im ersten Punkt mögen sich die großen Unterschiede im Mediennutzungsverhalten der verschiedenen Altersgruppen niederschlagen, im zweiten die Tatsache, dass Jüngere oft mehr Zeit haben und mehr ausgehen als Ältere und damit auch der Gedanke an eine Teilnahme an Versammlungen oder Demonstrationen nahe liegen mag. Dennoch erscheint das Ergebnis etwas überraschend angesichts der Tatsache, dass sich die ältere Generation in Deutschland heute mehr für Politik interessiert als die jüngere und Parteiveranstaltungen oder (politische) Vorträge meist von Älteren besucht werden. Noch ist aber unklar, ob hier die Umfragewerte den Beginn einer Trendwende zu einer Zeit andeuten, in der sich die junge Generation wieder mehr der Politik zuwendet, oder ob sie schlicht die unterschiedlichen Lebensumstände jüngerer und älterer Menschen spiegeln.

Grafik 10



Noch kürzer als die Liste der Freiheiten, die Jüngere häufiger als sehr wichtig empfinden als Ältere, ist die Liste der Freiheiten, die umgekehrt eher von der älteren Generation hervorgehoben werden; in der vorliegenden Umfrage sind es nur vier. Drei davon hängen mit dem Umstand zusammen, dass ältere Menschen sich mehr als jüngere Gedanken um die Aspekte Altersversorgung und Krankenversicherung machen. Daneben wurde einzig der Punkt „Dass ich vom Staat nicht überwacht werde“ von älteren Befragten etwas häufiger ausgewählt als von unter 30-Jährigen. Der Unterschied ist aber zu gering, um daraus weitreichende Schlussfolgerungen abzuleiten (Grafik 11). So bleibt als Hauptbefund festzuhalten, dass sich der Blick der Jüngeren in Deutschland auf die Freiheiten im Alltag nur wenig von der Perspektive der Älteren unterscheidet.

Grafik 11



Nun ist es eine Sache, welche Freiheiten man besonders wichtig findet, eine andere, über welche man glaubt, tatsächlich zu verfügen. Die Differenz zwischen beiden gibt einen Hinweis auf die Gebiete, auf denen, gemessen an den Bedürfnissen der Bevölkerung, ein Defizit an Freiheit besteht, und wo die Bürger ihre diesbezüglichen Wünsche erfüllt sehen. Grafik 12 zeigt das Ergebnis der Frage „Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem per-

sönlichen Leben haben?“ Dazu wurden die gleichen Karten vorgelegt, die auch bei der eben dargestellten Frage nach der Bedeutung verschiedener Freiheiten zum Einsatz kamen. Man erkennt auf den ersten Blick, dass sich die Reihenfolge der am häufigsten genannten Punkte deutlich von der Reihenfolge der als sehr wichtig empfundenen Freiheiten unterscheidet. An erster Stelle wurde von 83 Prozent der Befragten die Aussage „Dass ich zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann“ gewählt. Es folgten die Aussagen „Dass ich reisen kann, wohin ich will“ (82 Prozent), „Dass ich zwischen verschiedenen Informationsquellen wählen kann“ (80 Prozent) und „Dass ich wohnen darf, wo ich möchte“ sowie „Dass ich kaufen darf, was ich möchte“ (jeweils 77 Prozent). Keine dieser Freiheiten war unter den am häufigsten als besonders wichtig genannten Freiheiten. Am weitesten oben auf der Liste rangierte dort noch der Punkt „Dass ich zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann“, der immerhin die achte Position einnahm (vgl. Grafik 7).

Über welche Freiheiten man verfügt

Frage: "Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?" (Kartenspielvorlage)

Dass ich zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann	83 %
Dass ich reisen kann, wohin ich will	82
Dass ich zwischen unterschiedlichen Informationsquellen wählen kann	80
Dass ich wohnen darf, wo ich möchte	77
Dass ich kaufen darf, was ich möchte	77
Dass ich meinen Beruf frei wählen kann	75
Dass ich es selber in der Hand habe, was aus meinem Leben wird	68
Dass ich vor Gericht klagen kann, wenn mir Unrecht zugefügt wurde	68
Dass ich Eigentum besitzen kann, das mir niemand wegnehmen kann	66
Dass ich meine Religion frei ausüben kann	66
Dass ich meine Meinung frei sagen kann	65
Dass ich frei wählen kann, welchen Schul- und Berufsabschluss ich mache	64
Dass ich meine Kinder erziehen kann, wie ich möchte	61
Dass ich an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann	61
Dass ich frei wählen kann, wie ich mich gegen Krankheiten, Pflegebedürftigkeit und das Alter absichere	57
Dass durch die Krankenkassen alle gesundheitlichen Risiken und Gesundheitsleistungen abgedeckt sind	50
Dass ich mich künstlerisch frei entfalten kann	50
Dass ich durch die Rentenversicherung für das Alter abgesichert bin	48
Dass ich die gleichen Chancen im Leben und im Beruf habe wie andere auch	47
Dass ich mich beruflich selbständig machen kann	47
Das ich vom Staat nicht überwacht werde	42
Dass ich im Betrieb mitbestimmen kann	29

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

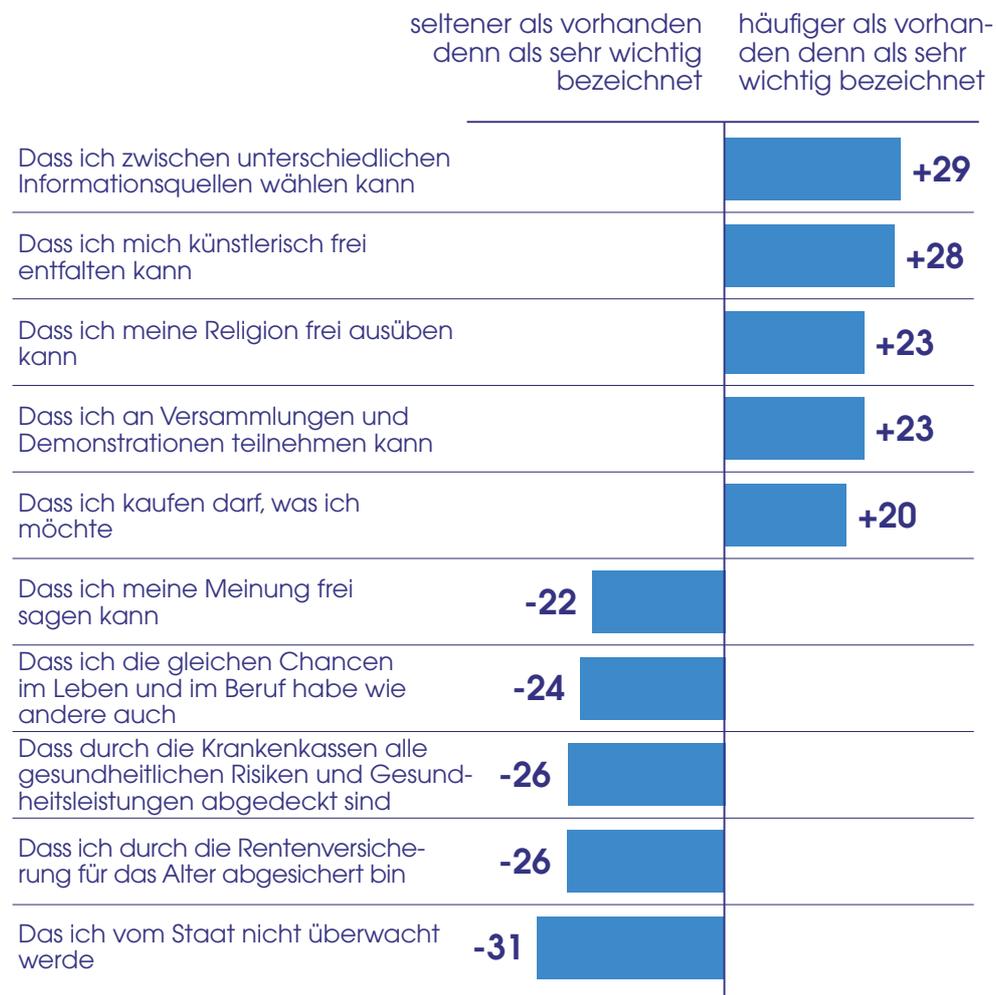
Zieht man nun die Anteile derjenigen, die angeben, über eine bestimmte Freiheit zu verfügen, von der Zahl derer ab, die diese Freiheit als sehr wichtig bezeichnen, erfährt man, bei welchen Freiheiten gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht. Man könnte, wäre der Begriff im allgemeinen Sprachgebrauch nicht anders belegt, von einer „Überschuss-Defizit-Analyse“ sprechen; Grafik 13 zeigt das Ergebnis einer solchen Analyse. Dargestellt sind die Freiheiten, bei denen die größten Abweichungen zwischen den Ergebnissen beider Fragen bestehen. Bei „Dass ich zwischen unterschiedlichen Informationsquellen wählen kann“, „Dass ich mich künstlerisch frei entfalten kann“, „Dass ich meine Religion frei ausüben kann“, „Dass ich an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann“ und „Dass ich kaufen darf, was ich möchte“, gaben deutlich mehr Befragte an über diese Freiheiten zu verfügen, als dass sie diese Freiheiten als besonders wichtig einstufen. Hier gibt es gleichsam „Überschüsse“. Diese Freiheitsbedürfnisse sind in der Bevölkerung offensichtlich abgedeckt. Wichtiger sind die Freiheiten, bei denen das gegenteilige Muster vorliegt: Für 73 Prozent der Befragten ist es sehr wichtig, dass sie vom Staat nicht überwacht werden, aber nur 42 Prozent gaben an, dass dies tatsächlich der Fall sei – eine Differenz von 31 Prozentpunkten. Nicht viel kleiner sind die Abstände bei den Aspekten „Dass ich durch die Rentenversicherung für das Alter abgesichert bin“ (26 Prozentpunkte), „Dass durch die Krankenkassen alle gesundheitlichen Risiken und Gesundheitsleistungen abgedeckt sind“ (26 Prozentpunkte), „Dass ich die gleichen Chancen im Leben und im Beruf habe wie andere auch“ (24 Prozentpunkte) und „Dass ich meine Meinung frei sagen kann“ (22 Prozentpunkte). Alle diese Punkte stehen für Bereiche, in denen aus Sicht der Bevölkerung ein starkes Defizit an Freiheit besteht. Ein besonderer, über die Einzelpunkte hinausgehender thematischer Schwerpunkt ist dabei nicht erkennbar. Zwei Punkte betreffen Aspekte der sozialen Sicherheit, jeweils einer ein Abwehrrecht gegenüber dem Staat, einen Aspekt der Chancengleichheit und die Freiheit von gesellschaftlichem Druck. Bemerkenswert ist immerhin, dass wiederum die Meinungsfreiheit zu den Punkten gehört, die herausstechen. Damit wird erneut deutlich, wie groß die gesellschaftliche Spannung auf diesem Feld derzeit ist.

Welche Freiheiten besonders wichtig sind und über welche man verfügt: die größten Abweichungen in Prozentpunkten

Fragen: "Wie wichtig sind Ihnen die Freiheiten, die auf diesen Karten beschrieben sind?"

"Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?"

- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

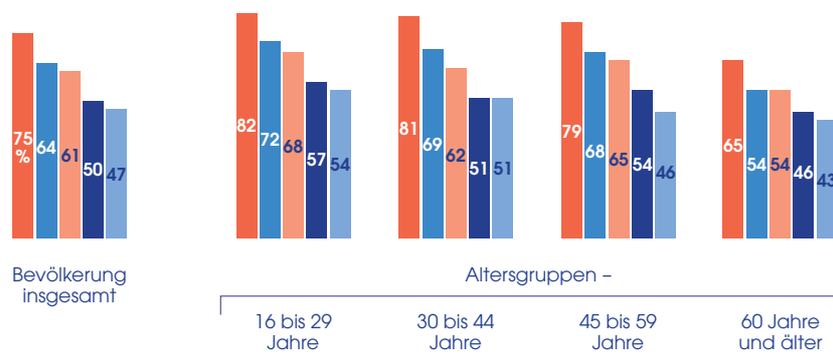
© IfD-Allensbach

Der Vergleich zwischen den Altersgruppen zeigt ein sehr ähnliches Muster wie bei der Frage nach der Bedeutung der verschiedenen Freiheiten. Vier der fünf Freiheiten, die unter 30-Jährige überdurchschnittlich häufig als in ihrem Leben vorhanden bezeichneten, waren in dieser Altersgruppe auch besonders oft als wichtig bezeichnet worden, mindestens in drei Fällen ist das Ergebnis nicht als Ausdruck einer besonderen weltanschaulichen Orientierung der Jüngeren zu deuten, sondern als gleichsam natürliche Folge der Lebensphase, in der sie sich befinden (Grafik 14). Ähnliches gilt auch umgekehrt für die (wenigen) Punkte, die häufiger von älteren Befragten ausgewählt wurden und für einige, bei denen der Schwerpunkt in den mittleren Generationen liegt (siehe Grafiken A2 und A3 im Anhang). Es ist also nicht so, wie man annehmen könnte, dass eine bestimmte Generation bestimmte Freiheiten als besonders wichtig empfindet und deswegen häufiger unzufrieden mit dem Maß ist, in dem sie diese Freiheit in ihrem Leben für gegeben halten, sondern dieselben Freiheiten, die von einer Generation für sehr wichtig gehalten werden, werden von ihr auch überdurchschnittlich oft als vorhanden bezeichnet. Damit reflektieren die Antworten auf die beiden Fragen zu einem erheblichen Teil einfach das Maß, mit dem sich die Befragten mit den betreffenden Freiheiten überhaupt gedanklich beschäftigen. Und dies ist je nach Lebensphase naturgemäß unterschiedlich: Jüngere denken öfter an ihre Freiheit der Berufswahl, Ältere an die Sicherheit ihrer Renten, Personen mittleren Alters an die Freiheit bei der Kindererziehung. Man kann dies insofern als Zeichen der gesellschaftlichen Stabilität deuten, als es zeigt, dass in Bezug auf das Thema Freiheit anscheinend kein Generationenkonflikt droht. Wäre hier, um es salopp auszudrücken, mehr „Druck im Kessel“, gäbe es fundamentalere Unterschiede im Antwortverhalten der verschiedenen Altersgruppen.

Freiheiten, die eher Jüngere als vorhanden bezeichnen

Frage: "Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?" (Kartenspielvorlage)

- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

3. Freiheit und Marktwirtschaft

Ein besonderer Schwerpunkt der vorliegenden Umfrage lag auf der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Marktwirtschaft. Man kann oft die Behauptung hören, es sei doch Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, dass das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaftsordnung sei, die am meisten Wohlstand schaffe, doch das stimmt nicht. Der Glaube, die Marktwirtschaft sei in Deutschland im Grunde unangefochten, ist vielleicht ein spätes Echo aus der Wirtschaftswunderzeit in der aktuellen öffentlichen Diskussion, doch tatsächlich haben die gesamte Geschichte der Bundesrepublik hindurch weite Teile der Bevölkerung äußerst skeptisch auf die Marktwirtschaft geblickt, wie zahlreiche Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach seit dem Jahr 1948 deutlich zeigen.

Vermutlich ist heute nur noch wenigen Menschen bewusst, wie mühsam es für Ludwig Erhard war, als Leiter der Wirtschaftsverwaltung in den westlichen Besatzungszonen und später als Wirtschaftsminister in den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen. Nicht nur in der SPD und der KPD, sondern auch in weiten Teilen der Unionsparteien herrschte zunächst die Überzeugung vor, es sei notwendig, wesentliche Teile des Wirtschaftslebens staatlicher Kontrolle und Lenkung zu unterwerfen. Und auch der Bevölkerung war der Gedanke, dass das freie Spiel von Angebot und Nachfrage letztlich mehr Wohlstand schaffen könnte als eine zentral gesteuerte Wirtschaft, offensichtlich fremd. Im Dezember 1948, ein knappes halbes Jahr nach der Währungsreform, stellte das Institut für Demoskopie Allensbach in einer seiner ersten Repräsentativumfragen die Frage „Sollen Ihrer Ansicht nach die Behörden die Preise wieder kontrollieren?“ 70 Prozent sprachen sich daraufhin für eine Rückkehr zu staatlichen Preiskontrollen aus. Von diesen Befragten sagten wiederum 71 Prozent, dass sie dies auch dann befürworten würden, wenn dadurch das Angebot in den Geschäften schlechter würde.

Mit großem Aufwand wurde in den folgenden Jahren versucht, den Bürgern das Prinzip der Marktwirtschaft näher zu bringen. Ein Beispiel sind die aufwendigen Werbekampagnen der Organisation „Die Waage“, die Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften schaltete, in denen die Arbeiter „Fritz“ und „Otto“ den Lesern mit heute etwas hölzern wirkenden Dialogen die Grundregeln eines freien Wirtschaftsystems erläuterten. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Als das Allensbacher Institut

im Jahr 1969 die Frage „Sollen Ihrer Ansicht nach die Behörden die Preise wieder kontrollieren?“ wiederholte, sprachen sich immer noch 60 Prozent der Westdeutschen für staatliche Preiskontrollen aus. Im Jahr 2023 wurde die Frage erneut wiederholt. Nun antworteten immerhin nur noch 34 Prozent der Befragten mit „Ja“, also deutlich weniger als noch 1948 und 1969. Doch der Anteil derjenigen, die ausdrücklich die Ansicht vertraten, der Staat solle die Preise nicht kontrollieren, lag mit 38 Prozent nicht wesentlich höher. Ein eindeutiges Bekenntnis zur freien Wirtschaft ist auch in diesen nahezu aktuellen Zahlen nicht zu erkennen.⁶

Wie groß das Misstrauen der Deutschen gegenüber der Marktwirtschaft ist, zeigen auch die Ergebnisse eines ebenfalls 2023 durchgeführten Assoziationstests, bei dem die Interviewer verschiedene Begriffe vorlasen und die Befragten bei jedem Begriff angaben, ob sie beim Stichwort Marktwirtschaft an ihn dächten. „Wohlstand“ und „Gute Güterversorgung“ erwiesen sich mit 73 bzw. 66 Prozent als die am häufigsten genannten Assoziationen zum Begriff Marktwirtschaft, das Stichwort Bürokratie wurde ebenfalls von 66 Prozent angeführt. Es folgten Gier (63 Prozent), hohe Preise (63 Prozent), Rücksichtslosigkeit (57 Prozent) und Ausbeutung (51 Prozent). Mit dem Begriff soziale Gerechtigkeit verbanden die Marktwirtschaft gerade 20 Prozent der Befragten, Menschlichkeit ordneten ihr nur 13 Prozent zu.

Deutlich anders waren die Reaktionen auf ein staatlich organisiertes Wirtschaftssystem. Hier stand mit 81 Prozent zwar Bürokratie mit weitem Abstand an der Spitze der Assoziationen, gefolgt von dem Begriff Mangel (50 Prozent), doch kaum weniger häufig als den Mangel – und damit deutlich häufiger als der Marktwirtschaft – ordneten die Befragten der staatlich organisierten Wirtschaft auch die Assoziation Sicherheit zu (45 Prozent). Soziale Gerechtigkeit verbanden immerhin 37 Prozent mit einer staatlich organisierten Wirtschaft, Menschlichkeit 30 Prozent.⁷ Betrachtet man die Ergebnisse zusammengenommen, erkennt man, dass die Marktwirtschaft zwar als das System wahrgenommen wird, das mehr Wohlstand, Freiheit und gute Güterversorgung mit sich bringt als eine Staatswirtschaft, Letztgenannte wird aber als sicherer, gerechter und menschlicher empfunden.

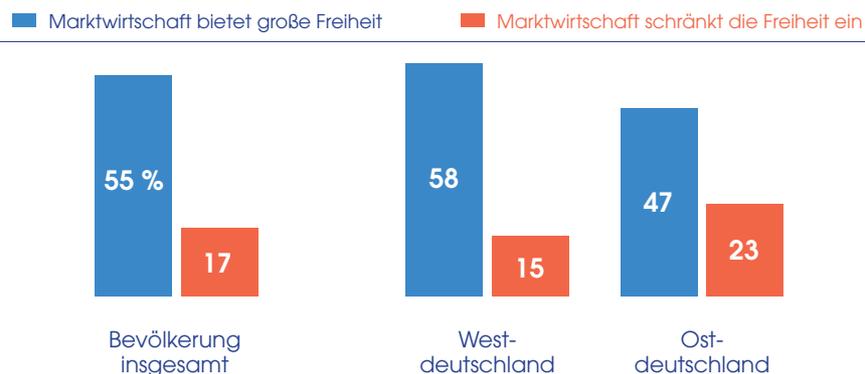
⁶ Thomas Petersen: Die Einstellung zur Marktwirtschaft. In: Roland Schatz, Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt: Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023. Zürich: InnoVatio 2023, S. 47-54. Dort S. 53.

⁷ Ebenda, S. 52.

Dieses Muster zeigt sich auch in den Ergebnissen der vorliegenden Umfrage. Auch hier wird deutlich, dass für die Bevölkerung Marktwirtschaft und Freiheit zusammengehören. Direkt erfragt wurde das mit der folgenden Frage: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit der Menschen auswirkt. Die einen sagen, Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit und Spielräume, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Andere finden, die Marktwirtschaft schränkt die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum Raum für Freiheit und Selbstverwirklichung bleibt. Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?“ 55 Prozent der Befragten entschieden sich hier für die erste Meinung, nur 17 für die zweite. Deutlich weniger groß war der Abstand zwischen den Prozentwerten in Ostdeutschland, wo nur 47 Prozent die Ansicht vertraten, die Marktwirtschaft biete große Freiheiten, 23 Prozent, dass die Marktwirtschaft die Freiheit der Menschen einschränke; auch hier fällt das Ergebnis noch eindeutig zugunsten der Marktwirtschaft aus (Grafik 15). Auch hier sind keine nennenswerten Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen zu erkennen: unter 30-Jährige sagten geringfügig seltener als Ältere, dass die Marktwirtschaft große Freiheit biete, doch bei solchen allgemein formulierten Fragen, bei denen es um eher abstrakte weltanschauliche Grundfragen geht, reagieren jüngere Befragte öfter unsicher als ältere und weichen auf die Kategorie „Unentschieden“ aus. Der Anteil derjenigen, die eine konkrete Antwort gaben, betrug denn auch bei der vorliegenden Frage in der jüngsten Altersgruppe 66 Prozent, während er in den anderen Altersgruppen bei 73 bzw. 74 Prozent lag (Grafik 16). Von einer größeren inhaltlichen Kluft zwischen den Generationen kann bei dieser Frage aber keine Rede sein. Dagegen gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Befragten und ihren Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Freiheit und Marktwirtschaft: Während 62 Prozent der Befragten mit Abitur die Ansicht vertraten, die Marktwirtschaft biete große Freiheiten, waren es unter denen mit Volks- oder Hauptschulabschluss „nur“ 50 Prozent, womit diese Einstellung allerdings auch in dieser Bevölkerungsgruppe noch eindeutig dominiert (Grafik 17).

Marktwirtschaft und Freiheit

Frage: "Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit der Menschen auswirkt. Die einen sagen, die Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit und große Spielräume, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Andere finden, die Marktwirtschaft schränkt die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum Raum für Freiheit oder Selbstverwirklichung bleibt. Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?"



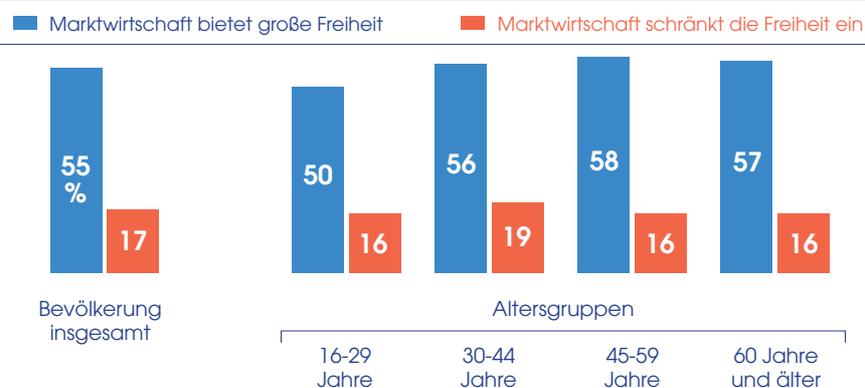
An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12092

© IFD-Allensbach

Marktwirtschaft und Freiheit – Analyse nach Altersgruppen

Frage: "Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit der Menschen auswirkt. Die einen sagen, die Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit und große Spielräume, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Andere finden, die Marktwirtschaft schränkt die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum Raum für Freiheit oder Selbstverwirklichung bleibt. Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?"



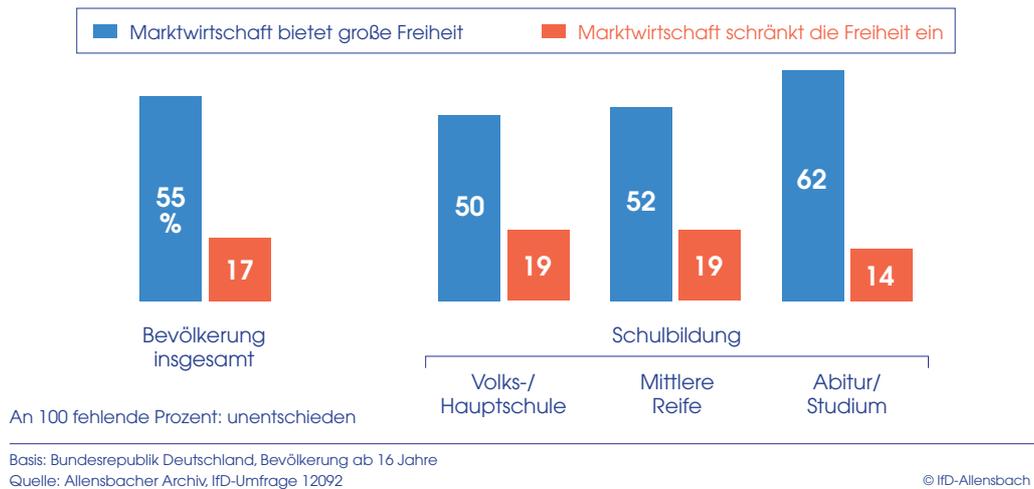
An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12092

© IFD-Allensbach

Marktwirtschaft und Freiheit – Analyse nach Schulbildung

Frage: "Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit der Menschen auswirkt. Die einen sagen, die Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit und große Spielräume, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Andere finden, die Marktwirtschaft schränkt die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum Raum für Freiheit oder Selbstverwirklichung bleibt. Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?"

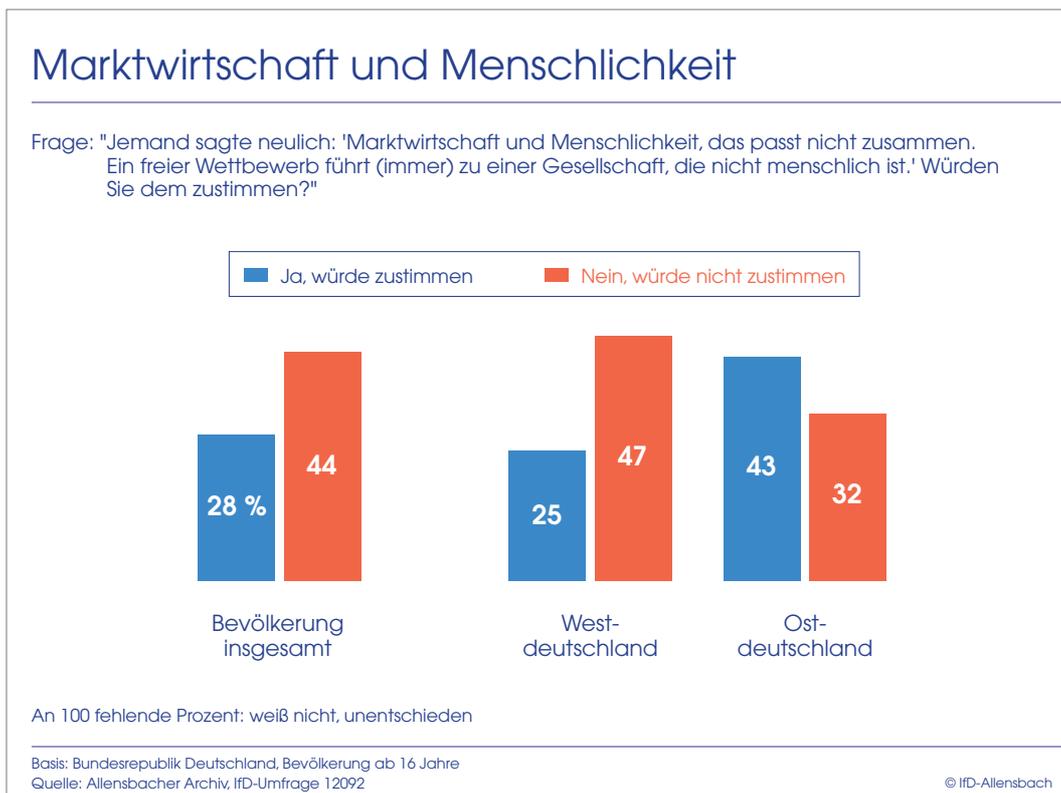


Die Bürger bezweifeln also nicht, dass Marktwirtschaft und Freiheit miteinander verknüpft sind, doch es zeigt sich, dass Freiheit eben doch nicht immer ganz so positiv wahrgenommen wird, wie es bei allgemein gehaltenen Fragen zu diesem Thema den Anschein hat. Freiheit hat für viele Menschen auch eine harte, kalte Komponente. Dies deutet sich im Ergebnis einer weiteren Frage an, die lautete: „Jemand sagte neulich: ‚Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt (immer) zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist.‘ Würden Sie dem zustimmen?“⁸ Hier sagte zwar nur eine Minderheit von 28 Prozent, sie stimme der These zu, während eine relative Mehrheit von 44 Prozent ausdrücklich widersprach. In Ostdeutschland zeigt sich ein ganz anderes Bild. Hier meinten 43 Prozent, ein freier Wettbewerb führe zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich sei. Nur knapp jeder Dritte vertrat die Gegenposition (Grafik 18). In diesem Ergebnis dürfte sich zum Teil noch die Sozialisation eines großen Teils der Ostdeutschen in der DDR spiegeln, aber auch die Defizite in der Auf-

⁸ Bei der Hälfte der Befragten wurde die Frage ohne das Wort „immer“ gestellt. Die Ergebnisse beider Fragevarianten unterschieden sich nur minimal voneinander (vgl. Grafik A4 im Anhang), weswegen im Folgenden die Ergebnisse beider Befragtengruppen zusammen ausgewertet werden.

arbeitung des sozialistischen Systems. Man hat nach der politischen Wende 1989/1990 geglaubt, die Vorteile eines freiheitlichen Wirtschaftssystems seien so offensichtlich, dass es unnötig sei, dafür zu werben. Doch das ist ein Irrtum. Das Prinzip der freien Wirtschaft leuchtet den meisten Menschen spontan nicht ein. Tatsächlicher wirtschaftlicher Erfolg und wachsender Wohlstand allein reichen als Beleg für die Überlegenheit eines freien Wirtschaftssystems nicht aus, zu sehr steht es gegen die Grundüberzeugungen vieler Menschen. Es bedarf stattdessen gründlicher und geduldiger Bemühungen, wenn man die Menschen davon überzeugen will, dass nicht staatliche Regulierung, sondern im Gegenteil ihre Abwesenheit zu Wohlstand führt. Hier liegt eine stark vernachlässigte Aufgabe der politischen Bildung.

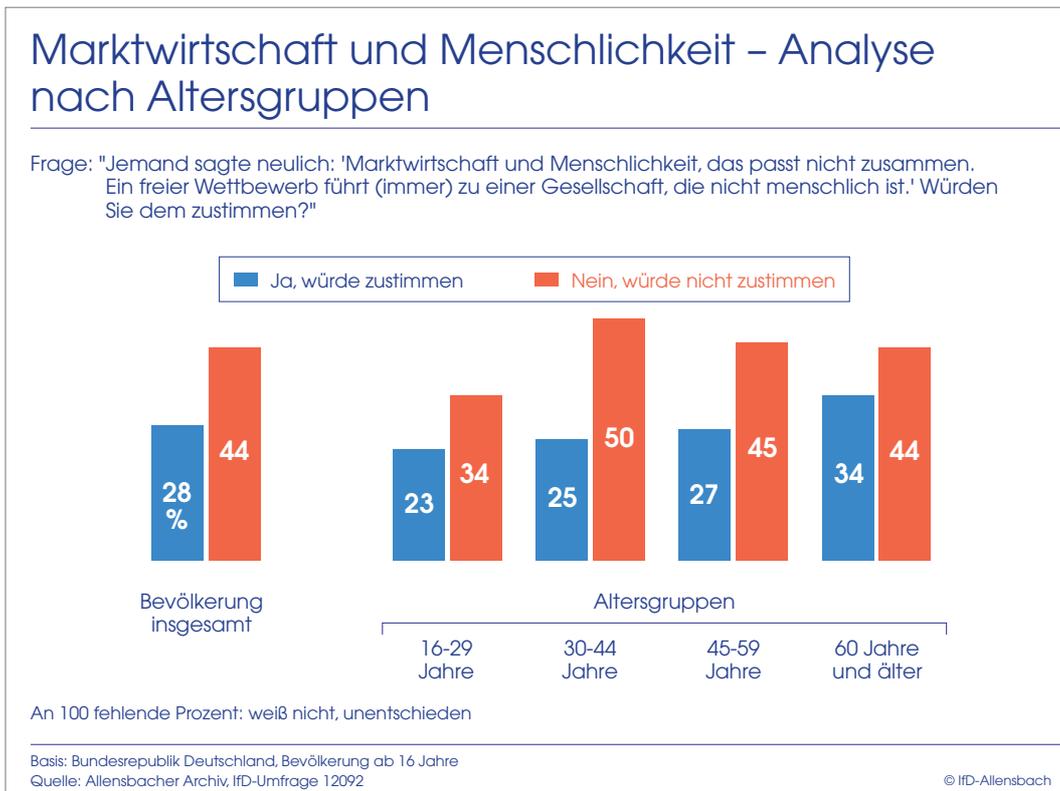
Grafik 18

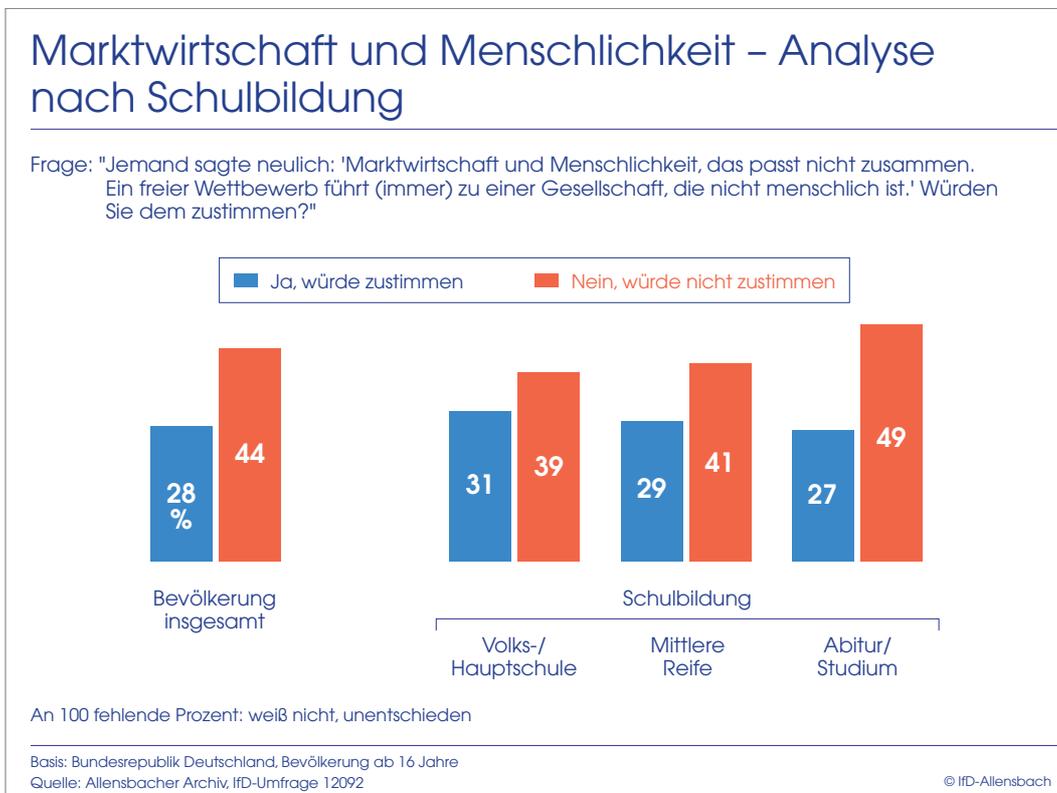


Auch bei dieser Frage zeigen sich nur geringe und zudem nicht ganz eindeutig interpretierbare Unterschiede zwischen den Antworten der Befragten aus verschiedenen Altersgruppen. Bei den unter 30-Jährigen zeigt sich wiederum die bereits beschriebene allgemein etwas größere Antwortzurückhaltung, doch auch bei ihnen überwiegt der Anteil derer, die der Aussage, wonach Marktwirtschaft im Gegensatz zu Menschlichkeit steht, nicht zustimmen. Auffällig sind hier eher die Antworten

der 60-Jährigen und Älteren, die die These etwas häufiger als Jüngere bejahen (Grafik 19). Hier spiegelt sich aber wahrscheinlich eher die Schulbildung der Befragten als ein direkt mit dem Alter verknüpfter Unterschied in der Weltanschauung wider, denn auch bei dieser Frage fand die These, in der die Marktwirtschaft negativ beurteilt wird, mehr Zuspruch von Befragten mit niedrigem formalem Bildungsstand (Grafik 20), und hierbei handelt es sich wiederum überwiegend um Ältere.

Grafik 19





Es ist an dieser Stelle also festzuhalten, dass die Bevölkerung die Marktwirtschaft überwiegend mit Freiheit verbindet, aber gleichzeitig der Anteil derjenigen, die gleichzeitig sagen, sie sei unmenschlich, nicht ganz klein ist. Dass diese Haltung unterschwellig, in vielen Fällen vermutlich auch unbewusst, in der Bevölkerung noch weiter verbreitet ist, als es in den Antworten auf direkte Fragen zum Ausdruck kommt, zeigen die Ergebnisse einer Serie von Fragen, bei denen die Befragten zunächst gebeten wurden, sich zwei verschiedene Staaten vorzustellen, und zwar einmal, wie es im Fragetext heißt, „einen Staat, der sich sehr stark um seine Bürger kümmert, sie umfassend absichert und auch in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt“, und auf der anderen Seite einen Staat, „der sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushält und auch für die Bürger nur die notwendigsten Absicherungen übernimmt.“ Nach der Vorstellung dieser beiden Staaten wurden die Befragten gebeten anzugeben, in welchem dieser beiden Staaten sie lieber leben möchten, in welchem es mehr Gerechtigkeit gebe, wo der Wohlstand am größten sei, in welchem dieser Staaten es mehr Freiheit gebe und welcher Staat menschlicher sei.

Die Antworten auf diese Frage sind in Grafik 21 wiedergegeben. Sie zeigen, dass die Bevölkerung dem liberalen Staat, der sich aus dem Wirtschaftsleben heraushält, durchaus zugesteht, dass es in ihm mehr Freiheit gebe als in dem aktiv ins Wirtschaftsleben eingreifenden Sozialstaat, doch dieser wird als gerechter empfunden. Darüber hinaus glaubt eine relative Mehrheit, dass der Staat, der stark ins Leben der Bürger hineinregiert, zu mehr Wohlstand führe und menschlicher sei als der liberale Staat. Da ist es nur folgerichtig, dass auch eine klare Mehrheit lieber in dem betreuenden Staat leben möchte. Damit zeigt sich in den Antworten der Befragten eine wahrscheinlich unterbewusste Haltung, die einer größeren Akzeptanz freiheitlicher Prinzipien in Deutschland entgegensteht: Vermutlich würde kaum jemand auf eine direkte Nachfrage der Aussage zustimmen, dass Freiheit unmenschlich sei. Doch eben diese Vorstellungsstruktur zeigt sich in den Reaktionen auf die Frage nach den zwei Staaten: Freiheit steht gegen Menschlichkeit.

Zwei Staaten

Frage: "Wenn Sie einmal zwei verschiedene Staaten miteinander vergleichen, und zwar einmal einen Staat, der sich sehr stark um seine Bürger kümmert, sie umfassend absichert und auch in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, und auf der anderen Seite einen Staat, der sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushält und auch für die Bürger nur die notwendigen Absicherungen übernimmt."

Staat 1 (betreuender Staat)

Staat 2 (zurückhaltender Staat)

"In welchem dieser beiden Staaten würden Sie **lieber leben**?"

60 %

24

"In welchem dieser Staaten gibt es **mehr Gerechtigkeit**?"

55

21

"In welchem Staat gibt es **mehr Freiheit**?"

26

52

"In welchem dieser beiden Staaten ist Ihrer Ansicht nach **der Wohlstand am größten**?"

42

29

"Welcher dieser beiden Staaten ist Ihrer Meinung nach **menschlicher**?"

56

18

An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Am Rande sei vermerkt, dass es bei dieser Frage, anders als bei den oben beschriebenen Fragen zur Einstellung gegenüber Freiheit und Marktwirtschaft, keine großen Unterschiede zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher gibt. Das war nicht immer so. Als die Frage zum ersten Mal im Jahr 1994 gestellt wurde, sagten Ostdeutsche wesentlich häufiger als Westdeutsche, im betreuenden Staat gebe es mehr Gerechtigkeit und Freiheit. Seitdem hat sich die Einstellung der Bevölkerung in den neuen Ländern langsam, aber stetig an die der westdeutschen Bevölkerung angenähert (Grafiken 22 und 23). Das Beispiel zeigt, dass die oft zu lesende Behauptung, wonach die weltanschauliche Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland seit Jahrzehnten unverändert groß sei oder gar wachse, falsch ist. Es ist im Gegenteil gerade bei Grundsatzfragen wie der Einstellung gegenüber der Freiheit in vielen Fällen eine Annäherung zwischen beiden Landesteilen zu verzeichnen. Anders als in den 90er Jahren gibt es in den meisten Fragen heute zwar oft graduelle, aber nur noch in wenigen Punkten wirklich fundamentale Meinungsunterschiede zwischen Ost und West. Trotz aller immer wieder zu verzeichnenden Rückschläge und mancher noch immer bestehender Differenzen in Einzelfragen – aktuell ist hier die Haltung gegenüber Russland und zum Krieg in der Ukraine zu nennen – hat die „innere Einheit“ Deutschlands in Weltanschauungsfragen deutliche Fortschritte gemacht.⁹

⁹ Vgl. Thomas Petersen: Widerstandsreflex Ost. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. August 2024, S. 8.

In welchem Staat gibt es mehr Gerechtigkeit? Trend in West- und Ostdeutschland

Frage: "Wenn Sie einmal zwei verschiedene Staaten miteinander vergleichen, und zwar einmal einen Staat, der sich sehr stark um seine Bürger kümmert, sie umfassend absichert und auch in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, und auf der anderen Seite einen Staat, der sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushält und auch für die Bürger nur die notwendigen Absicherungen übernimmt."

"In welchem dieser Staaten gibt es **mehr Gerechtigkeit**?"

Betreuender Staat – ● Westdeutschland ● Ostdeutschland
Zurückhaltender Staat – ● Westdeutschland ● Ostdeutschland



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12092

© IfD-Allensbach

In welchem Staat gibt es mehr Freiheit? Trend in West- und Ostdeutschland

Frage: "Wenn Sie einmal zwei verschiedene Staaten miteinander vergleichen, und zwar einmal einen Staat, der sich sehr stark um seine Bürger kümmert, sie umfassend absichert und auch in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, und auf der anderen Seite einen Staat, der sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushält und auch für die Bürger nur die notwendigen Absicherungen übernimmt."

"In welchem dieser Staaten gibt es **mehr Freiheit**?"

Betreuender Staat – ● Westdeutschland ● Ostdeutschland
Zurückhaltender Staat – ● Westdeutschland ● Ostdeutschland



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12092

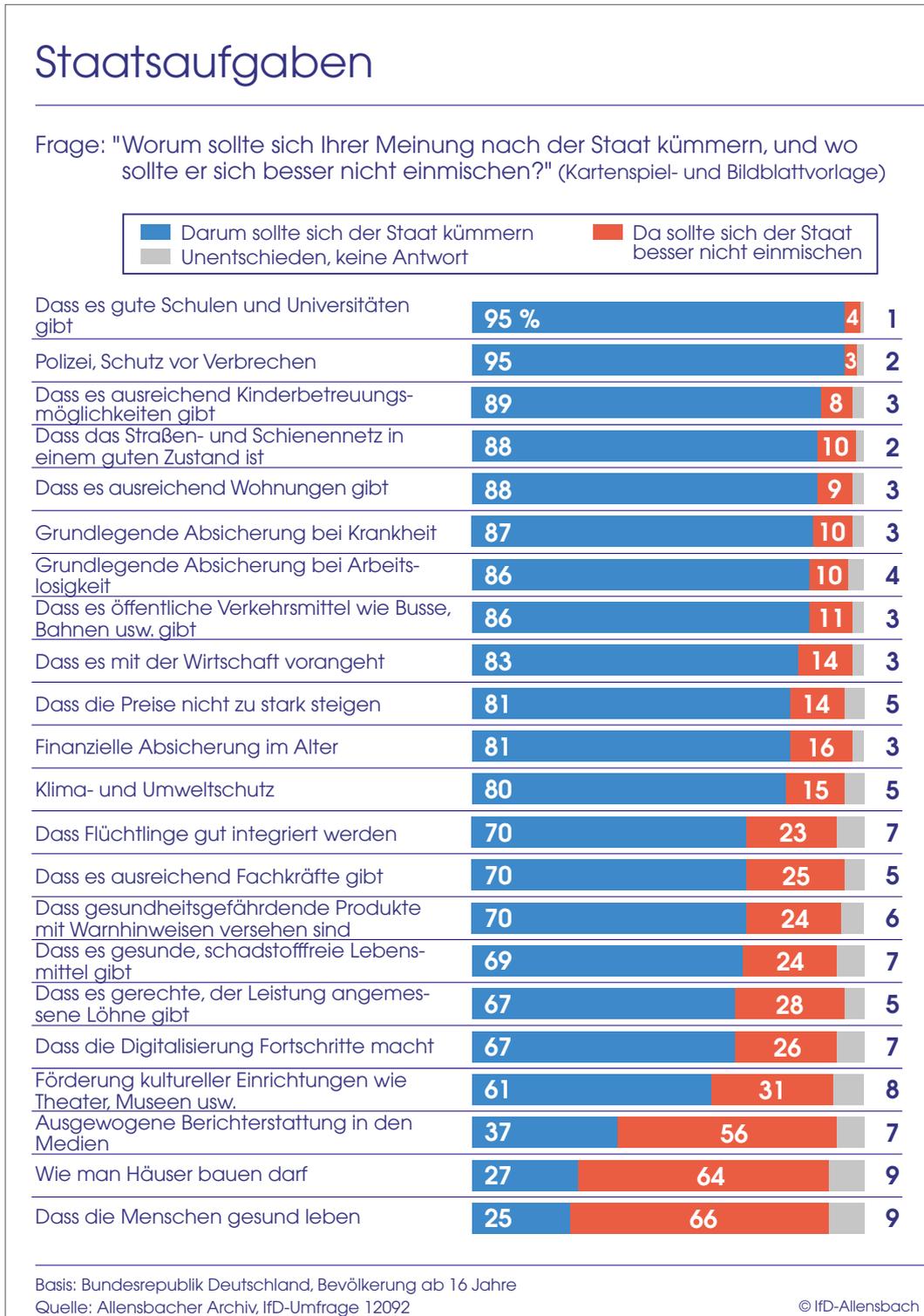
© IfD-Allensbach

4. Staatsorientierung

Da die Bevölkerung, wie im vorigen Kapitel beschrieben, nach wie vor skeptisch gegenüber dem Prinzip der Marktwirtschaft ist und allgemein einen stark in die Wirtschaft eingreifenden einem zurückhaltenden Staat vorzieht, ist es nur folgerichtig, dass sie auch viele andere gesellschaftliche Aufgaben als staatliche Aufgaben betrachtet. In welchem Maße dies der Fall ist, zeigen die Antworten auf die Frage „Worum sollte sich Ihrer Meinung nach der Staat kümmern, und wo sollte er sich besser nicht einmischen?“ Zu der Frage wurden 22 Karten mit gesellschaftlichen Aufgaben überreicht. Die Befragten wurden gebeten, diese Karten zu sortieren, je nachdem, ob sie die betreffende Aufgabe als Sache des Staates betrachteten oder der Ansicht waren, dass sich der Staat da besser nicht einmischen sollte. Unter den einzustufenden Punkten waren traditionelle Kernaufgaben des Staates wie „Polizei, Schutz vor Verbrechen“ oder „Dass das Straßen- und Schienennetz in einem guten Zustand ist“ und andere, bei denen in Deutschland der Staat eine große Rolle spielt, die man aber nicht zwangsläufig als Staatsausgaben betrachten müsste, wie „Dass es gute Schulen und Universitäten gibt“ oder „Dass es öffentliche Verkehrsmittel wie Busse, Bahnen usw. gibt“. Darüber hinaus wurden auch Punkte präsentiert, bei denen der Staat traditionell keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielt, wie „Dass die Preise nicht zu stark steigen“, „Dass es mit der Wirtschaft vorangeht“ oder „Dass es gerechte, der Leistung angemessene Löhne gibt“. Die Bevölkerung betrachtet mit großen Mehrheiten unterschiedslos alle diese und die meisten anderen vorgestellten Ziele als staatliche Aufgaben. Von den 22 Punkten wurden 18 von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung als staatliche Aufgabe eingeordnet, ein neunzehnter immerhin noch von 61 Prozent. Nur bei drei Punkten sagte eine Mehrheit, dass sich der Staat dort besser heraushalten sollte, nämlich „Ausgewogene Berichterstattung in den Medien“, „Wie man Häuser bauen darf“ und „Dass die Menschen gesund leben“. Dass die Bürger mehrheitlich der Ansicht sind, der Staat solle sich nicht in die Berichterstattung der Medien einmischen, wird man auch als Resultat der besonderen Aufmerksamkeit werten können, die viele Medien diesem Thema – und damit ihren eigenen Interessen – widmen, wenn auch, wie noch gezeigt werden wird, dieser Effekt schwächer wird. Dass 64 Prozent der Bevölkerung außerdem sagten, der Staat sollte sich bei der Frage heraushalten, wie man Häuser bauen darf, ist angesichts unzähliger staatlicher Bauvorschriften und Gestaltungssatzungen in Deutschland bemerkenswert (Grafik 24). Insgesamt bleibt

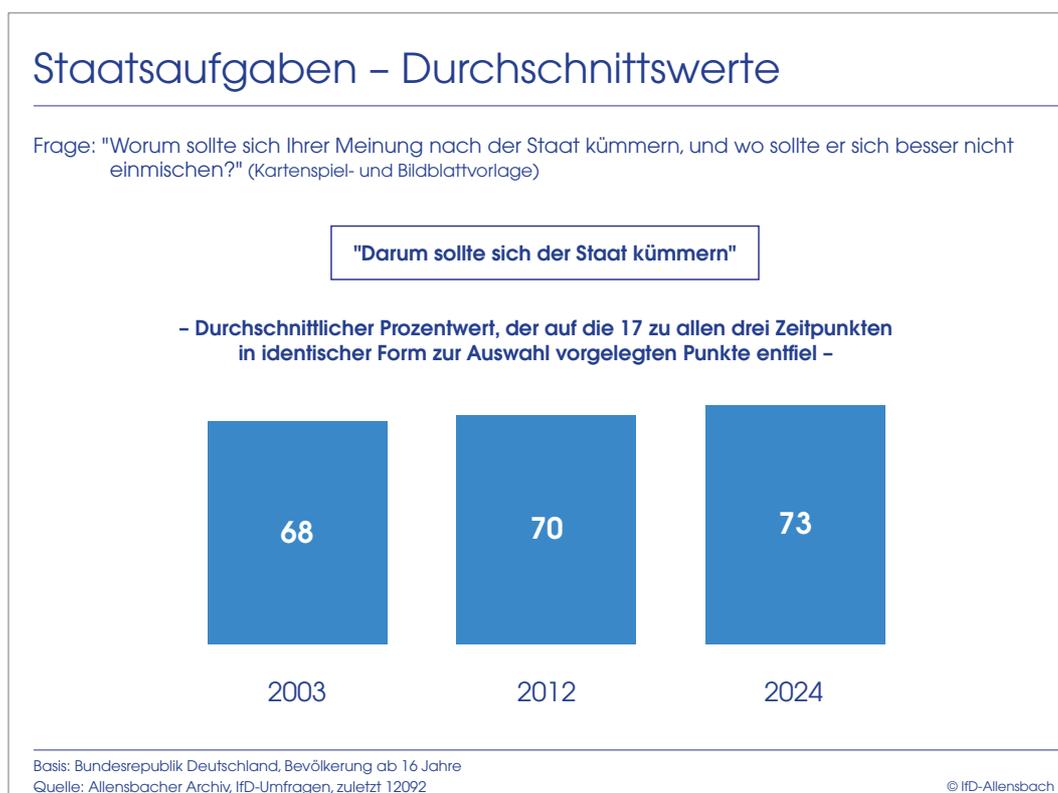
aber festzuhalten, dass die Bevölkerung dazu neigt, gesellschaftliche Aufgaben und Ziele aller Art als staatliche Aufgaben zu betrachten.

Grafik 24



Dabei hat die Staatsorientierung der Bevölkerung in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Die Frage, um welche Aufgaben sich der Staat kümmern sollte, ist in den letzten zwei Jahrzehnten nicht oft, aber doch gelegentlich gestellt worden, zum ersten Mal im Jahr 2003. 17 Punkte, die den Befragten in der vorliegenden Umfrage zur Einordnung vorgelegt wurden, waren auch damals in identischer Form präsentiert worden. Zählt man die Anteile derer, die diese Punkte als staatliche Aufgabe bezeichneten, zusammen und errechnet daraus den Durchschnitt, kommt man für das Jahr 2003 auf einen Wert von 68 Prozent, während er 2024 73 Prozent beträgt (Grafik 25). Der Unterschied mag auf den ersten Blick klein erscheinen, doch es handelt sich hier nicht um statistische Zufallsschwankungen, die man bei Umfragen immer mit einkalkulieren muss. Durchschnittswerte sind wesentlich stabiler, weil in sie eine Vielzahl von Einzelergebnissen eingeht, bei denen sich zufällige Abweichungen nach oben oder unten gegenseitig ausgleichen. Hier sind bereits Veränderungen von wenigen Prozentpunkten durchaus inhaltlich interpretierbar.

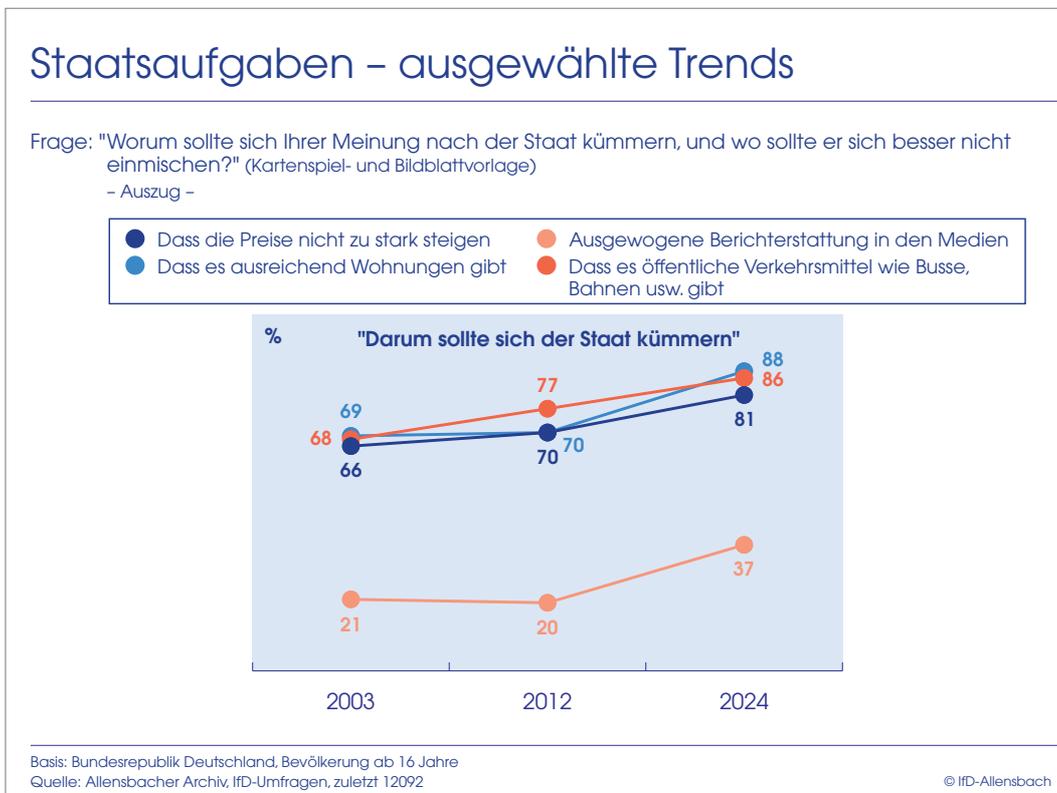
Grafik 25



Dabei ist die Zunahme der Durchschnittswerte wesentlich auf recht starke Veränderungen bei einigen wenigen Einzelpunkten zurückzuführen: Sehr deutlich zugenommen haben die Anteile derjenigen, die es als staatliche Aufgabe bezeichnen, dass die Preise nicht zu stark steigen, dass es öffentliche Verkehrsmittel und dass es ausreichend Wohnungen gibt. Man erkennt an diesen Punkten die Veränderung der Schwerpunkte der öffentlichen Diskussion: Die Inflation, die lange Zeit in Deutschland niedrig war und dementsprechend auch nicht zu den größten Sorgen der Bevölkerung gehörte, ist seit dem Jahr 2022 wieder stark im Bewusstsein der Bürger verankert. Der Zustand der deutschen Bahn und die verbreiteten Sorgen angesichts der hohen Immobilien- und Mietpreise stehen vermutlich hinter der Zunahme der Anteile, die auf diesen Gebieten staatliches Handeln fordern.

Stark zugenommen, wenn auch auf nach wie vor niedrigem Niveau, hat außerdem der Anteil derjenigen, die eine ausgewogene Medienberichterstattung als Aufgabe des Staates betrachten (Grafik 26). Hier spiegelt sich die seit einigen Jahren wachsende Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung mit den Medien, die sich beispielsweise darin äußert, dass heute mehr als jeder dritte Deutsche sagt, er fände seine eigene Meinung in den Medien kaum oder gar nicht vertreten. Mittlerweile beginnt auch das Vertrauen in manche Medien, besonders die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, zu sinken.¹⁰ Bei allen vier Punkten: Inflation, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungsbau und Medien, wird ein gemeinsames Muster sichtbar: Sobald ein gesellschaftliches Problem im Bewusstsein der Bevölkerung größer wird, wird der Ruf nach dem Staat lauter. Der Gedanke, dass die Gesellschaft selbst oder gar die Wirtschaft aufgerufen ist, das Problem zu lösen, und dass sie womöglich besser als der Staat in der Lage wäre, es zu lösen, kommt anscheinend nur wenigen.

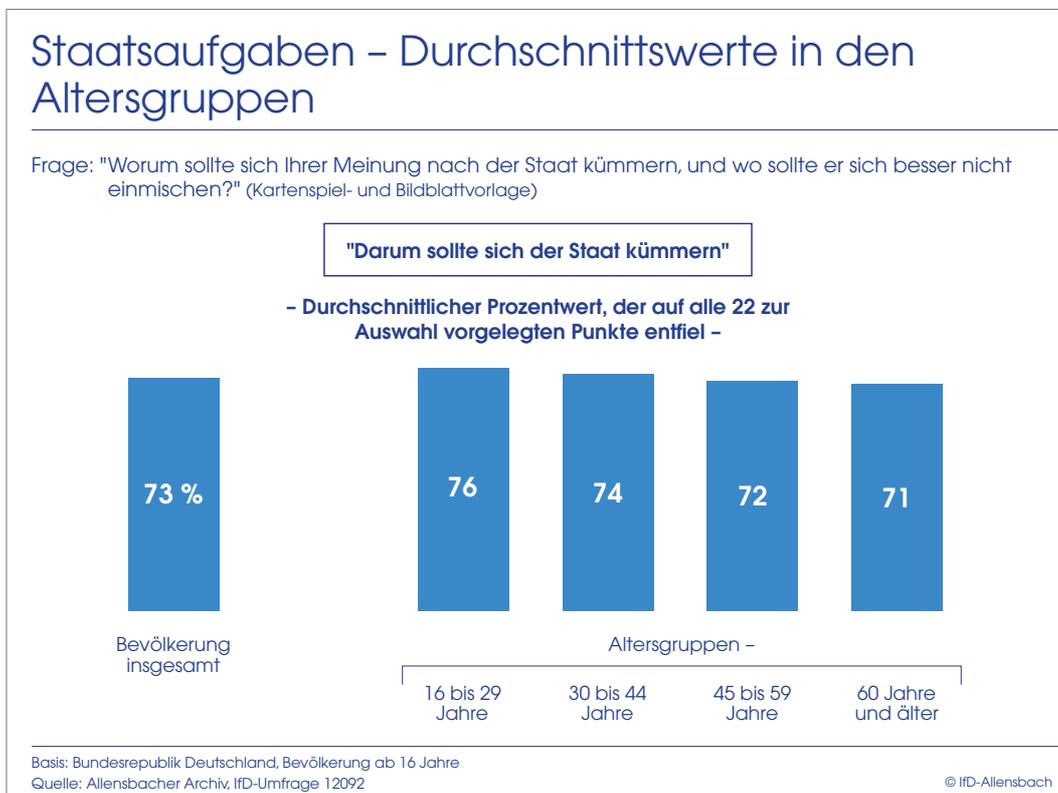
¹⁰ Vgl. Thomas Petersen: Das Vertrauen in die Medien. In: Roland Schatz (Hrsg.): Am Ende siegt Freiheit. Freiheitsindex Deutschland 2024. Zürich: InnoVatio 2024, S. 33-42. Dort S. 40-41.



Zu dem Befund, dass die Staatsorientierung der Bevölkerung – wenn auch nur leicht – zugenommen hat, passt, dass die junge Generation etwas mehr als die älteren Generationen dazu neigt, viele Aufgaben als staatliche Aufgaben zu betrachten. Grafik 27 zeigt erneut Durchschnittswerte, dieses Mal über alle 22 in der aktuellen Umfrage abgefragten Punkte hinweg. Der durchschnittliche Prozentwert derjenigen, die diese Punkte als staatliche Aufgabe bezeichneten, lag bei den unter 30-Jährigen bei 76 Prozent, bei den 60-jährigen und älteren Befragten dagegen „nur“ bei 71 Prozent. Dabei ist diese Tendenz zwar nicht bei allen 22 Einzelpunkten zu erkennen, aber doch bei einer beträchtlichen Zahl. Die Grafiken 28 und 29 zeigen auf, wo ein recht deutlicher Unterschied zwischen den Generationen zu erkennen ist: Jüngere neigen anscheinend dazu, auch Fragen des alltäglichen Lebens wie die Qualität von Lebensmitteln als staatliche Aufgabe aufzufassen (Grafik 28), außerdem zeichnen sich die Themen ab, die die junge Generation allgemein stärker beschäftigen als Ältere: Klima- und Umweltschutz und die Digitalisierung (Grafik 29). Dennoch zeichnet sich kein wirklich prägnanter inhaltlicher Schwerpunkt ab, der den Schluss zuließe, dass die junge Generation grundsätzlich andere Vorstel-

lungen von staatlichen Aufgaben hätte als die ältere. Letztlich sind auch hier die Unterschiede zwischen den Altersgruppen gering.

Grafik 27



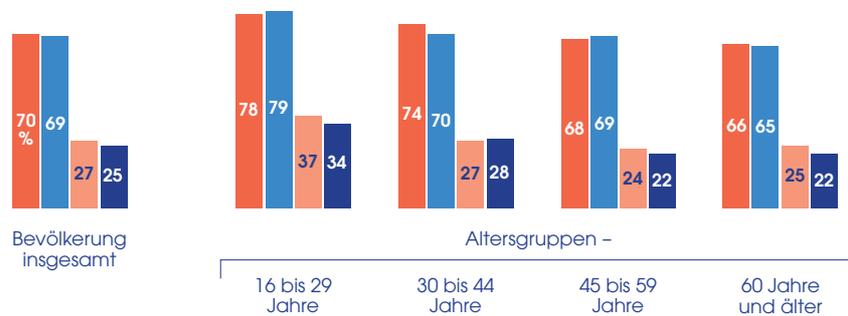
Themen, die Jüngere öfter als Staatsaufgaben betrachten als Ältere I

Frage: "Worum sollte sich Ihrer Meinung nach der Staat kümmern, und wo sollte er sich besser nicht einmischen?" (Kartenspiel- und Bilblattvorlage)

- Auszug -

"Darum sollte sich der Staat kümmern"

- Dass Lebensmittel und andere Produkte, die die Gesundheit gefährden könnten, mit Warnhinweisen versehen sind
- Dass es gesunde, schadstofffreie Lebensmittel gibt
- Wie man Häuser bauen darf
- Dass die Menschen gesund leben



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

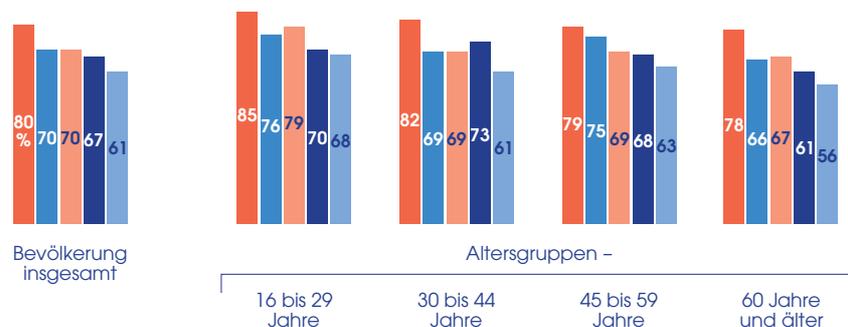
Themen, die Jüngere öfter als Staatsaufgaben betrachten als Ältere II

Frage: "Worum sollte sich Ihrer Meinung nach der Staat kümmern, und wo sollte er sich besser nicht einmischen?" (Kartenspiel- und Bilblattvorlage)

- Auszug -

"Darum sollte sich der Staat kümmern"

- Klima- und Umweltschutz
- Dass Flüchtlinge gut integriert werden
- Dass es ausreichend Fachkräfte gibt
- Dass die Digitalisierung Fortschritte macht
- Förderung kultureller Einrichtungen wie Theater, Museen usw.



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Dass jemand etwas als staatliche Aufgabe betrachtet, bedeutet noch nicht, dass er es auch akzeptiert, dass der Staat tief in das eigene Leben eingreift. Hier zeigt sich im Gegenteil, dass die Bereitschaft, sich vom Staat vorschreiben zu lassen, was man darf und was nicht, rückläufig ist. Dies zeigt sich daran, dass, wie bereits erwähnt wurde, die Bereitschaft, staatliche Verbote auf einer Vielzahl von Gebieten zu akzeptieren, tendenziell rückläufig ist. Allerdings ist das Gesamtniveau der Forderungen nach Verboten nach wie vor beträchtlich. Ermittelt wurde dies mit einer Frage, bei der die Interviewer eine Liste mit 19 zur Auswahl präsentierten Produkten, Organisationen oder Verhaltensweisen, die man zumindest als potentiell schädlich oder gesellschaftlich problematisch betrachten kann. Dazu wurde die Frage gestellt: „Was meinen Sie, was sollte der Staat auf jeden Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen?“ Diese Formulierung wurde bewusst gewählt, weil sie ein typisches Argument ist, mit dem Verbote oder paternalistische Maßnahmen des Staates oft begründet werden.

Grafik 30 zeigt das Gesamtergebnis der Frage. An der Spitze der Liste stehen die Punkte „Harte Drogen wie Heroin, Kokain usw.“ und „Klonen von Menschen“. Hier herrscht nahezu Konsens in der Gesellschaft (86 bzw. 81 Prozent), dass diese verboten sein sollten. Mit weitem Abstand dahinter folgen Beleidigungen im Internet, besonders niedrige Löhne und Gehälter und rechtsradikale Parteien. Bei sieben Punkten sprach sich die Mehrheit für ein Verbot aus. Dabei gibt es eine Reihe interessanter Einzelergebnisse, beispielsweise der Befund, dass zwar 55 Prozent der Befragten ein Verbot rechtsradikaler Parteien forderten, aber nur 38 Prozent eines von linksradikalen Parteien. Oder aber, dass die in Politik und Medien oft und vehement erhobene Forderung nach einem Tempolimit auf Autobahnen nur von weniger als einem Viertel der Bevölkerung unterstützt wird.

Der Ruf nach Verboten

Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat auf jeden Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen?" (Listenvorlage)

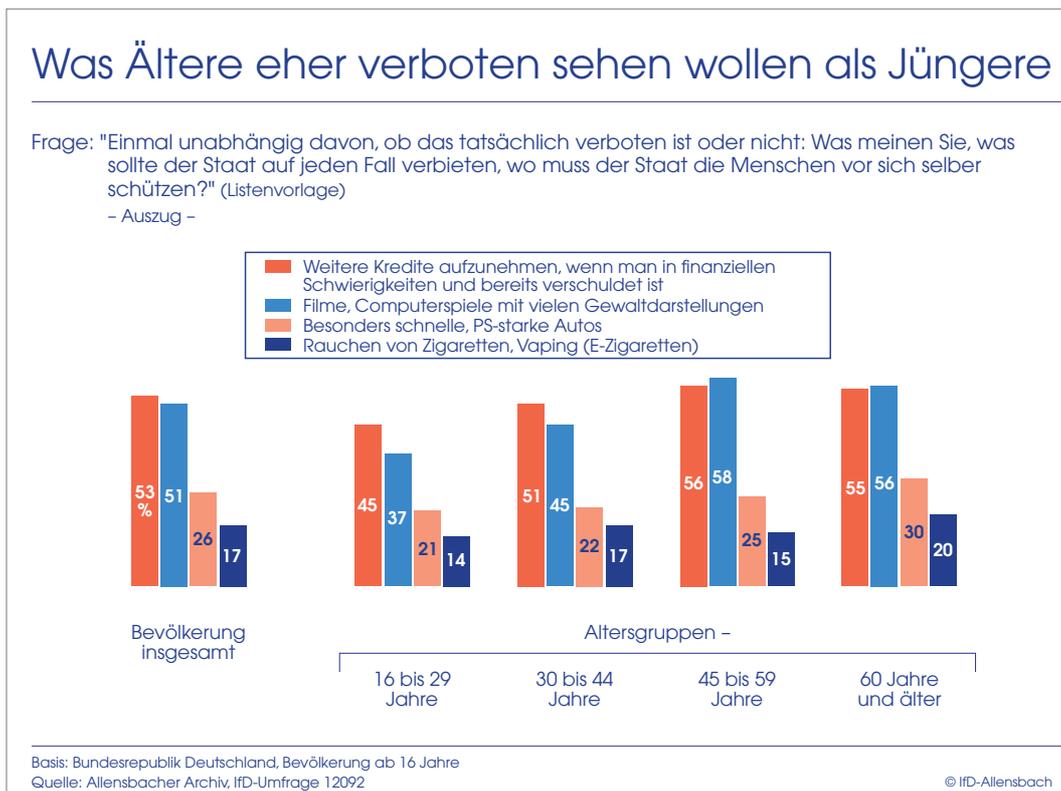


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Interessant ist an dieser Stelle vor allem, dass die junge Generation etwas weniger als die ältere dazu neigt, viele Verbote zu fordern. Das ist besonders bei Themen der Fall, die mit Konsumbedürfnissen zu tun haben: weitere Kredite aufnehmen, obwohl man bereits in finanziellen Schwierigkeiten und hoch verschuldet ist, Filme oder Computerspiele mit vielen Gewaltdarstellungen, besonders schnelle, PS-starke Autos und das Rauchen von Zigaretten und E-Zigaretten (Grafik 31). Hier lesen sich die Ergebnisse wie ein Echo der eingangs beschriebenen Resultate, wonach junge Befragte häufiger Freiheit im Sinne von Libertinage verstehen als ältere: Sie mögen überdurchschnittlich oft den Staat als zuständig für die verschiedensten Probleme des Alltags betrachten, aber sie haben keine Lust, sich von ihm deswegen den Spaß verderben zu lassen.

Grafik 31



5. Einstellungen zu Unternehmen und zur Selbständigkeit

Zum Schluss soll noch kurz über die Ergebnisse dreier Fragen berichtet werden, die sich mit dem Unternehmerbild der Bevölkerung und ihrer Haltung zur beruflichen Selbständigkeit befassen. Dies sind Faktoren, von denen der ökonomische Erfolg einer Gesellschaft abhängig ist, denn nur in einem Klima, in dem Menschen zur Existenzgründung bereit sind und ermuntert werden, können sich die Kreativität und die wirtschaftliche Dynamik entfalten, die den Wohlstand eines Landes langfristig sichern.

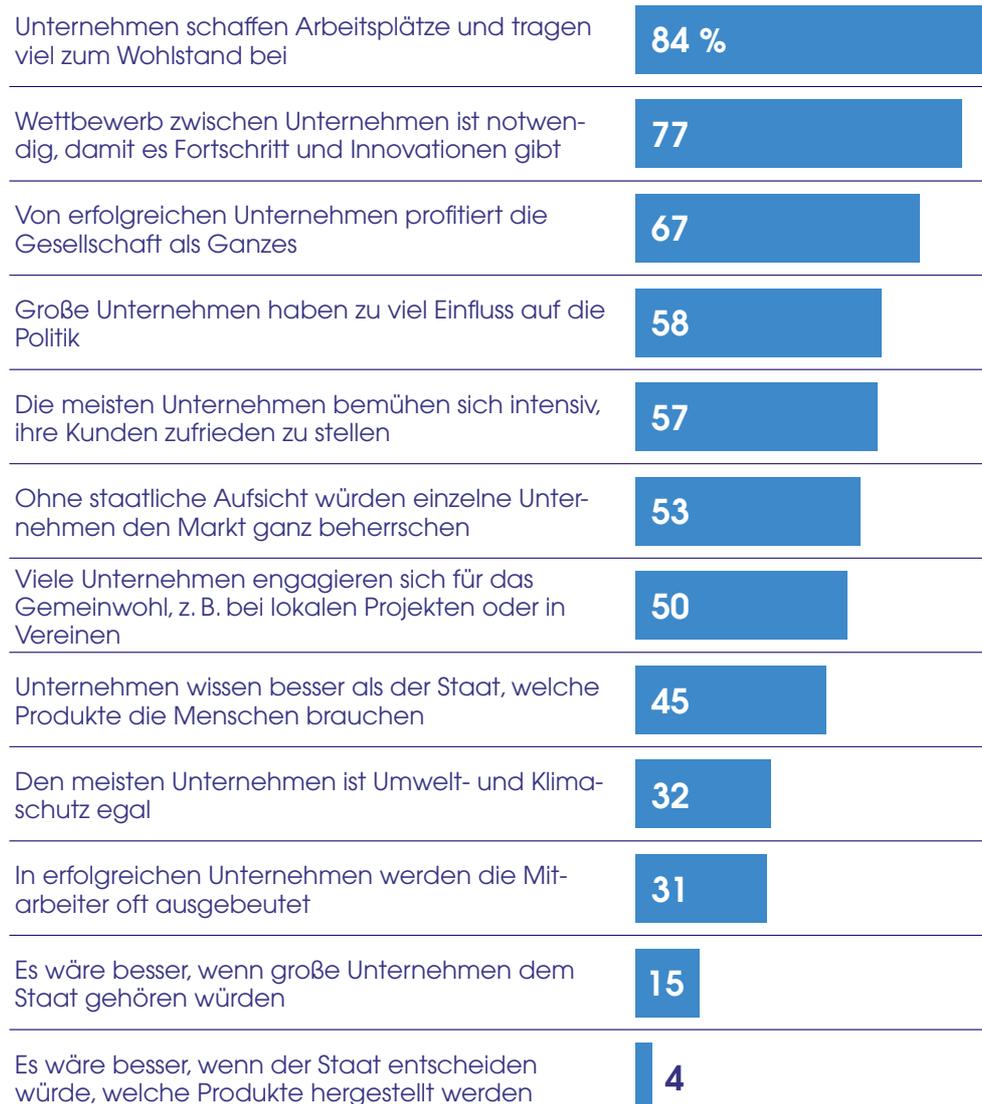
Die Einstellung der Bürger gegenüber Unternehmen ist alles in allem positiver als man angesichts des Tenors der Berichterstattung führender Massenmedien¹¹ annehmen könnte. Bei einer Frage legten die Interviewer eine Liste mit 12 Aussagen über Unternehmen vor, je sechs positive und sechs negative. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche der Aussagen ihrer eigenen Meinung entsprechen. Es zeigte sich, dass die positiven Aussagen auf wesentlich mehr Zustimmung stießen als die negativen: 84 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schafften und viel zum Wohlstand beitrügen. 77 Prozent meinten, Wettbewerb zwischen Unternehmen sei notwendig, damit es Fortschritt und Innovationen gebe. An dritter Stelle folgte mit 67 Prozent der Punkt „Von erfolgreichen Unternehmen profitiert die Gesellschaft als Ganzes“. Erst an vierter Position folgte mit „Große Unternehmen haben zu viel Einfluss auf die Politik“ die erste negative Aussage; ihr stimmten 58 Prozent der Befragten zu. Auch der kritische Punkt „Ohne staatliche Aufsicht würden einzelne Unternehmen den Markt ganz beherrschen“ erhielt die Zustimmung von einer Mehrheit der Befragten (53 Prozent). Ausgeprägt unternehmensfeindliche Thesen mit einem deutlich antikapitalistischen Unterton wie „In erfolgreichen Unternehmen werden die Mitarbeiter oft ausgebeutet“, „Es wäre besser, wenn große Unternehmen dem Staat gehören würden“ oder „Es wäre besser, wenn der Staat entscheiden würde, welche Produkte hergestellt werden“ fanden dagegen nur die Zustimmung vergleichsweise kleiner Minderheiten (Grafik 32). Im Durchschnitt entfielen auf die positiven, die Marktwirtschaft und das Unternehmertum tendenziell bejahenden Antwortmöglichkeiten 63 Prozent, während sich durchschnittlich nur 32 Prozent der Befragten für die tendenziell negativen, teilweise deutlich antikapitalistischen Punkte entschieden,

¹¹ Vgl. Roland Schatz: Und wo bleibt das Positive? In: Roland Schatz, Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt: Bricht die Mauer des Schweigens? Zürich: InnoVatio 2023, S. 81-86. Dort S. 85.

wobei es zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher nur kleine Unterschiede im Antwortverhalten gab (Grafik 33). Auch zwischen den Altersgruppen gab es bei dieser Frage keine systematischen Unterschiede. Zwar war der Anteil der unter 30-Jährigen, die die positiven Punkte auswählten, etwas kleiner als bei den älteren Befragten, doch wahrscheinlich spiegelt sich hier in erster Linie wiederum die bereits beschriebene etwas größere Unsicherheit der Jüngeren wider, die sich in einem größeren Anteil der „Unentschieden“-Antworten in dieser Altersgruppe zeigt (Grafik 34). Insgesamt unterscheiden sich die Antworten der unter 30-Jährigen von denen der Gesamtbevölkerung nicht deutlich genug, um hieraus weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Aussagen über Unternehmen

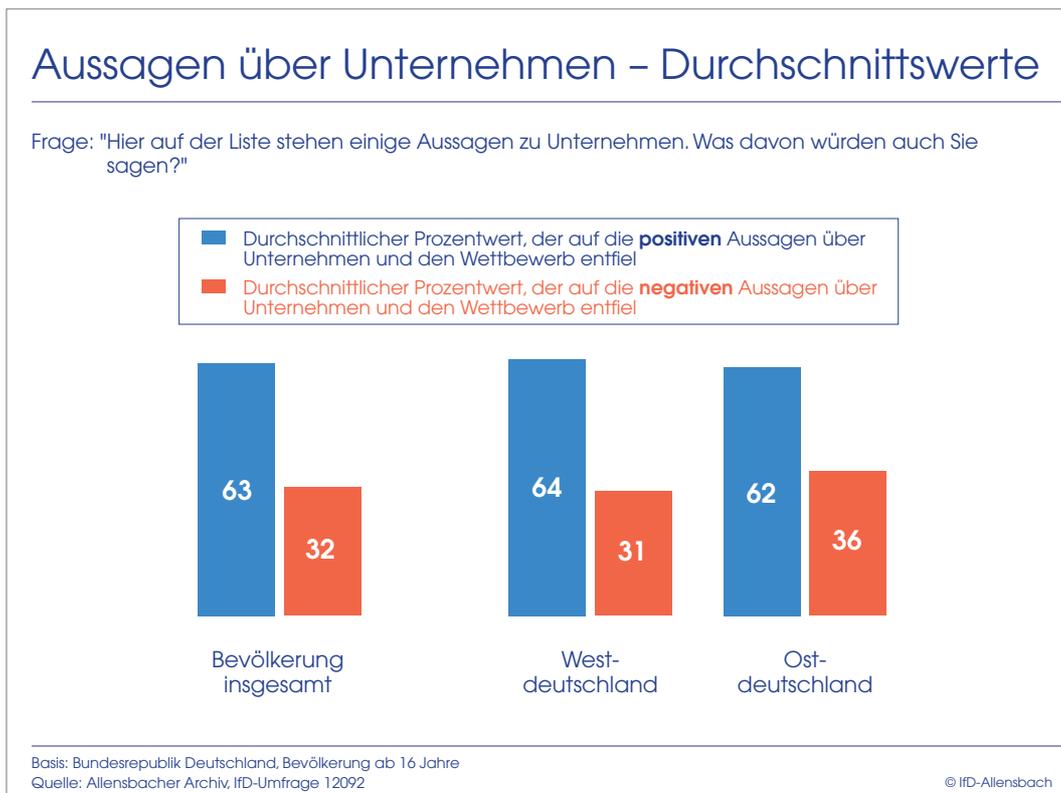
Frage: "Hier auf der Liste stehen einige Aussagen zu Unternehmen. Was davon würden auch Sie sagen?"



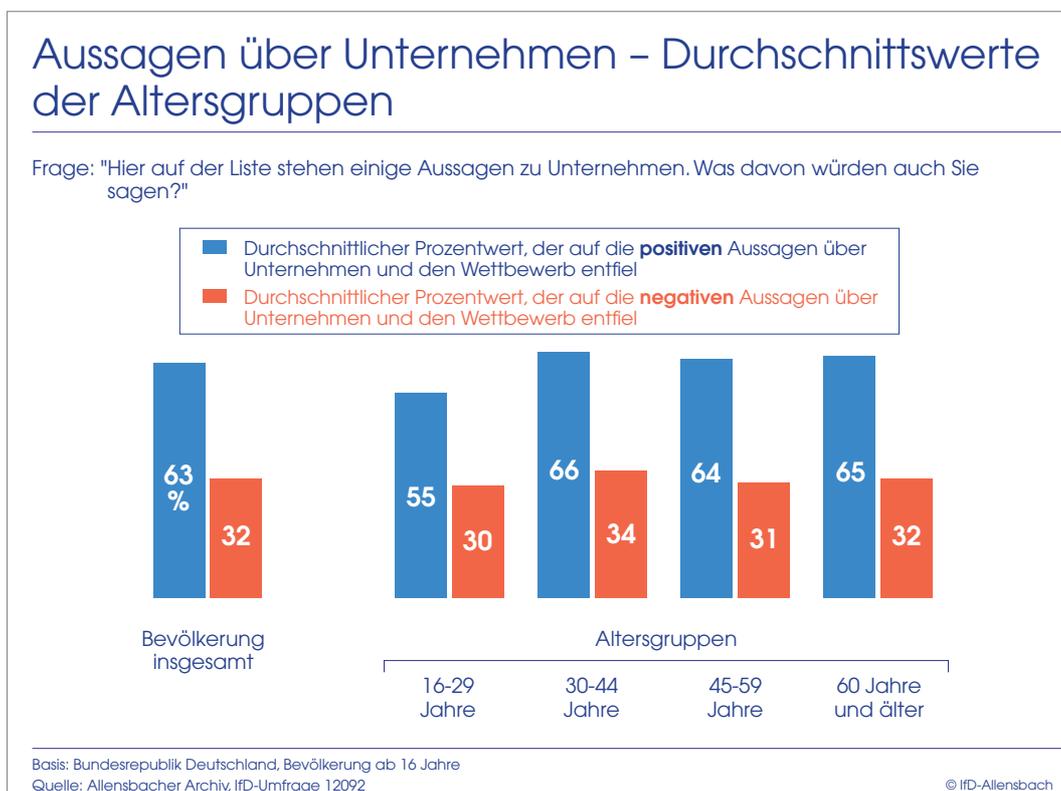
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Grafik 33



Grafik 34

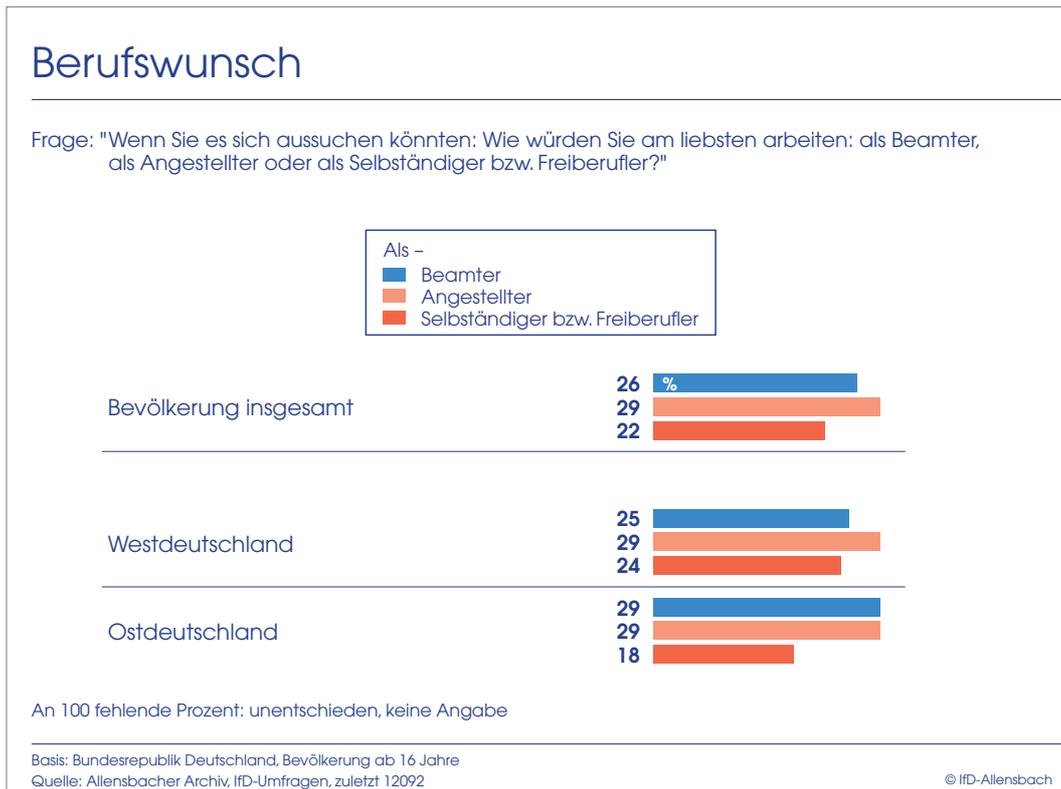


Die Selbständigkeit als Form der Erwerbstätigkeit ist für die meisten Deutschen nicht besonders attraktiv. Auf die Frage „Wenn Sie es sich aussuchen könnten: Wie würden Sie am liebsten arbeiten: als Beamter, als Angestellter oder als Selbständiger bzw. Freiberufler?“ antworteten 22 Prozent, sie würden am liebsten als Selbständige bzw. Freiberufler arbeiten. Das sind nicht wenige angesichts der Tatsache, dass der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in Deutschland bei rund 8 Prozent liegt,¹² doch damit liegt die Selbständigkeit an dritter Stelle in der Liste, wenn auch knapp. Die Zahl derjenigen, die am liebsten als Angestellte oder Beamte arbeiten würden, war mit 26 bzw. 29 Prozent etwas größer. Befragte in Ostdeutschland nannten noch deutlich weniger als Westdeutsche die Selbständigkeit als bevorzugte Form der Erwerbstätigkeit (Grafik 35). Man kann vermuten, dass hier zum Teil noch immer die Prägungen der DDR nachwirken, in der ja nur sehr wenige Menschen selbständig arbeiten konnten. In der jungen Generation ist der Anteil derer, die am liebsten selbständig wären, weder größer noch kleiner als bei älteren Befragten. Unterschiede zwischen den Generationen gibt es nur in Bezug auf die anderen beiden Formen der Erwerbstätigkeit: Ältere Befragte ab 60 Jahren sagten deutlich häufiger als jüngere, dass sie am liebsten als Beamte tätig wären (Grafik 36). Ob hier das mit dem Alter steigende Sicherheitsbedürfnis den Ausschlag gibt oder die Tatsache, dass Älteren deutlicher als Jüngeren die finanziellen Vorteile vor Augen stehen, die Pensionäre gegenüber Rentnern genießen, muss an dieser Stelle offenbleiben. Man kann vermuten, dass beides zur besonderen Attraktivität des Beamtenstatus aus Sicht der älteren Bürger beiträgt. Letztlich ist aber die Frage, ob man als Beamter, Selbständiger oder Angestellter tätig ist, für die Berufswahl der meisten Menschen nicht von entscheidender Bedeutung. Mehr als die Hälfte derjenigen, die konkret angaben, dass sie am liebsten als Selbständiger oder Angestellter arbeiten würden, führten an, dass dieser Wunsch bei ihrer eigenen Berufswahl keine entscheidende Rolle gespielt habe; von denen, die am liebsten als Beamte tätig wären, gaben sogar fast zwei Drittel diese Antwort (Grafik 37). Man kann annehmen, dass sich die meisten Menschen, wenn ihre Berufswahl ansteht, in erster Linie Gedanken über die Tätigkeit selbst machen und keine oder nur wenige über ihre rechtliche Form: Menschen wollen Klempner werden, Lastwagenfahrer, Musiker, Psychologen, Schauspieler, Journalisten, Bankberater, Verwaltungsfachleute, Politiker, Apotheker, Architekten und vieles mehr. Der Frage, ob diese Berufswahl

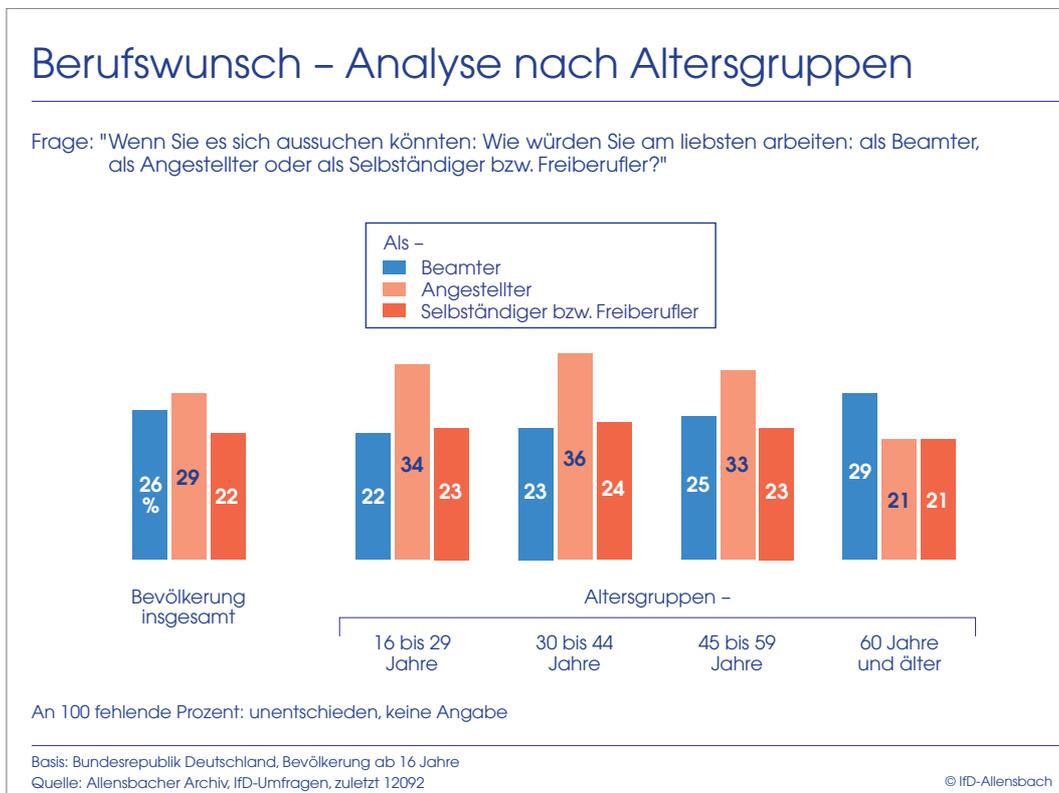
¹² Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Selbständige Erwerbstätigkeit in Deutschland (Aktualisierung 2022). Forschungsbericht Nr. 601. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) 2022, S. 19.

dann zu einer selbständigen oder abhängigen Beschäftigung führt, gilt vermutlich in den meisten Fällen erst der zweite oder dritte Gedanke. Die Selbständigkeit um ihrer selbst willen, etwa weil sie mehr Freiheit und Selbstbestimmung ermöglicht als eine Tätigkeit als Angestellter oder Beamter, wird anscheinend nur von sehr wenigen angestrebt.

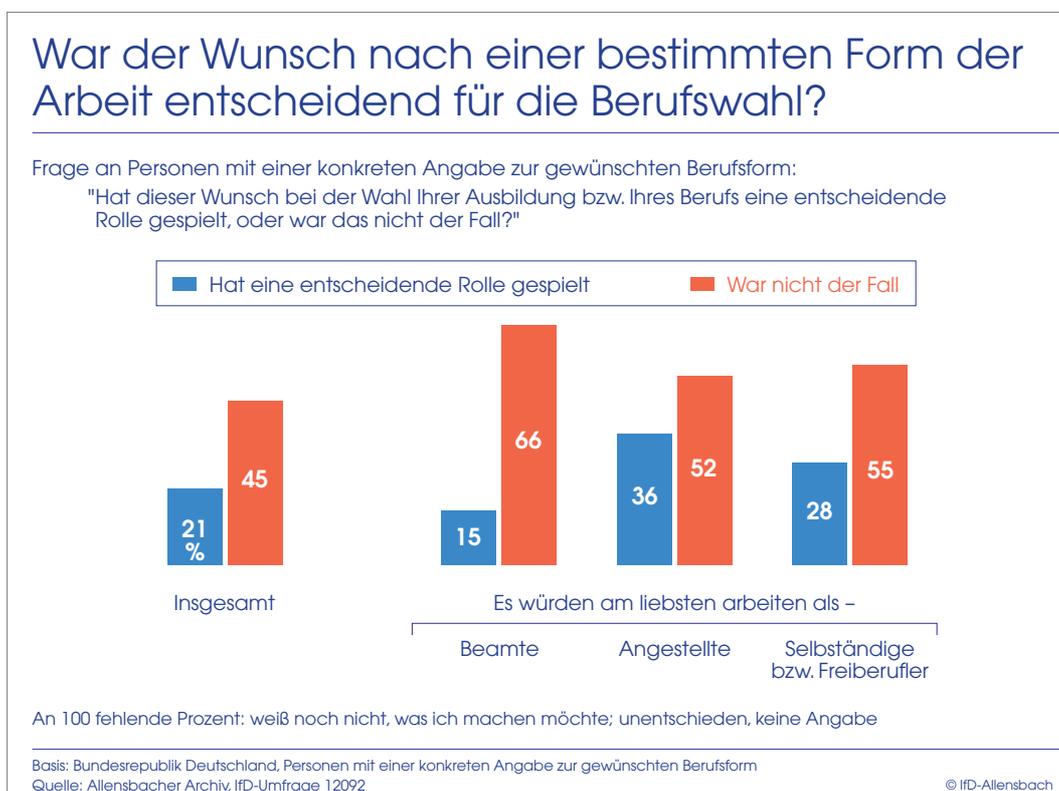
Grafik 35



Grafik 36



Grafik 37



A N H A N G G R A F I K E N

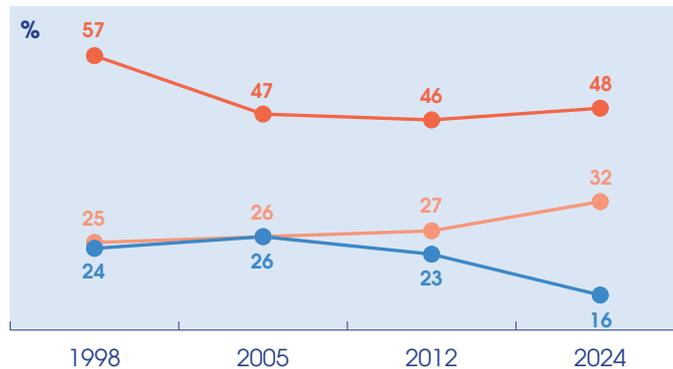
- Anhanggrafiken A1-A4
- Anhanggrafiken A5-A7 (nicht im Text erwähnt)

Drei Bedeutungen von Freiheit – Trend in Westdeutschland

Frage: "Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher der drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?"

Freiheit bedeutet –

- frei zu sein von sozialer Not, von Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit
- das tun und lassen zu können, was einem gefällt, dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben möchte
- für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte



Basis: Westdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12092

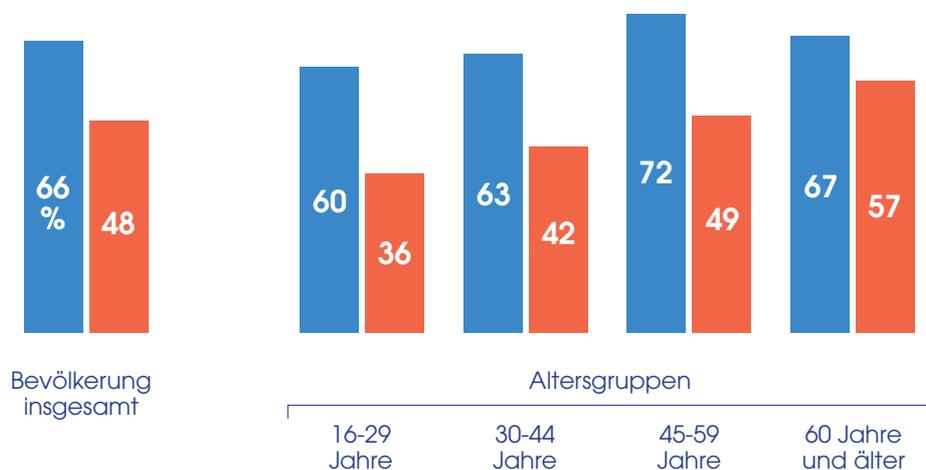
© IfD-Allensbach

Freiheiten, die eher Ältere als vorhanden bezeichnen

Frage: "Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?" (Kartenspielvorlage)

– Auszug –

- Dass ich Eigentum besitzen kann, das mir niemand wegnehmen kann
- Dass ich durch die Rentenversicherung für das Alter abgesichert bin



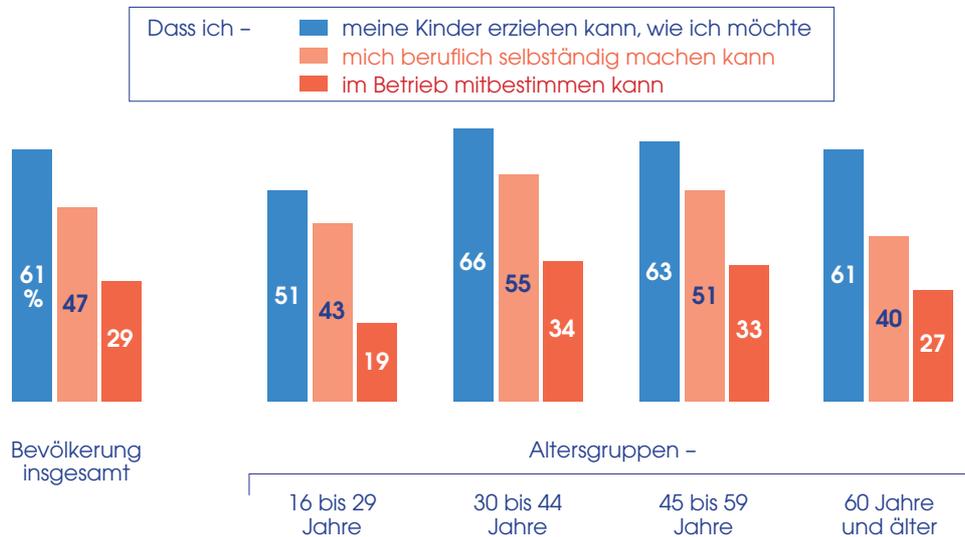
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

Freiheiten, die eher die mittleren Generationen als vorhanden bezeichnen

Frage: "Bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?" (Kartenspielvortage)

- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

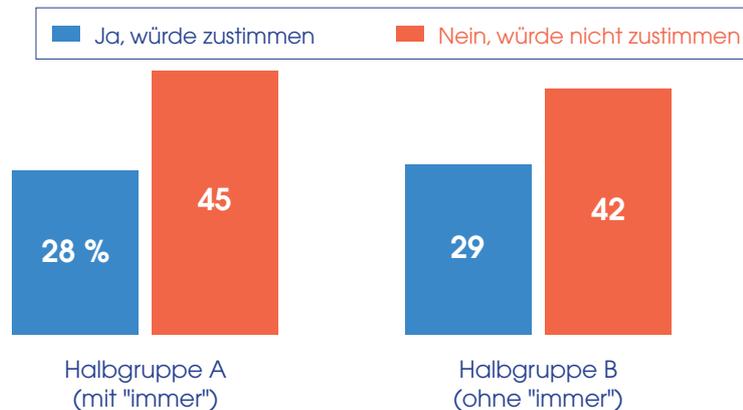
Marktwirtschaft und Menschlichkeit – Methodenexperiment

Frage in **Halbgruppe A:**

"Jemand sagte neulich: 'Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt **immer** zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist.' Würden Sie dem zustimmen?"

Frage in **Halbgruppe B:**

"Jemand sagte neulich: 'Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist.' Würden Sie dem zustimmen?"



An 100 fehlende Prozent: weiß nicht, unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

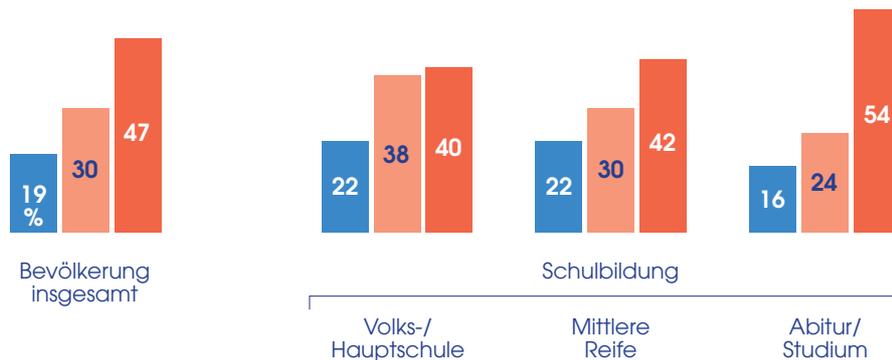
© IfD-Allensbach

Drei Bedeutungen von Freiheit – Analyse nach Schulbildung

Frage: "Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher der drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?" (Kartenvorlage)

Freiheit bedeutet –

- frei zu sein von sozialer Not, von Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit
- das tun und lassen zu können, was einem gefällt, dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben kann, wie man möchte
- für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte



An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

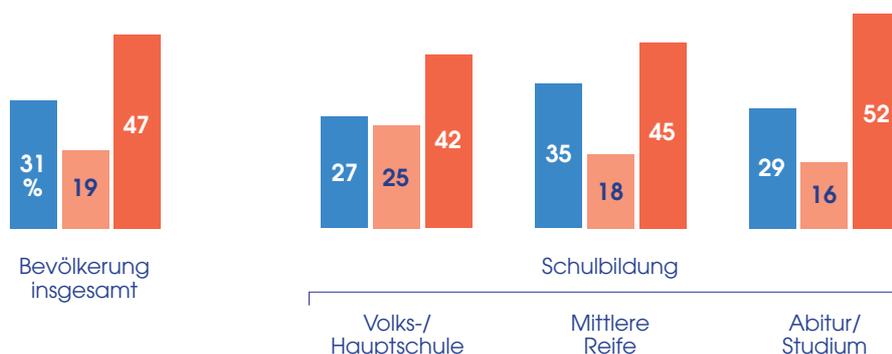
© IfD-Allensbach

Drei Bedeutungen von Freiheit – Variante 2, Analyse nach Schulbildung

Frage: "Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher der drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?" (Kartenvorlage)

Freiheit bedeutet –

- frei zu sein von staatlicher Willkür, Zwang, Überwachung und Diskriminierung durch öffentliche Institutionen
- finanziell so abgesichert zu sein, dass man sich keine Gedanken um die Befriedigung seiner Bedürfnisse machen muss
- für sich selbst verantwortlich sein zu können; das tun zu dürfen, was einem gefällt, und auf diese Art zu leben; die Ziele zu verfolgen, die man für richtig hält



An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

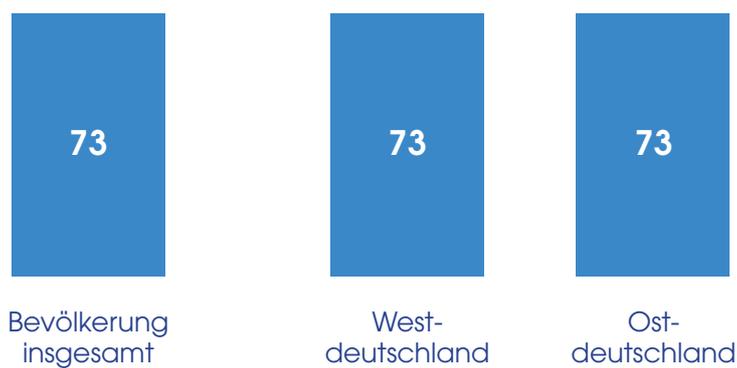
© IfD-Allensbach

Staatsaufgaben – Durchschnittswerte in West- und Ostdeutschland

Frage: "Worum sollte sich Ihrer Meinung nach der Staat kümmern, und wo sollte er sich besser nicht einmischen?" (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

"Darum sollte sich der Staat kümmern"

- Durchschnittlicher Prozentwert, der auf alle 22 zur Auswahl vorgelegten Punkte entfiel -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12092

© IfD-Allensbach

T A B E L L E N T E I L

- Technische Erläuterungen
- Tabellen

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Schulbildung

EINFACHE

Anhand einer vorgelegten Liste stufen die Befragten ihre Schulbildung ein bei –

"Ich bin von der Schule abgegangen ohne Hauptschulabschluss/Volksschulabschluss",

"Ich habe den Hauptschulabschluss/Volksschulabschluss" bzw.

"Ich bin von der Realschule, polytechnischen Oberschule oder einer vergleichbaren Schule abgegangen ohne Realschulabschluss, ohne Mittlere Reife"

MITTLERE

"Ich habe den Realschulabschluss (Mittlere Reife, Abschluss der 10-klassigen polytechnischen Oberschule)"

HÖHERE

"Ich habe die Fachhochschulreife",

"Ich habe die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur, Fachabitur, Abschluss der 12-klassigen EOS)" bzw.

"Ich habe ein Studium an einer Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule abgeschlossen"

Politisch interessiert

JA

Es antworten auf die Frage "Interessieren Sie sich für Politik?" mit –

"Ja, interessiere mich für Politik"

NEIN

"Nicht besonders"/"Gar nicht"

Anhänger von –

Bei der Frage:

"Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch.

Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal danach untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so:

Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder vielleicht sogar ganz unsympathisch ist."

wurde die jeweilige Partei auf den ersten Platz der Sympathierangfolge gelegt

TABELLEN

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DARUM SOLLTE SICH DER STAAT KÜMMERN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ES GUTE SCHULEN U.UNIVERSITÄTEN GIBT	95.1	94.6	97.6	94.2	95.9	95.7	95.7	93.5	95.6	91.8	96.0	96.6
POLIZEI, SCHUTZ VOR VERBRECHEN	94.6	94.5	95.1	94.7	94.6	91.7	96.4	95.6	94.4	93.6	94.0	95.8
DASS ES AUSREICHEND KINDERBETREUUNGS- MÖGLICHKEITEN GIBT .	88.7	88.3	90.5	86.8	90.5	87.0	88.7	90.8	88.2	87.5	89.0	89.4
DASS DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ IN GUTEM ZUSTAND IST ..	88.4	88.9	86.5	88.9	87.9	88.3	89.8	87.5	88.3	87.7	87.3	89.8
DASS ES AUSREICHEND WOHNUNGEN GIBT	87.9	87.9	87.7	85.5	90.2	90.2	89.1	87.4	86.5	89.6	91.4	84.1
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI KRANKHEIT	87.3	87.2	87.7	86.2	88.4	90.0	87.0	88.2	85.7	87.7	87.8	86.7
DASS ES ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL WIE BUSSE, BAHNEN USW. GIBT	86.2	86.5	84.8	86.4	85.9	87.0	85.5	85.4	86.7	85.9	85.4	86.9
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI ARBEITSLOSIGKEIT ...	86.1	85.5	88.8	84.9	87.2	86.6	85.8	87.7	85.0	83.4	88.4	86.0
DASS ES MIT DER WIRTSCHAFT VORANGEHT	82.7	82.9	81.9	84.6	81.0	83.1	85.2	79.1	83.6	82.5	85.7	80.6
FINANZIELLE ABSICHERUNG IM ALTER	81.2	81.3	80.8	80.9	81.5	82.8	79.8	79.5	82.5	84.8	83.1	77.5
DASS DIE PREISE NICHT ZU STARK STEIGEN	81.0	80.1	85.2	78.0	83.9	81.3	78.6	78.9	83.6	86.8	82.6	76.0

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DARUM SOLLTE SICH DER STAAT KÜMMERN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
KLIMA- UND UMWELT- SCHUTZ	80.2	80.6	78.3	77.0	83.2	85.4	81.9	79.0	77.7	74.1	82.9	82.0
DASS FLÜCHTLINGE GUT INTEGRIERT WERDEN ..	70.3	71.3	65.8	67.4	73.1	76.2	69.2	74.5	65.6	63.3	68.8	76.0
DASS LEBENSMITTEL U. ANDERE PRODUKTE, DIE DIE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN KÖNNTEN, MIT WARNHINWEISEN VERSEHEN SIND	70.0	69.5	72.3	66.8	73.0	78.1	73.9	67.6	65.8	71.8	68.3	70.2
DASS ES AUSREICHEND FACHKRÄFTE GIBT	69.9	70.4	68.0	65.9	73.8	78.7	69.3	69.2	66.9	70.8	71.8	67.9
DASS ES GESUNDE, SCHADSTOFFFREIE LEBENSMITTEL GIBT ..	69.2	69.1	69.8	65.8	72.4	78.9	70.1	68.6	64.9	70.1	69.1	68.7
DASS ES GERECHTE, DER LEISTUNG ANGÉ- MESSENE LÖHNE GIBT .	67.4	67.0	69.3	64.6	70.1	68.3	72.5	65.0	65.8	74.7	69.4	61.1
DASS DIE DIGITALI- SIERUNG FORTSCHRITTE MACHT	66.7	66.8	66.0	66.1	67.3	69.5	73.0	67.5	61.4	62.5	70.0	66.8
FÖRDERUNG KULTUREL- LER EINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN USW.	60.8	59.4	67.2	57.4	64.1	68.4	60.6	63.0	56.2	53.1	61.4	65.4
AUSGEWOGENE BERICHT- ERSTATTUNG IN DEN MEDIEN	37.1	36.7	38.7	35.6	38.5	40.9	37.5	36.1	35.7	40.0	34.5	37.1
WIE MAN HÄUSER BAUEN DARF	27.2	28.5	21.1	25.0	29.2	37.4	27.0	23.6	25.1	26.1	24.8	29.7

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DARUM SOLLTE SICH DER STAAT KÜMMERN:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ES GUTE SCHULEN U.UNIVERSITÄTEN GIBT	96.3	94.1	94.5	93.9	96.3	95.9	89.8	95.6	98.8
POLIZEI, SCHUTZ VOR VERBRECHEN	95.7	93.7	95.8	94.0	93.2	91.5	94.3	99.5	90.7
DASS ES AUSREICHEND KINDERBETREUUNGS- MÖGLICHKEITEN GIBT .	88.5	89.0	87.4	87.6	89.1	90.1	92.2	91.1	90.0
DASS DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ IN GUTEM ZUSTAND IST ..	90.1	87.0	88.6	85.3	97.7	94.9	74.2	89.6	90.2
DASS ES AUSREICHEND WOHNUNGEN GIBT	88.0	87.8	86.6	90.0	82.8	91.3	91.9	86.0	92.9
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI KRANKHEIT	86.5	88.0	85.6	89.3	90.8	86.9	88.3	90.9	94.5
DASS ES ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL WIE BUSSE, BAHNEN USW. GIBT	90.7	82.1	83.5	86.6	85.7	88.9	77.8	90.7	89.2
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI ARBEITSLÖSIGKEIT ...	85.4	86.7	83.9	87.0	87.9	90.8	96.5	84.6	84.5
DASS ES MIT DER WIRTSCHAFT VORANGEHT	83.3	82.3	88.0	84.8	85.9	79.5	69.5	72.2	82.1
FINANZIELLE ABSICHERUNG IM ALTER	78.2	83.9	79.2	79.1	85.9	80.9	83.9	88.3	85.3
DASS DIE PREISE NICHT ZU STARK STEIGEN	75.9	85.5	76.4	82.3	79.7	81.9	91.4	81.9	91.7

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DARUM SOLLTE SICH DER STAAT KÜMMERN:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
KLIMA- UND UMWELT-SCHUTZ	78.3	81.8	79.8	84.5	80.4	94.7	87.9	64.3	72.3
DASS FLÜCHTLINGE GUT INTEGRIERT WERDEN ..	71.3	69.4	73.1	75.4	79.7	86.3	85.2	50.7	53.2
DASS LEBENSMITTEL U. ANDERE PRODUKTE, DIE DIE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN KÖNNTEN, MIT WARNHINWEISEN VERSEHEN SIND	68.3	71.5	67.3	70.2	79.8	81.4	67.8	70.2	65.0
DASS ES AUSREICHEND FACHKRÄFTE GIBT	70.4	69.5	70.4	70.3	72.6	77.6	59.9	62.8	69.2
DASS ES GESUNDE, SCHADSTOFFFREIE LEBENSMITTEL GIBT ..	67.8	70.5	65.7	75.1	67.0	75.9	82.2	66.6	69.4
DASS ES GERECHTE, DER LEISTUNG ANGE-MESSENE LÖHNE GIBT .	66.0	68.7	61.0	75.7	81.9	64.2	65.6	68.3	79.0
DASS DIE DIGITALI-SIERUNG FORTSCHRITTE MACHT	69.6	64.1	68.3	63.5	78.1	67.9	74.8	64.5	63.6
FÖRDERUNG KULTUREL-LER EINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN USW.	64.2	57.8	55.9	62.4	76.0	65.4	84.7	60.2	60.4
AUSGEWOGENE BERICHT-ERSTATTUNG IN DEN MEDIEN	36.9	37.1	32.6	38.3	48.7	43.6	43.6	35.6	41.8
WIE MAN HÄUSER BAUEN DARF	26.7	27.5	25.2	27.2	32.3	36.2	37.7	19.8	30.8

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DA SOLLTE SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ES GUTE SCHULEN U.UNIVERSITÄTEN GIBT	3.5	3.9	1.5	3.9	3.0	2.9	2.5	5.3	3.1	6.3	2.4	2.4
POLIZEI, SCHUTZ VOR VERBRECHEN	2.7	2.9	2.0	2.8	2.6	4.6	2.2	1.4	3.0	2.1	3.6	2.3
DASS ES AUSREICHEND KINDERBETREUUNGS- MÖGLICHKEITEN GIBT .	7.9	8.3	5.9	9.5	6.3	7.4	7.0	7.5	8.8	7.8	7.6	8.1
DASS DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ IN GUTEM ZUSTAND IST ..	9.6	9.3	10.9	9.2	9.9	10.0	7.9	10.4	9.7	10.9	10.6	7.9
DASS ES AUSREICHEND WOHNUNGEN GIBT	9.0	9.1	8.5	11.2	6.8	5.6	8.8	10.0	9.9	7.3	5.1	13.2
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI KRANKHEIT	9.8	10.2	8.0	10.5	9.1	5.2	10.5	8.2	12.5	8.7	8.9	11.2
DASS ES ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL WIE BUSSE, BAHNEN USW. GIBT	10.6	10.4	11.4	9.9	11.3	8.7	11.5	10.9	10.7	11.7	10.8	9.7
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI ARBEITSLOSIGKEIT ...	10.2	11.0	6.7	11.0	9.4	10.2	10.8	7.7	11.5	12.0	9.5	9.6
DASS ES MIT DER WIRTSCHAFT VORANGEHT	13.5	13.1	15.2	12.7	14.2	10.3	12.3	15.9	14.0	12.2	12.0	15.5
FINANZIELLE ABSICHERUNG IM ALTER	15.8	16.0	15.0	15.7	15.9	13.4	16.6	18.2	14.8	12.5	14.5	18.9
DASS DIE PREISE NICHT ZU STARK STEIGEN	14.3	15.0	11.4	15.7	13.0	12.3	18.2	15.7	12.1	8.4	13.3	19.0

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DA SOLLTE SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
KLIMA- UND UMWELT- SCHUTZ	15.3	15.4	14.9	19.2	11.7	10.0	15.1	14.1	18.6	21.9	13.3	12.7
DASS FLÜCHTLINGE GUT INTEGRIERT WERDEN ..	22.6	22.4	23.6	25.0	20.3	16.5	20.8	19.1	28.5	29.1	23.9	17.2
DASS LEBENSMITTEL U. ANDERE PRODUKTE, DIE DIE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN KÖNNTEN, MIT WARNHINWEISEN VERSEHEN SIND	23.6	24.5	19.9	27.1	20.3	10.6	21.7	26.8	28.4	22.7	22.7	25.0
DASS ES AUSREICHEND FACHKRÄFTE GIBT	24.7	24.3	26.3	28.6	21.0	13.0	25.7	28.0	27.1	23.3	23.1	26.7
DASS ES GESUNDE, SCHADSTOFFFREIE LEBENSMITTEL GIBT ..	23.9	24.6	20.8	27.2	20.7	12.1	24.9	24.4	28.1	24.1	23.1	24.4
DASS ES GERECHTE, DER LEISTUNG ANGÉ- MESSENE LÖHNE GIBT .	27.6	28.8	22.0	30.6	24.7	22.2	22.9	30.8	30.4	22.3	24.5	33.4
DASS DIE DIGITALI- SIERUNG FORTSCHRITTE MACHT	26.2	26.8	23.3	26.5	25.8	22.5	22.1	26.5	29.8	28.8	22.5	27.4
FÖRDERUNG KULTUREL- LER EINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN USW.	31.4	33.2	22.8	35.1	27.8	18.3	32.9	32.0	35.8	37.8	31.4	27.1
AUSGEWOGENE BERICHT- ERSTATTUNG IN DEN MEDIEN	56.3	57.5	50.7	58.7	54.0	50.9	53.8	59.1	58.3	54.3	58.6	55.8
WIE MAN HÄUSER BAUEN DARF	64.3	63.0	70.2	67.3	61.4	52.7	66.7	68.6	65.2	64.7	66.6	62.2

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DA SOLLTE SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ES GUTE SCHULEN U.UNIVERSITÄTEN GIBT	2.6	4.2	4.1	4.0	-	2.1	9.0	4.4	0.5
POLIZEI, SCHUTZ VOR VERBRECHEN	2.4	3.0	2.6	3.0	1.2	2.4	3.4	-	4.3
DASS ES AUSREICHEND KINDERBETREUUNGS- MÖGLICHKEITEN GIBT .	8.5	7.4	8.3	9.9	10.9	5.1	7.8	5.3	6.8
DASS DAS STRASSEN- UND SCHIENENNETZ IN GUTEM ZUSTAND IST ..	7.9	11.0	9.4	10.9	2.3	2.7	22.3	10.4	8.6
DASS ES AUSREICHEND WOHNUNGEN GIBT	9.4	8.6	9.3	7.8	14.3	5.9	6.9	12.7	3.1
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI KRANKHEIT	11.9	7.9	11.1	7.7	9.2	8.8	8.2	8.2	5.5
DASS ES ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL WIE BUSSE, BAHNEN USW. GIBT	7.0	13.7	13.9	9.3	7.6	6.1	16.5	8.1	7.1
GRUNDLEGENDE ABSICHERUNG BEI ARBEITSLÖSIGKEIT ...	10.1	10.3	11.7	10.2	10.5	4.9	1.1	12.3	11.2
DASS ES MIT DER WIRTSCHAFT VORANGEHT	14.2	12.8	9.6	11.5	14.1	10.6	25.8	25.7	12.2
FINANZIELLE ABSICHERUNG IM ALTER	19.3	12.7	17.5	17.9	14.1	11.6	16.1	11.7	12.3
DASS DIE PREISE NICHT ZU STARK STEIGEN	18.2	10.9	17.9	11.9	16.7	10.7	8.6	16.8	4.6

MAN KANN JA GANZ VERSCHIEDENER MEINUNG DARÜBER SEIN, UM WELCHE AUFGABEN SICH DER STAAT KÜMMERN SOLLTE, UND WO SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN SOLLTE. WENN SIE SICH JETZT DIESE KARTEN EINMAL ANSEHEN UND AUF DIESES BLATT VERTEILEN: WORUM SOLLTE SICH IHRER MEINUNG NACH DER STAAT KÜMMERN, UND WO SOLLTE ER SICH BESSER NICHT EINMISCHEN? KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 1)

DA SOLLTE SICH DER STAAT BESSER NICHT EINMISCHEN:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
KLIMA- UND UMWELT- SCHUTZ	17.4	13.4	17.5	10.0	19.6	2.7	9.6	25.2	20.3
DASS FLÜCHTLINGE GUT INTEGRIERT WERDEN ..	23.4	21.9	18.8	21.4	16.7	5.7	9.0	44.2	34.0
DASS LEBENSMITTEL U.ANDERE PRODUKTE, DIE DIE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN KÖNNTEN, MIT WARNHINWEISEN VERSEHEN SIND	27.0	20.7	26.8	24.1	16.5	10.2	24.3	24.3	30.4
DASS ES AUSREICHEND FACHKRÄFTE GIBT	24.7	24.6	25.5	24.4	20.5	12.1	37.7	30.4	27.9
DASS ES GESUNDE, SCHADSTOFFFREIE LEBENSMITTEL GIBT ..	26.4	21.7	28.2	19.5	26.1	14.6	13.0	25.5	21.7
DASS ES GERECHTE, DER LEISTUNG ANGE- MESSENE LÖHNE GIBT .	29.0	26.3	35.7	19.3	18.1	23.2	29.9	25.5	17.5
DASS DIE DIGITALI- SIERUNG FORTSCHRITTE MACHT	24.9	27.3	23.8	30.4	21.9	22.8	20.7	27.8	29.2
FÖRDERUNG KULTUREL- LER EINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN USW.	30.1	32.5	36.3	26.7	20.1	21.2	11.1	37.4	35.0
AUSGEWOGENE BERICHT- ERSTATTUNG IN DEN MEDIEN	57.8	55.0	61.7	55.3	41.1	43.9	49.6	58.9	55.8
WIE MAN HÄUSER BAUEN DARF	64.3	64.2	66.0	67.2	61.2	54.3	55.3	66.9	61.4

HALBGRUPPE A 520

JEMAND SAGTE UNS NEULICH: 'MARKTWIRTSCHAFT UND MENSCHLICHKEIT, DAS PASST NICHT ZUSAMMEN. EIN FREIER WETTBEWERB FÜHRT
 IMMER ZU EINER GESELLSCHAFT, DIE NICHT MENSCHLICH IST.'
 WÜRDEN SIE DEM ZUSTIMMEN?
 (A - FRAGE 4)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE	
Basis	520	395	125	249	271	85	107	124	204	115	169	236	
JA, WÜRDE ZUSTIMMEN.	28.3	25.3	42.2	30.6	26.2	17.6	28.5	28.3	33.0	28.9	32.0	25.4	
NEIN, WÜRDE NICHT ZUSTIMMEN	45.1	47.9	32.5	47.9	42.5	33.5	47.1	45.5	48.9	44.7	38.6	50.0	
WEISS NICHT, UNENTSCHEIDEN	26.5	26.8	25.3	21.5	31.3	48.9	24.4	26.1	18.1	26.5	29.4	24.6	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -										
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW				
Basis	248	272	199	86	17	70	25	58	48				
JA, WÜRDE ZUSTIMMEN.	25.2	30.9	18.3	34.9	14.9	28.5	53.4	33.7	36.7				
NEIN, WÜRDE NICHT ZUSTIMMEN	55.3	36.8	59.6	36.1	58.2	36.1	21.4	44.2	28.2				
WEISS NICHT, UNENTSCHEIDEN	19.5	32.3	22.1	29.0	26.9	35.5	25.2	22.1	35.1				
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0				

HIER AUF DER LISTE STEHEN EINIGE AUSSAGEN ZU UNTERNEHMEN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 5)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
UNTERNEHMEN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE UND TRAGEN VIEL ZUM WOHLSTAND BEI	84.1	84.9	80.5	87.1	81.3	77.3	86.9	83.3	86.0	83.3	81.3	86.8
WETTBEWERB ZWISCHEN UNTERNEHMEN IST NOTWENDIG, DAMIT ES FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GIBT ..	77.2	77.8	74.3	80.5	74.0	70.1	78.0	80.8	77.5	69.3	74.6	84.3
VON ERFOLGREICHEN UNTERNEHMEN PROFITIERT DIE GESELLSCHAFT ALS GANZES ..	66.8	66.7	67.3	69.6	64.2	59.4	69.0	68.7	67.8	61.4	68.2	69.4
GROSSE UNTERNEHMEN HABEN ZU VIEL EINFLUSS AUF D. POLITIK	57.5	56.5	62.0	56.4	58.5	52.8	59.7	56.7	58.8	54.0	58.5	58.9
DIE MEISTEN UNTERNEHMEN BEMÜHEN SICH INTENSIV, IHRE KUNDEN ZUFRIEDEN ZU STELLEN	57.3	56.9	59.3	59.3	55.5	49.6	64.5	55.3	58.1	54.4	57.5	59.1
OHNE STAATLICHE AUFSICHT WÜRDEN EINZELNE UNTERNEHMEN DEN MARKT GANZ BEHERRSCHEN	52.8	51.7	58.0	53.0	52.7	45.3	54.2	53.8	54.7	43.0	52.9	59.2
VIELE UNTERNEHMEN ENGAGIEREN SICH FÜR DAS GEMEINWOHL, Z. B. BEI LOKALEN PROJEKTEN ODER IN VEREINEN.....	50.1	50.0	50.2	50.4	49.7	42.3	49.8	52.5	52.0	44.6	48.9	54.5
UNTERNEHMEN WISSEN BESSER ALS D. STAAT, WELCHE PRODUKTE DIE MENSCHEN BRAUCHEN ..	45.1	46.5	38.6	50.6	39.8	34.2	48.6	44.6	48.1	43.8	46.1	45.0

HIER AUF DER LISTE STEHEN EINIGE AUSSAGEN ZU UNTERNEHMEN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 5)

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -					AFD	BSW
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE		
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
UNTERNEHMEN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE UND TRAGEN VIEL ZUM WOHLSTAND BEI	87.9	80.7	91.4	80.5	81.9	81.9	58.9	85.9	69.7
WETTBEWERB ZWISCHEN UNTERNEHMEN IST NOTWENDIG, DAMIT ES FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GIBT ..	83.8	71.3	83.1	77.6	77.8	73.5	51.9	74.0	70.5
VON ERFOLGREICHEN UNTERNEHMEN PROFITIERT DIE GESELLSCHAFT ALS GANZES ..	69.8	64.2	77.4	66.1	63.3	55.6	32.0	63.2	59.9
GROSSE UNTERNEHMEN HABEN ZU VIEL EINFLUSS AUF D. POLITIK	58.7	56.4	52.6	59.0	54.7	67.8	83.4	54.2	57.9
DIE MEISTEN UNTERNEHMEN BEMÜHEN SICH INTENSIV, IHRE KUNDEN ZUFRIEDEN ZU STELLEN	60.4	54.6	65.2	55.1	59.6	50.1	24.4	58.6	44.3
OHNE STAATLICHE AUFSICHT WÜRDEN EINZELNE UNTERNEHMEN DEN MARKT GANZ BEHERRSCHEN	58.7	47.6	50.3	52.8	46.2	64.8	75.5	41.1	57.0
VIELE UNTERNEHMEN ENGAGIEREN SICH FÜR DAS GEMEINWOHL, Z. B. BEI LOKALEN PROJEKTEN ODER IN VEREINEN.....	54.2	46.4	59.1	46.6	47.2	42.4	21.2	46.0	45.1
UNTERNEHMEN WISSEN BESSER ALS D. STAAT, WELCHE PRODUKTE DIE MENSCHEN BRAUCHEN ..	50.1	40.6	53.6	44.0	44.5	24.8	19.8	52.3	35.4

HALBGRUPPE B 520

WAS BEDEUTET FREIHEIT FÜR SIE? KÖNNTEN SIE MIR SAGEN, AUF WELCHER DIESER DREI KARTEN AM BESTEN AUSGEDRÜCKT IST,
 WAS FREIHEIT FÜR SIE BEDEUTET?
 (KARTENVORLAGE) (B - FRAGE 6)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	520	396	124	258	262	73	109	131		207	99	209	212
"FREIHEIT BEDEUTET, FREI VON STAATLICHER WILLKÜR, ZWANG, ÜBERWACHUNG UND DIS- KRIMINIERUNG DURCH ÖFFENTLICHE INSTITU- TIONEN ZU LEBEN." ..	30.6	29.5	35.6	32.1	29.2	28.7	27.9	29.1		34.0	26.8	35.0	29.0
"FREIHEIT BEDEUTET, FINANZIELL SO ABGE- SICHERT ZU SEIN, DASS MAN SICH KEINE GEDANKEN UM DIE BE- FRIEDIGUNG SEINER BEDÜRFNISSE MACHEN MUSS."	18.8	18.9	18.3	17.5	20.1	19.3	16.8	17.4		20.7	24.8	18.1	15.8
"FREIHEIT BEDEUTET, FÜR SICH SELBST VER- ANTWORTLICH SEIN ZU KÖNNEN; DAS TUN ZU DÜRFEN, WAS EINEM GEFÄLLT, UND AUF DIESE ART ZU LEBEN; DIE ZIELE ZU VER- FOLGEN, DIE MAN FÜR RICHTIG HÄLT."	47.2	48.3	42.4	47.7	46.8	50.9	51.4	49.6		41.7	42.4	45.2	52.0
KEINE ANGABE	3.3	3.3	3.7	2.7	3.9	1.2	4.0	3.9		3.6	6.0	1.7	3.2
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH SEHR WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	86.6	87.8	81.0	87.5	85.7	88.7	87.3	84.4	86.6	84.4	84.7	89.5
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	81.8	83.0	76.3	83.2	80.5	91.4	85.5	84.4	73.8	76.9	79.9	86.5
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	77.4	77.8	75.6	78.9	75.9	81.0	78.5	74.8	76.8	73.5	76.6	80.5
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSLAISTUNGEN ABGEDECKT SIND	76.2	74.6	83.2	73.6	78.6	72.2	74.9	73.0	80.7	84.1	78.8	68.9
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	74.1	74.2	73.7	71.1	76.9	67.2	71.6	72.9	79.2	84.2	73.7	67.7
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	72.8	72.5	74.0	73.7	71.9	68.3	71.3	74.7	74.4	73.5	74.3	71.1
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	70.5	70.1	72.2	71.3	69.7	76.3	70.6	70.3	68.0	68.6	67.3	74.3
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	69.2	69.9	66.3	72.8	65.8	67.5	65.2	72.7	70.0	69.8	69.8	68.3
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	68.9	70.7	60.8	66.6	71.1	71.0	70.5	67.7	67.8	72.4	68.4	67.1

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH SEHR WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	68.5	71.2	56.2	68.3	68.6	73.3	63.4	70.4	68.0	63.0	67.4	72.9
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	66.1	68.4	55.5	66.1	66.1	64.9	66.7	68.6	64.7	64.9	62.3	69.9
DASS ICH REISEN KANN, WOHIN ICH WILL	64.9	67.1	55.0	64.3	65.5	78.3	67.0	61.6	60.0	62.6	66.0	65.6
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	64.6	67.2	52.5	62.3	66.7	78.6	69.2	63.4	56.6	58.1	61.5	71.3
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	62.2	63.1	58.1	57.2	66.9	60.4	70.1	61.7	58.9	65.4	61.0	61.0
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	56.9	57.8	52.5	57.7	56.0	62.9	52.6	55.8	57.3	65.6	58.1	50.2
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	52.5	52.9	50.5	53.2	51.8	43.9	50.4	52.8	57.2	53.7	55.2	49.6
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	51.3	53.5	41.4	52.4	50.3	56.3	55.7	51.2	46.7	45.5	45.5	59.7
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	43.4	47.3	25.7	41.4	45.3	48.4	35.3	45.4	44.4	44.1	39.2	46.3

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH SEHR WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	89.9	83.7	87.4	80.3	82.3	88.7	76.5	93.2	85.9
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	81.9	81.7	79.8	82.0	92.0	87.5	72.4	86.7	72.4
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	79.8	75.2	78.3	76.8	85.2	74.3	75.7	81.1	69.2
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSL EISTUNGEN ABGEDECKT SIND	74.2	77.9	78.6	76.9	76.6	64.3	79.7	69.1	85.8
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	71.4	76.4	75.5	76.1	78.6	61.8	79.1	72.8	79.5
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	74.4	71.4	69.8	67.1	79.6	75.5	77.1	83.9	70.1
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	73.2	68.1	72.5	68.1	80.8	66.9	56.7	75.5	63.9
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	70.6	68.0	74.3	63.2	61.0	57.5	59.3	77.8	65.5
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	69.3	68.6	70.9	63.4	75.3	70.1	45.1	74.9	65.4

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH SEHR WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	76.1	61.8	70.6	67.4	82.9	73.5	56.4	63.5	62.6
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	73.3	59.7	66.9	66.7	81.7	62.2	61.2	63.9	61.1
DASS ICH REISEN KANN, WOHIN ICH WILL	63.5	66.2	65.4	58.9	76.6	70.6	55.8	67.3	61.9
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	64.4	64.7	65.7	63.7	80.7	70.7	57.4	60.0	53.1
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	62.7	61.8	69.1	54.4	59.7	55.8	49.6	64.5	57.9
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	55.0	58.5	57.3	53.3	73.5	43.3	38.6	69.7	54.0
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGE BEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	56.4	49.1	54.0	49.8	63.4	40.1	45.9	60.3	50.8
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	57.4	45.9	49.0	51.0	48.9	57.7	66.0	52.0	39.7
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	50.0	37.5	47.0	45.6	61.2	47.2	37.6	28.8	32.7

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH AUCH WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	JAHRE	EIN- FACHE	MITT- LERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	11.9	10.6	17.9	10.9	13.0	9.7	11.7	14.2	11.6	12.6	14.9	9.1
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	12.8	11.6	18.0	12.2	13.3	7.7	11.6	13.8	15.0	11.9	15.6	11.1
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	19.4	19.0	21.5	18.6	20.2	15.0	17.9	23.5	19.5	22.4	19.7	17.3
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSLAISTUNGEN ABGEDECKT SIND	19.3	20.4	14.3	20.2	18.4	22.8	18.4	25.1	14.4	10.5	17.1	26.7
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	21.0	20.6	22.6	24.3	17.9	26.4	24.4	21.5	16.3	12.2	20.5	27.1
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	20.9	20.9	20.9	19.5	22.3	26.6	23.0	19.3	18.3	18.9	21.4	21.9
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	23.1	23.4	21.7	22.8	23.3	18.1	23.6	26.5	22.7	22.5	25.8	21.3
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	23.8	23.1	26.9	21.2	26.1	22.4	29.4	21.2	22.8	22.6	23.4	24.7
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	26.0	24.0	34.7	27.4	24.6	24.7	24.9	28.0	25.7	20.5	28.4	27.5

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH AUCH WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	24.6	22.1	36.1	25.5	23.8	19.2	25.8	24.9	26.2	24.9	26.4	23.0
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	27.9	26.0	36.6	29.4	26.5	30.3	26.5	27.4	28.0	26.0	32.1	25.9
DASS ICH REISEN KANN, WOHN ICH WILL	28.4	27.1	34.5	28.9	28.0	19.9	26.8	31.0	31.3	28.4	28.0	28.7
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	25.6	23.9	33.5	29.3	22.1	18.2	24.0	26.5	29.3	30.0	26.5	22.1
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	27.0	26.4	29.5	31.8	22.5	29.0	17.6	31.3	28.5	23.1	28.9	28.0
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	33.2	32.9	34.4	31.4	34.9	31.3	37.6	33.2	31.6	28.2	32.9	36.8
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	37.0	37.1	36.6	37.2	36.9	39.7	38.8	37.3	34.7	36.5	34.6	39.4
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	39.5	37.5	48.4	39.5	39.5	36.2	37.8	41.4	40.7	41.3	45.6	33.5
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	25.8	26.6	22.2	25.1	26.5	22.6	28.7	23.5	27.2	23.8	27.0	26.2

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH AUCH WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	8.6	14.9	11.1	18.0	17.7	9.6	13.9	6.8	14.1
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	13.3	12.3	13.2	12.3	4.4	12.1	21.4	8.9	21.4
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	16.5	22.0	18.0	19.7	11.2	24.5	14.6	17.0	27.2
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSLAISTUNGEN ABGEDECKT SIND	21.1	17.6	17.4	19.4	19.2	28.2	11.2	25.4	13.7
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	24.2	18.2	20.4	19.8	19.8	30.3	17.6	19.0	16.3
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	19.7	22.0	23.6	23.7	16.5	19.1	14.5	13.3	23.6
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	21.8	24.2	21.0	24.1	15.6	29.3	37.6	19.8	27.1
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	23.2	24.2	19.8	29.6	33.2	27.8	23.6	20.3	29.4
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	27.0	25.0	23.4	29.0	20.9	29.3	50.5	20.1	27.9

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH AUCH WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	20.2	28.6	26.2	25.4	11.1	16.1	31.7	28.1	26.9
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	22.2	33.0	27.2	26.5	17.3	32.3	30.7	29.8	31.9
DASS ICH REISEN KANN, WOHIN ICH WILL	31.2	25.9	28.7	37.3	19.8	25.0	34.2	21.4	29.6
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	23.6	27.4	25.0	25.9	12.1	20.9	28.3	32.1	35.2
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	25.2	28.6	23.0	31.4	31.4	32.8	35.0	21.8	32.3
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	34.6	32.0	33.6	35.2	18.3	44.3	45.2	23.1	33.6
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	34.8	39.0	36.8	39.7	28.2	45.9	49.2	28.3	33.3
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	36.4	42.2	39.4	37.7	36.8	36.2	25.2	44.7	53.9
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	23.7	27.7	25.8	27.7	26.6	29.2	31.7	23.0	25.2

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	0.9	1.0	0.6	1.1	0.8	1.6	-	0.8	1.3	2.4	0.2	0.6
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	3.7	3.6	4.0	3.3	4.0	0.9	1.9	1.0	7.6	8.7	2.8	1.1
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	1.5	1.7	0.9	1.3	1.7	2.8	1.7	0.7	1.5	2.0	1.8	1.0
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSLAISTUNGEN ABGEDECKT SIND	2.0	2.4	0.2	3.1	0.9	2.6	3.4	0.4	1.9	2.6	1.7	1.8
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	1.8	1.9	1.6	2.2	1.5	1.8	1.6	2.0	1.9	0.3	2.8	2.0
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	4.2	4.2	4.3	5.3	3.2	2.2	3.2	5.0	5.1	4.8	2.8	5.0
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	4.2	4.3	3.4	3.9	4.4	2.8	5.0	1.4	6.1	6.8	3.8	2.7
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	4.6	4.5	5.0	3.6	5.4	4.3	3.1	4.4	5.6	6.4	2.6	4.9
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	3.3	3.4	2.5	3.5	3.0	1.4	2.4	3.6	4.3	5.4	1.8	3.0

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	5.3	5.3	5.4	5.1	5.5	4.5	9.0	4.0	4.5	9.2	5.2	2.8
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	3.5	3.1	5.4	2.9	4.1	0.2	4.5	2.0	5.4	5.9	2.8	2.6
DASS ICH REISEN KANN, WOHN ICH WILL	5.5	4.7	9.1	5.9	5.2	1.2	4.3	6.2	7.7	6.7	5.4	4.9
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	5.7	5.1	8.3	5.4	6.0	1.5	4.0	6.3	8.1	7.2	7.5	3.3
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	6.7	6.5	7.2	6.9	6.4	6.7	7.5	3.8	8.0	7.2	6.8	6.1
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	7.8	7.2	10.3	9.0	6.6	4.8	6.7	9.2	8.7	4.7	6.6	10.7
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	7.0	6.5	8.9	7.1	6.8	10.4	7.2	7.1	5.2	6.7	5.4	8.4
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONQUELLEN WÄHLEN KANN	7.7	7.4	9.4	6.9	8.5	6.9	4.3	6.1	11.1	12.6	6.1	5.9
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	27.2	23.3	45.0	30.2	24.4	27.0	31.9	27.8	24.3	28.9	30.4	23.5

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	0.8	1.1	1.0	0.3	-	1.7	8.4	-	-
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	2.8	4.4	4.9	2.5	3.6	-	5.0	4.1	5.0
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	1.5	1.6	1.8	1.1	3.6	-	7.4	0.6	2.3
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSL EISTUNGEN ABGEDECKT SIND	2.2	1.8	2.2	1.2	4.2	2.9	-	3.3	-
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	2.0	1.7	1.1	1.6	1.6	3.0	3.3	3.0	2.0
DASS ICH VOM STAAT NICHT ÜBERWACHT WERDE	4.2	4.2	4.0	6.6	3.9	2.1	7.3	2.2	5.2
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	3.4	4.8	3.8	3.1	3.6	2.6	5.7	4.5	7.7
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	4.5	4.6	3.4	4.0	5.9	9.4	13.8	1.6	3.9
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	1.7	4.6	3.9	4.6	1.9	0.6	-	2.5	5.4

WIE WICHTIG SIND IHNEN DIE FREIHEITEN, DIE AUF DIESEN KARTEN BESCHRIEBEN SIND? VERTEILEN SIE DIE KARTEN BITTE EINMAL AUF DIESES BLATT HIER, JE NACHDEM, OB IHNEN DAS JEWEILS SEHR WICHTIG IST, AUCH WICHTIG, ODER OB DIESE FREIHEIT FÜR SIE PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG IST. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEI- SEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 7)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH NICHT GANZ SO WICHTIG:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	2.6	7.7	2.1	5.2	6.0	7.3	10.8	6.8	8.5
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	2.7	4.3	3.5	3.9	1.0	2.6	6.9	1.7	6.3
DASS ICH REISEN KANN, WO HIN ICH WILL	4.1	6.8	5.1	2.4	3.6	4.4	7.4	9.8	6.8
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	7.1	4.5	5.3	5.6	7.3	4.8	9.9	6.1	5.9
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	7.8	5.6	4.7	8.5	6.4	5.1	14.2	9.9	5.1
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	8.2	7.4	7.1	7.7	8.2	11.4	9.8	4.9	11.3
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGE BEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	6.2	7.6	6.9	7.7	6.1	6.2	1.2	6.0	13.8
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	5.2	10.0	10.4	9.4	14.2	4.0	5.6	2.1	5.1
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	21.8	32.0	24.7	22.8	12.3	21.7	27.7	42.5	34.8

BEI WELCHEN DIESER FREIHEITEN HABEN SIE DEN EINDRUCK, DASS SIE DIESE FREIHEITEN IN IHREM PERSÖNLICHEN LEBEN HABEN?
 (KARTENSPIELVORLAGE) (FRAGE 8)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	83.4	83.2	84.1	84.8	82.1	78.4	83.4	87.7	82.8	75.5	84.2	87.9
DASS ICH REISEN KANN, WOHIN ICH WILL	82.1	83.3	76.8	83.7	80.7	83.2	81.8	80.9	82.7	79.9	81.3	84.2
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	79.6	80.3	76.5	78.9	80.2	80.4	80.7	83.6	76.0	69.2	80.8	85.5
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	77.3	78.7	70.7	76.8	77.7	74.4	75.4	83.1	75.8	76.3	78.0	77.3
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	77.1	78.0	72.7	76.5	77.6	74.5	75.0	80.9	76.9	74.4	80.1	76.4
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	74.6	76.9	64.2	77.9	71.5	81.7	81.4	78.9	64.9	65.3	74.8	80.6
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	68.2	71.1	55.2	72.5	64.1	63.9	69.5	74.4	65.4	63.8	64.8	73.8
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	67.6	69.6	58.6	68.1	67.1	66.9	69.1	68.9	66.1	66.2	63.3	71.9
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	66.3	72.6	37.9	64.6	68.0	67.0	62.8	70.2	65.5	63.2	62.8	71.2
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	66.0	68.2	55.8	66.0	65.9	59.8	63.2	71.5	66.6	65.0	61.7	69.9
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	64.5	69.4	42.4	63.6	65.4	64.9	65.5	58.0	68.1	67.3	55.4	70.0

BEI WELCHEN DIESER FREIHEITEN HABEN SIE DEN EINDRUCK, DASS SIE DIESE FREIHEITEN IN IHREM PERSÖNLICHEN LEBEN HABEN?
 (KARTENSPIELVORLAGE) (FRAGE 8)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	63.5	66.0	51.9	65.3	61.7	72.2	68.8	68.0	53.7	53.8	56.4	75.4
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	61.1	63.3	51.1	59.1	63.0	51.3	66.2	63.1	61.2	59.4	56.6	65.8
DASS ICH AN VER- SAMMLUNGEN UND DEMONSTRATIONEN TEILNEHMEN KANN	60.6	61.1	58.2	59.4	61.7	67.6	62.0	65.0	53.9	46.3	61.0	69.6
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	56.9	59.4	45.3	56.7	57.0	53.8	58.1	60.1	55.4	54.3	54.5	60.4
DASS ICH MICH KÜNST- LERISCH FREI ENTFAL- TEN KANN	50.4	53.1	38.0	49.8	51.0	56.8	50.5	53.5	45.5	42.9	43.8	60.4
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSL EISTUNGEN ABGEDECKT SIND	50.2	52.0	41.8	49.9	50.4	48.9	51.4	47.6	51.7	54.6	43.3	52.7
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	48.3	50.0	40.8	48.8	47.8	35.6	41.9	48.5	57.3	52.4	43.1	49.8
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	47.2	49.7	35.9	50.0	44.5	53.6	51.2	45.7	43.1	37.0	44.7	55.8
DASS ICH MICH BERUF- LICH SELBSTÄNDIG MACHEN KANN	46.5	48.9	35.3	51.3	41.9	42.5	55.2	51.3	40.2	36.2	45.1	54.2

BEI WELCHEN DIESER FREIHEITEN HABEN SIE DEN EINDRUCK, DASS SIE DIESE FREIHEITEN IN IHREM PERSÖNLICHEN LEBEN HABEN?
 (KARTENSPIELVORLAGE) (FRAGE 8)

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN POLITISCHEN PARTEIEN WÄHLEN KANN	87.5	79.7	88.3	87.8	81.6	86.1	72.9	71.6	80.4
DASS ICH REISEN KANN, WOHN ICH WILL	85.7	78.9	86.3	86.5	78.9	78.8	75.7	75.2	79.4
DASS ICH ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN INFORMATIONSQUELLEN WÄHLEN KANN	79.3	79.8	80.1	83.0	75.7	79.3	77.6	78.2	81.5
DASS ICH KAUFEN DARF, WAS ICH MÖCHTE	76.7	77.7	79.5	79.7	85.6	74.2	49.8	76.1	72.7
DASS ICH WOHNEN DARF, WO ICH MÖCHTE.	76.7	77.5	81.2	78.9	69.1	72.1	68.4	77.6	69.0
DASS I. MEINEN BERUF FREI WÄHLEN KANN ...	77.3	72.3	76.7	73.2	65.8	79.0	57.1	76.6	69.9
DASS ICH VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN MIR UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	72.8	64.1	71.3	75.8	75.8	66.8	58.1	56.8	65.4
DASS ICH ES SELBER IN DER HAND HABE, WAS AUS MEINEM LEBEN WIRD	68.8	66.5	70.5	68.5	72.3	67.0	63.1	65.0	56.0
DASS ICH MEINE RE- LIGION FREI AUSÜBEN KANN	72.2	61.2	69.9	70.2	72.3	73.4	48.9	50.5	63.9
DASS ICH EIGENTUM BESITZEN KANN, DAS MIR NIEMAND WEGNEH- MEN KANN	71.0	61.5	70.8	70.0	72.0	62.8	71.1	56.2	52.0
DASS ICH MEINE MEI- NUNG FREI SAGEN KANN	66.7	62.6	66.3	68.3	68.9	80.4	79.3	41.2	49.2

BEI WELCHEN DIESER FREIHEITEN HABEN SIE DEN EINDRUCK, DASS SIE DIESE FREIHEITEN IN IHREM PERSÖNLICHEN LEBEN HABEN?
 (KARTENSPIELVORLAGE) (FRAGE 8)

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WELCHEN SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS ICH MACHE	64.9	62.2	63.8	67.4	62.8	71.4	50.9	63.0	53.4
DASS ICH MEINE KINDER ERZIEHEN KANN, WIE ICH MÖCHTE	63.2	59.2	66.7	63.8	51.2	57.2	49.0	50.8	60.2
DASS ICH AN VER- SAMMLUNGEN UND DEMONSTRATIONEN TEILNEHMEN KANN	66.5	55.4	61.8	67.7	56.4	74.1	56.6	41.2	62.3
DASS ICH FREI WÄHLEN KANN, WIE ICH MICH GEGEN KRANKHEITEN, PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT UND FÜR DAS ALTER ABSICHERE	57.4	56.3	60.6	67.3	55.9	54.6	47.9	48.6	42.8
DASS ICH MICH KÜNST- LERISCH FREI ENTFAL- TEN KANN	54.9	46.4	45.1	51.8	60.5	64.3	40.9	48.3	58.2
DASS DURCH DIE KRANKENKASSEN ALLE GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GESUND- HEITSL EISTUNGEN ABGEDECKT SIND	50.1	50.3	50.8	58.2	57.4	47.7	37.2	42.6	44.7
DASS ICH DURCH DIE RENTENVERSICHERUNG FÜR DAS ALTER ABGE- SICHERT BIN	52.1	44.9	51.6	62.4	47.0	35.5	32.4	42.3	38.3
DASS ICH DIE GLEICHEN CHANCEN IM LEBEN UND BERUF HABE WIE ANDERE AUCH	50.2	44.5	49.7	52.3	52.5	40.3	44.2	44.4	40.0

EINMAL UNABHÄNGIG DAVON, OB DAS TATSÄCHLICH VERBOTEN IST ODER NICHT: WAS MEINEN SIE, WAS SOLLTE DER STAAT IN JEDEM FALL VERBIETEN, WO MUSS DER STAAT DIE MENSCHEN VOR SICH SELBER SCHÜTZEN? WAS VON DER LISTE HIER WÜRDEN SIE NENNEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 10)

DAS SOLLTE DER STAAT IN JEDEM FALL VERBIETEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE UND ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1040	791	249	507	533	158	216	255	411	214	378	448
HARTE DROGEN WIE HEROIN, KOKAIN USW.	85.7	84.7	90.1	85.1	86.2	80.7	84.2	89.1	86.5	88.2	85.6	84.2
KLONEN VON MENSCHEN	80.5	78.9	88.1	78.5	82.5	79.0	76.6	82.8	81.9	79.4	83.1	79.2
BELEIDIGUNGEN IM INTERNET, SHITSTORMS	61.2	60.2	65.4	56.7	65.4	60.3	62.4	62.1	60.3	64.1	60.9	59.5
BESONDERS NIEDRIGE LÖHNE UND GEHÄLTER.	59.9	60.5	57.0	58.0	61.6	57.4	61.1	61.0	59.5	64.0	60.7	56.5
RECHTSRADIKALE PARTEIEN	55.0	55.7	51.5	53.9	55.9	56.1	52.1	55.4	55.8	50.2	53.2	59.4
WEITERE KREDITE AUFZUNEHMEN, WENN MAN IN FINANZIELLEN SCHWIERIGKEITEN UND BEREITS VERSCHULDET IST	52.8	50.7	62.4	52.3	53.4	45.2	51.0	56.4	54.9	54.2	53.5	51.4
FILME, COMPUTER- SPIELE MIT VIELEN GEWALTDARSTELLUNGEN	51.1	49.6	57.7	46.1	55.8	36.8	44.9	58.0	56.3	55.1	54.6	45.7
GESUNDHEITSGEFÄHR- DENDE, UNGESUNGE LEBENSMITTEL	47.4	46.2	52.9	48.7	46.2	52.0	48.4	46.0	45.7	45.2	49.0	47.6
FAHREN OHNE SICHER- HEITSGURT	46.9	47.5	44.1	43.7	49.9	46.2	49.7	46.9	45.6	46.7	47.6	46.4
LINKSRADIKALE PARTEIEN	38.0	39.1	33.1	37.1	38.9	39.1	37.3	37.0	38.6	39.9	39.3	35.8
HOHE SPENDEN AN PARTEIEN	36.1	35.1	40.4	34.7	37.5	32.0	38.4	36.8	36.1	33.8	40.3	34.3
PROSTITUTION	26.9	27.9	22.1	22.3	31.2	25.0	29.4	28.2	25.5	29.7	27.0	24.9

EINMAL UNABHÄNGIG DAVON, OB DAS TATSÄCHLICH VERBOTEN IST ODER NICHT: WAS MEINEN SIE, WAS SOLLTE DER STAAT IN JEDEM FALL VERBIETEN, WO MUSS DER STAAT DIE MENSCHEN VOR SICH SELBER SCHÜTZEN? WAS VON DER LISTE HIER WÜRDEN SIE NENNEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 10)

DAS SOLLTE DER STAAT IN JEDEM FALL VERBIETEN:

	POLITISCH INTERESSIERT		A N H Ä N G E R V O N -						
	JA	NEIN	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	BSW
Basis	498	542	402	171	41	124	48	124	98
HARTE DROGEN WIE HEROIN, KOKAIN USW.	85.1	86.2	90.2	87.1	87.1	81.4	81.1	80.3	84.5
KLONEN VON MENSCHEN	84.5	77.0	80.6	81.6	80.7	86.7	62.4	79.2	84.1
BELEIDIGUNGEN IM INTERNET, SHITSTORMS	61.8	60.6	62.5	66.6	55.9	77.2	50.3	43.7	64.6
BESONDERS NIEDRIGE LÖHNE UND GEHÄLTER.	60.4	59.4	52.4	68.3	55.4	65.2	72.2	56.6	61.6
RECHTSRADIKALE PARTEIEN	55.1	54.8	57.5	71.2	50.3	76.1	68.9	15.8	38.3
WEITERE KREDITE AUFZUNEHMEN, WENN MAN IN FINANZIELLEN SCHWIERIGKEITEN UND BEREITS VERSCHULDET IST	51.1	54.4	53.6	59.0	49.9	42.5	36.5	52.3	58.1
FILME, COMPUTER- SPIELE MIT VIELEN GEWALTDARSTELLUNGEN	53.5	49.0	54.0	53.8	47.4	45.2	38.2	45.6	58.5
GESUNDHEITSGEFÄHR- DENDE, UNGESUNGE LEBENSMITTEL	46.1	48.5	50.6	42.0	37.4	55.3	55.1	43.2	43.5
FAHREN OHNE SICHER- HEITSGURT	47.9	46.0	45.8	59.0	40.1	48.3	50.1	36.5	41.6
LINKSRADIKALE PARTEIEN	37.8	38.2	41.4	41.9	29.9	44.4	26.0	35.5	21.9
HOHE SPENDEN AN PARTEIEN	35.9	36.2	32.5	38.7	30.7	38.0	40.2	39.0	33.1
PROSTITUTION	28.5	25.4	25.5	26.3	17.1	31.2	28.6	24.9	38.9

A N H A N G

- Untersuchungsdaten
- Statistik der befragten Personengruppe
- Fragebogenauszug mit Originalanlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter
Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	395	125	520	Personen
B	396	124	520	Personen
Insgesamt	791	249	1040	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl
Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 316 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 16. bis 27. September 2024 geführt.

IfD-Archiv-Nr.
der Umfrage: 12092

STATISTIK

der in der Umfrage 12092 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2024			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		%
		A	B	
	%	%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	28	28	28	28
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	27	27	27	27
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16-29 Jahre	17	17	17	17
30-44 Jahre	21	21	21	21
45-59 Jahre	24	24	24	24
60 Jahre und älter	38	38	38	38
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2023 (Erstergebnisse)

STATISTIK

der in der Umfrage 12092 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2024			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	61	63	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>39</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE**</u>				
Arbeiter	9	10	9	9
Angestellte	44	42	45	44
Beamte	4	3	4	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	5	6	5	5
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>39</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	49	49	49	49
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	24	24	24	24
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>11</u>	<u>11</u>	<u>11</u>	<u>11</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	16	16	16	16
- 4 und mehr Personen	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2023 (Erstergebnisse)

** für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12092
September 2024

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1. INTERVIEWER überreicht weißes Kartenspiel und **graues** Bildblatt 1 !

t "Man kann ja ganz verschiedener Meinung darüber sein, um welche Aufgaben sich der Staat kümmern sollte, und wo sich der Staat besser nicht einmischen sollte. Wenn Sie sich jetzt diese Karten einmal ansehen und auf dieses Blatt verteilen: Worum sollte sich Ihrer Meinung nach der Staat kümmern, und wo sollte er sich besser nicht einmischen? Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

DARUM SOLLTE SICH / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
DER STAAT KÜMMERN: / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

DA SOLLTE SICH DER / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
STAAT BESSER NICHT / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
EINMISCHEN: / 21 / 22 /

Nach einigen Zwischenfragen:

2. "Wenn Sie es sich aussuchen könnten, wie würden
T Sie am liebsten arbeiten: als Beamter, als Angestellter,
oder als Selbständiger bzw. Freiberufler?"

BEAMTER 1*
ANGESTELLTER 2*
SELBSTÄNDIGER/FREIBERUFLER 3*
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

"Und hat dieser Wunsch bei der Wahl Ihrer Ausbildung
bzw. Ihres Berufs eine entscheidende Rolle gespielt,
oder war das nicht der Fall?"

ENTSCHEIDENDE ROLLE 1
NICHT DER FALL 2
WEISS NOCH NICHT, WAS ICH
MACHEN MÖCHTE 3
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

3. "Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit
T der Menschen auswirkt. Die einen sagen, die Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit
und große Spielräume, ihr Leben so zu gestalten, wie sie
es möchten. Andere finden, die Marktwirtschaft schränkt
die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig
Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum
Raum für Freiheit oder Selbstverwirklichung bleibt.
Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?"

MEINUNG 1 (MARKTWIRTSCHAFT
BIETET GROSSE FREIHEIT) 1
MEINUNG 2 (MARKTWIRTSCHAFT
SCHRÄNKT FREIHEIT EIN) 2
UNENTSCHIEDEN 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

4. t "Jemand sagte uns neulich:
'Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt immer zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist.'
Würden Sie dem zustimmen?"
- JA, WÜRDEN SIE ZUSTIMMEN 4
NEIN, WÜRDEN SIE NICHT ZUSTIMMEN 5
WEISS NICHT, UNENTSCHEIDEN 6

In der repräsentativen Halbgruppe B:

4. t "Jemand sagte uns neulich:
'Marktwirtschaft und Menschlichkeit, das passt nicht zusammen. Ein freier Wettbewerb führt zu einer Gesellschaft, die nicht menschlich ist.'
Würden Sie dem zustimmen?"
- JA, WÜRDEN SIE ZUSTIMMEN 4
NEIN, WÜRDEN SIE NICHT ZUSTIMMEN 5
WEISS NICHT, UNENTSCHEIDEN 6

5. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 2 !

"Hier auf der Liste stehen einige Aussagen zu Unternehmen. Was davon würden auch Sie sagen?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 /

NICHTS DAVON 0

An späterer Stelle im Interview:**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

6. T INTERVIEWER überreicht die drei großen grasgrünen Karten!

"Etwas anderes:
Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher dieser drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?"
(Möglichst nur eine Angabe! - Zutreffendes einkreisen!)

/ A / B / C /

1	2	3
---	---	---

KEINE ABGABE 4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

6. t INTERVIEWER überreicht die drei großen dunkelgelben Karten!

"Etwas anderes:
Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher dieser drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?"
(Möglichst nur eine Angabe! - Zutreffendes einkreisen!)

/ A / B / C /

1	2	3
---	---	---

KEINE ABGABE 4

7. INTERVIEWER überreicht Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 3 !

t

"Wie wichtig sind Ihnen die Freiheiten, die auf diesen Karten beschrieben sind? Verteilen Sie die Karten bitte einmal auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob Ihnen das jeweils sehr wichtig ist, auch wichtig, oder ob diese Freiheit für Sie persönlich nicht ganz so wichtig ist. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite." (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

DIESE FREIHEIT IST MIR PERSÖNLICH –

- SEHR WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

- AUCH WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

- NICHT GANZ
SO WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

8. INTERVIEWER überreicht nochmals das gesamte Kartenspiel !

"Und bei welchen dieser Freiheiten haben Sie den Eindruck, dass Sie diese Freiheiten in Ihrem persönlichen Leben haben?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 /

KEINE DAVON 0

9. INTERVIEWER überreicht **blaues** Bildblatt 4 und überlässt es dem/der Befragten bis Frage 9 e)!

T

"Wenn Sie einmal zwei verschiedene Staaten miteinander vergleichen, und zwar einmal einen Staat, der sich sehr stark um seine Bürger kümmert, sie umfassend absichert und auch in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, und auf der anderen Seite einen Staat, der sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushält und auch für die Bürger nur die notwendigsten Absicherungen übernimmt. Hier können Sie es noch einmal lesen."
(INTERVIEWER: Zeit zum Lesen lassen!)

a) "Zunächst: In welchem dieser beiden Staaten würden Sie lieber leben, in Staat 1 oder in Staat 2?"	IM STAAT 1	1
	IM STAAT 2	2
	UNENTSCHIEDEN	3
b) "Und was meinen Sie: In welchem dieser beiden Staaten gibt es mehr Gerechtigkeit, in Staat 1 oder in Staat 2?"	IM STAAT 1	4
	IM STAAT 2	5
	UNENTSCHIEDEN	6
c) "Und in welchem Staat gibt es mehr Freiheit?"	IM STAAT 1	7
	IM STAAT 2	8
	UNENTSCHIEDEN	9
d) "In welchem dieser beiden Staaten ist Ihrer Ansicht nach der Wohlstand am größten?"	IM STAAT 1	1
	IM STAAT 2	2
	UNENTSCHIEDEN	3
e) "Und welcher dieser beiden Staaten ist Ihrer Meinung nach menschlicher?"	STAAT 1	4
	STAAT 2	5
	UNENTSCHIEDEN	6

10. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 5 !

t

"Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht:
Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen
vor sich selber schützen? Was von der Liste hier würden Sie nennen?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /

NICHTS DAVON..... 0

BILDBLATT 1

DARUM SOLLTE SICH
DER STAAT KÜMMERN:

DA SOLLTE SICH DER STAAT
BESSER NICHT EINMISCHEN:

L I S T E 2

- (1) Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und tragen viel zum Wohlstand bei
- (2) Es wäre besser, wenn große Unternehmen dem Staat gehören würden
- (3) Den meisten Unternehmen ist Umwelt- und Klimaschutz egal
- (4) Es wäre besser, wenn der Staat entscheiden würde, welche Produkte hergestellt werden
- (5) Von erfolgreichen Unternehmen profitiert die Gesellschaft als Ganzes
- (6) In erfolgreichen Unternehmen werden die Mitarbeiter oft ausgebeutet
- (7) Große Unternehmen haben zu viel Einfluss auf die Politik
- (8) Unternehmen wissen besser als der Staat, welche Produkte die Menschen brauchen
- (9) Wettbewerb zwischen Unternehmen ist notwendig, damit es Fortschritt und Innovationen gibt
- (10) Viele Unternehmen engagieren sich für das Gemeinwohl, z.B. bei lokalen Projekten oder in Vereinen
- (11) Die meisten Unternehmen bemühen sich intensiv, ihre Kunden zufrieden zu stellen
- (12) Ohne staatliche Aufsicht würden einzelne Unternehmen den Markt ganz beherrschen

BILDBLATT 3

Diese Freiheit ist mir persönlich –

SEHR WICHTIG:

AUCH WICHTIG:

NICHT GANZ SO WICHTIG:

BILDBLATT 4

- Staat 1: Der Staat kümmert sich sehr stark um seine Bürger und sichert sie umfassend ab. Sobald es mit der Wirtschaft Schwierigkeiten gibt, greift der Staat dort ein.
- Staat 2: Der Staat hält sich aus der Wirtschaft weitgehend heraus und übernimmt für die Bürger nur die notwendigsten Absicherungen.

L I S T E 5

**Was sollte der Staat in jedem Fall verbieten,
wo muss der Staat die Menschen vor sich
selber schützen?**

- (1) Gesundheitsgefährdende, ungesunde Lebensmittel
- (2) Glücksspiel
- (3) Verkauf von hochprozentigem Alkohol, Schnaps usw.
- (4) Besonders gefährliche Sportarten wie Bungee-Jumping, Drachenfliegen, Fallschirmspringen usw.
- (5) Prostitution
- (6) Harte Drogen wie Heroin, Kokain usw.
- (7) Rauchen von Zigaretten, Vaping (E-Zigaretten)
- (8) Besonders schnelle, PS-starke Autos
- (9) Filme, Computerspiele mit vielen Gewaltdarstellungen
- (10) Auf Autobahnen schneller als 130 km/h fahren
- (11) Sterbehilfe
- (12) Weitere Kredite aufzunehmen, wenn man in finanziellen Schwierigkeiten und bereits verschuldet ist
- (13) Rechtsradikale Parteien
- (14) Besonders niedrige Löhne und Gehälter
- (15) Hohe Spenden an Parteien
- (16) Linksradikele Parteien
- (17) Klonen von Menschen
- (18) Fahren ohne Sicherheitsgurt
- (19) Beleidigungen im Internet, Shitstorms

Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.

1

Dass die Preise nicht zu stark steigen

1

2

Finanzielle Absicherung im Alter

2

3

Dass es mit der Wirtschaft vorangeht

3

4

Klima- und Umweltschutz

4

5

Dass es gute Schulen und Universitäten gibt

5

6

Grundlegende Absicherung bei Arbeitslosigkeit

6

7

Dass Flüchtlinge gut integriert werden

7

8

Ausgewogene Berichterstattung in den Medien

8

6

Dass es ausreichend
Fachkräfte gibt

01

Grundlegende Absicherung
bei Krankheit

9.

10

11

Polizei, Schutz vor
Verbrechen

12

Dass es öffentliche
Verkehrsmittel wie Busse,
Bahnen usw. gibt

11

12

13

Dass das Straßen- und
Schienennetz in gutem
Zustand ist

14

Dass es gesunde, schad-
stofffreie Lebensmittel gibt

13

14

15

Dass es gerechte, der
Leistung angemessene
Löhne gibt

16

Dass es ausreichend
Kinderbetreuungs-
möglichkeiten gibt

15

16

17

Wie man Häuser bauen darf

17

81

Dass die Digitalisierung Fortschritte macht

18

61

Dass es ausreichend Wohnungen gibt

19

02

Förderung kultureller Einrichtungen wie Theater, Museen usw.

20

21

Dass die Menschen gesund leben

21

22

Dass Lebensmittel und andere Produkte, die die Gesundheit gefährden könnten, mit Warnhinweisen versehen sind

22

"Freiheit bedeutet, frei zu sein von sozialer Not, frei von Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit."

A

"Freiheit bedeutet, das tun zu können, was einem gefällt, dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben kann, wie man möchte."

B

"Freiheit bedeutet, für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte."

C

"Freiheit bedeutet, frei von staatlicher Willkür, Zwang, Überwachung und Diskriminierung durch öffentliche Institutionen zu leben."

A

"Freiheit bedeutet, finanziell so abgesichert zu sein, dass man sich keine Gedanken um die Befriedigung seiner Bedürfnisse machen muss."

B

"Freiheit bedeutet, für sich selbst verantwortlich sein zu können; das tun zu dürfen, was einem gefällt, und auf diese Art zu leben; die Ziele zu verfolgen, die man für richtig hält."

C

1

Dass ich meinen Beruf frei wählen kann

1

2

Dass ich meine Religion frei ausüben kann

2

3

Dass ich reisen kann, wohin ich will

3

4

Dass ich meine Meinung frei sagen kann

4

5

Dass ich zwischen verschiedenen politischen Parteien wählen kann

5

6

Dass ich die gleichen Chancen im Leben und Beruf habe wie andere auch

6

7

Dass ich kaufen darf, was ich möchte

7

8

Dass ich im Betrieb mitbestimmen kann

8

6

Dass ich zwischen unterschiedlichen Informationsquellen wählen kann

01

Dass ich wohnen darf, wo ich möchte

9.

10

11

Dass ich mich beruflich selbständig machen kann

12

Dass ich Eigentum besitzen kann, das mir niemand wegnehmen kann

11

12

13

Dass ich vom Staat nicht überwacht werde

14

Dass ich an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen kann

13

14

15

Dass durch die Krankenkassen alle gesundheitlichen Risiken und Gesundheitsleistungen abgedeckt sind

16

Dass ich es selber in der Hand habe, was aus meinem Leben wird

15

16

17

**Dass ich meine Kinder
erziehen kann, wie ich
möchte**

17

18

**Dass ich vor Gericht klagen
kann, wenn mir Unrecht
zugefügt wurde**

18

19

**Dass ich frei wählen kann, wie
ich mich gegen Krankheiten,
Pflegebedürftigkeit und für das
Alter absichere**

19

20

**Dass ich durch die Renten-
versicherung für das Alter
abgesichert bin**

20

21

**Dass ich frei wählen kann,
welchen Schul- und Berufs-
abschluss ich mache**

21

22

**Dass ich mich künstlerisch
frei entfalten kann**

22